

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1973

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Beteiligung am Erwerbsleben

- 117 Trotz des starken Zustroms ausländischer Arbeitskräfte ist die Zahl der Erwerbspersonen in Rheinland-Pfalz von 1961 bis 1970 um 6,3⁰% auf 1,53 Mill. zurückgegangen. Statistische Unterlagen hierzu bietet die Volks- und Berufszählung 1970.
-

Zweitwohnsitze

- 124 Ein Indiz für die zunehmende Mobilität der erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Bevölkerung ist die seit 1961 erheblich gestiegene Zahl der Personen mit mehreren Wohnsitzen, wie sie durch die Volks- und Berufszählungen ausgewiesen wird.
-

Landwirtschaftliche Betriebssysteme und Einkommen

- 128 In diesem Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse der im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1971 vorgenommenen Klassifizierung der Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und nach ihrer Einkommenskapazität dargestellt.
-

Tierische Erzeugung 1972

- 134 Die Viehwirtschaft bedeutet auch in Rheinland-Pfalz für viele landwirtschaftliche Betriebe die hauptsächliche Erwerbsquelle. Vor allem in Höhengebieten bildet sie vielfach sogar die ausschließliche Grundlage für Betriebseinnahmen.
-

Steueraufkommen 1972

- 137 Die einsetzende Konjunkturbelebung und steuertechnische Faktoren ließen das Aufkommen aus den einkommensabhängigen Steuern unerwartet stark ansteigen.
-

Bauhauptgewerbe 1972

- 141 Trotz Stagnation von Beschäftigung und Arbeitsleistung vermochte das Bauhauptgewerbe 1972 dank der ständig fortschreitenden Technisierung wiederum spürbare Produktivitätserfolge zu erzielen.
-

Tiefbau 1972

- 146 Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand Tiefbauaufträge in bisher noch nicht erreichter Höhe vergeben. Das Ergebnis beruht überwiegend auf zahlreichen Baumaßnahmen im Straßenverkehrsbau.
-

Anhang

- 25* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
31* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

43 von 100 Frauen sind berufstätig

Obwohl die Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz von 1961 bis 1970 um 6,7% zunahm, ging die Zahl der Erwerbspersonen gleichzeitig um 6,3% zurück. Maßgebend hierfür war das beträchtliche Absinken der Erwerbsquote, das sich insofern besonders stark auswirken mußte, als die Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nur um 1,8% anstieg. Die nur geringfügige Zunahme der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ergibt sich daraus, daß die geburtschwachen Jahrgänge aus der Zeit des zweiten Weltkrieges nunmehr voll in das erwerbsfähige Alter hineingewachsen sind. Ein gewisses Gegengewicht hierzu bildete allerdings der starke Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in den 60er Jahren. Der Rückgang der Erwerbsquote ist zum großen Teil auf die längere und bessere schulische Ausbildung der Jugendlichen vor ihrem Eintritt in das Berufsleben zurückzuführen. Von Bedeutung war aber auch, daß der Anteil der Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, merklich abgenommen hat. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 117

Immer mehr Zweitwohnsitze

Innerhalb der letzten Jahrzehnte zeichnet sich ganz deutlich eine Tendenz der Konzentration der Arbeits- und Ausbildungsstätten ab. Sie ist begleitet von einem gegenläufigen Prozeß der Dezentralisation der Wohnstätten. Dieses räumliche Auseinanderklaffen von Arbeits- bzw. Ausbildungsort und Wohnort führt zu einem ständigen Anstieg der Pendlerströme. Wo die räumlichen Entfernungen allerdings zu groß sind, als daß sie durch tägliches Pendeln überwunden werden könnten, werden am Arbeits- oder Ausbildungsort Zweitwohnsitze begründet. Andererseits hat der gestiegene Wohlstand und die Unwirtlichkeit der großen Städte dazu geführt, daß in landschaftlich reizvollen und verkehrsfernen Gegenden in zunehmendem Maße Wochenend- oder Ferienhäuser errichtet werden, womit ebenfalls die Begründung eines zweiten Wohnsitzes verbunden ist.

Der Anteil der Personen mit zweitem Wohnsitz, die nicht zur Wohnbevölkerung zählen, ist in den Kreisen besonders hoch, in denen eine gewisse Verkehrsferne und ein geringes Arbeitsplatzangebot zusammentreffen, und eine landschaftlich reizvolle Lage den Anreiz zur Errichtung von Wochenend- oder Ferienhäusern bietet. Demgegenüber zeichnen sich diejenigen Verwaltungsbezirke durch einen besonders hohen Anteil von zur Wohnbevölkerung zählenden Personen mit zweitem Wohnsitz aus, die in den industriellen Ballungszentren liegen oder als Verwaltungs-, Handels-, Verkehrs- und Ausbildungszentren von Bedeutung sind.

Seit 1961 ist die Zahl der Personen mit weiterem Wohnraum - sie hat die Relevanz der Einwohnerschaft einer Großstadt - erheblich gestiegen. Insoweit sie der Wohnbevölkerung zuzurechnen waren, bezieht sich die Steigerungsrate auf +90%; insoweit sie nicht zur Wohnbevölkerung zählten, beträgt sie +25%. Das ist ein Indiz für die zunehmende Mobilität der erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Bevölkerung. ne

Mehr über dieses Thema auf Seite 124

60% der landwirtschaftlichen Betriebseinkommen unter 10 000 DM

Eine in der Landwirtschaftszählung 1971 durchgeführte Klassifizierung der Betriebe läßt erkennen, daß auf Grund der in Rheinland-Pfalz verschiedenartigen natürlichen Produktionsbedingungen Weinbaubetriebe und Futterbaubetriebe bei weitem vorherrschen. Relativ hoch ist auch der Anteil der Gemischtbetriebe, in denen weder Sonderkulturen noch Futterbau, Marktfruchtbau oder Veredlung im Vordergrund stehen. Daneben findet sich in den begünstigten Gebieten Rheinhessens und der Vorderpfalz auch eine größere Zahl von zur Marktfruchtgruppe zählenden Intensivfruchtbetrieben mit Kartoffel-, Zuckerrüben- und Feldgemüseanbau.

Mit Hilfe von Normzahlen für Ertrag und Aufwand der einzelnen Betriebszweige, die größtenteils aus den Unterlagen von Buchführungsbetrieben abgeleitet sind, wurde für die Gesamtzahl der Betriebe auch eine Betriebseinkommensermittlung vorgenommen. Nach diesen Ergebnissen lag im Wirtschaftsjahr 1971/72 bei etwas mehr als 60% aller Betriebe des Landes das Einkommen aus der Landwirtschaft unter 10 000 DM. Zwischen 10 000 und 20 000 DM errechneten sich für ein Fünftel der Betriebe, reichlich 10 000 kamen auf 20 000 bis 30 000 DM. Betriebe mit mehr als 30 000 DM gab es knapp 10 000. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 128

Rückläufiges Schlachtaufkommen

Die 1972 durchgeführten Schlachtungen betrafen rund 195 000 Rinder, 13 900 Kälber, 1,18 Mill. Schweine, 7 400 Schafe, 900 Pferde sowie eine vergleichsweise geringe Anzahl von Ziegen. Hinzu kamen an Schlachtvieh Einfuhren annähernd 2 700 Rinder und 32 100 Schweine.

Verglichen mit dem Vorjahr ist die Zahl der Schlachtungen bei den für die Fleischversorgung wichtigsten Tierarten spürbar zurückgegangen. Am stärksten waren davon Rinderschlachtungen betroffen. So wurden allein hier rund 40 200 Schlachttiere weniger (-17,1%) aufgetrieben, obwohl 1971 schon eine Abnahme um 7 200 (-3%) gegenüber dem Jahr zuvor verzeichnete. Den Ausfall vermochte die Erhöhung des Durchschnittsschlachtgewichts um 5 auf 284 kg nur teilweise zu kompensieren, so daß der Schlachtfall mit 55 400 t um 15,6% unter dem Vorjahresergebnis blieb. Extrem niedrig fiel mit 13 900 die Zahl der Kälberschlachtungen aus, bedingt durch den hohen Bedarf für die Aufzucht. Der Rückgang betrug 35,3%. Die Bestrebung, durch stärkere Ausmästung den Mangel an Schlachttieren auszugleichen, zeigte sich auch hier. Das Durchschnittsschlachtgewicht hob sich um 7 auf 84 kg. Trotzdem blieb der Schlachtfall mit nicht ganz 1 200 t aber noch um 29,8% hinter dem Vorjahr zurück. Eine merkliche Abnahme verzeichneten auch die Schweineschlachtungen (-4,3%). Gegenüber 1,23 Mill. im Vorjahr trugen 1972 nur 1,18 Mill. Tiere, das waren rund 53 600 weniger, zur Fleischversorgung bei. Das entsprechende Schlachtaufkommen verminderte sich dabei jedoch nur um 3% auf 97 700 t, da die Tiere mit durchschnittlich 83 kg ein um 1 kg höheres Schlachtgewicht erbrachten. Weniger Schlachttiere als 1971 wurden auch bei den Pferden (890) und Ziegen (100) aufgetrieben. po

Mehr über dieses Thema auf Seite 134

Leichte Einschränkung der Anbaufläche von Freilandgemüse beabsichtigt

Die Freilandgemüsefläche wird 1973 nach dem Ergebnis der repräsentativ durchgeführten Erhebung über den beabsichtigten Verkaufsanbau von Gemüse eine Einschränkung um etwa 200 ha oder 4% erfahren. Bei den flächenmäßig bedeutendsten Arten sind stärkere Rückgänge bei Steckzwiebeln (— 26%), Frischerbsen (— 24%), Porree (— 20%), Herbstkohl (— 17%), Frühjahrsspinat (— 16%), Späten Möhren (— 12%) sowie Tomaten und Buschbohnen (je — 9%) beabsichtigt. Die Spargelertragsfläche wurde um 5,7% auf 581 ha reduziert. Mit größeren Anbauflächen ist vor allem bei Saatzwiebeln (+ 29%), Dauerrotkohl (+ 27%) und Dauerweißkohl (+ 27%) und Dauerweißkohl (+ 12%) zu rechnen.

Dem Erdbeeranbau wird mit 236 ha eine um 9 ha größere Fläche als vor Jahresfrist zur Verfügung stehen, obwohl bei den Neuanlagen Flächeneinschränkungen um 14% vorgesehen sind.

Der Anbau von Winterspinat belief sich auf 182 ha gegenüber 287 ha im Jahre 1972. wr

44% des Lehrernachwuchses für berufsbildende Schulen

1973 wurden in Rheinland-Pfalz 854 (1972: 835) Teilnehmer an Studienseminaren gezählt. Das Lehramt an berufsbildenden Schulen streben 377 (242), an Realschulen 304 (293) und an Gymnasien 173 (300) Seminarteilnehmer an. Der Anteil des männlichen Lehrernachwuchses beträgt für die berufsbildenden Schulen 81 (79) und Gymnasien 57% (64). Der Nachwuchs für Realschulen besteht dagegen zu 69% (68) aus weiblichen Kandidaten. se

77,8% der Schüler in Berufsschulen

Im Schuljahr 1972/73 werden an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz 145 478 Schüler unterrichtet. Die prozentuale Verteilung auf die Schulgattungen hat sich gegenüber 1971/72 nicht wesentlich verändert: 77,8% der Schüler besuchten Berufsschulen, 10,6% Berufsfachschulen, 5,9% Fachschulen, 3,2% Fachoberschulen und 2,5% Berufsaufbauschulen.

Die Anzahl der berufsbildenden Schüler erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1 028 Schüler oder 0,7% und resultiert entsprechend dem unterschiedlichen Anteil der Schulgattungen am Schülervolumen aus verschiedenen Veränderungsraten: + 47,3% Fachoberschulen, + 9,6% Berufsfachschulen, + 3,4% Berufsaufbauschulen, — 1,1% Berufsschulen und — 7,7% Fachschulen. Die Zunahme der Schüler an Fachoberschulen um rund 50% führte dort zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Klassenfrequenz (Schüler je Klasse) von 23,8 auf 28,7. An den übrigen Schulgattungen sind keine bedeutenden Änderungen dieser Kennzahl im Landesdurchschnitt festzustellen. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Berufsschulen, an denen 113 189 Schüler (77,8% des Volumens) unterrichtet wurden, mit einer Frequenz von 22,8 aufwarten können.

Die relativ konstante Geschlechterrelation zeigt, daß vor allem Mädchen zu Berufsfachschulen (auf 100 Jungen kommen hier 127 Mädchen) und Fachschulen (164) tendieren, von denen wiederum besonders die Schulen des Gesundheitswesens und die mit kaufmännischen und hauswirt-

schaftlichen Fachrichtungen bevorzugt werden. Im Gegensatz dazu sind Jungen stark am Besuch von Berufsaufbauschulen (auf 100 Jungen 17 Mädchen) und Fachoberschulen (29) interessiert, und zwar mit den Fachgebieten Gewerbe, Technik und Wirtschaft. se

Gedämpfte Aufwärtsentwicklung im Bauhauptgewerbe 1972

Beim rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe waren 1972 im Vergleich zum Vorjahr für den Beschäftigtenstand (+ 0,2%), die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (+ 0,7%), die Lohn- und Gehaltssumme (+ 14,4%) sowie den Umsatz (+ 2,0%) sehr unterschiedliche Steigerungsraten zu verzeichnen. Im Bundesgebiet wurden Veränderungsquoten von — 0,7 und — 1,2 sowie + 11,0 und + 10,5%, festgestellt. Die Tatsache, daß sich dabei sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene jeweils für die Arbeitsentgelte die stärksten Wachstumstendenzen ergaben, spiegelt die Auswirkungen der im Berichtsjahr erneut beträchtlich ins Gewicht fallenden Personalkostensteigerungen wider.

Dem im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren nur relativ geringen Anstieg der Arbeitsleistung im heimischen Bauhauptgewerbe um + 0,7% (1970 + 1,7%; 1971 + 3,0%) steht ein wesentlich höherer Zuwachs an effektiven Bauleistungen entgegen, welcher sich 1972 - gemessen am Produktionsindex - auf + 5,7% belief. Hieraus geht hervor, daß es den Bauunternehmen während der Berichtsperiode gelang, wieder eine spürbare Produktivitätssteigerung zu erzielen. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 141

Rekordergebnis im Tiefbau 1972

Insgesamt wurden im Berichtsjahr für 1 075 Mill. DM Aufträge der öffentlichen Hand im Tiefbau vergeben. Dieses Ergebnis ist bisher noch nie erreicht worden und weist gegenüber dem Vorjahreswert eine Steigerung um 73% aus. Nach Art der Tiefbaumaßnahmen entfielen die höchsten Anteile auf Straßenbauten (53%) und Straßenbrückenbauten (30%), auf die damit zusammen mehr als vier Fünftel aller Vergaben kamen. Wasserrwirtschaftliche Tiefbauten hatten einen Anteil von 11%. Unter den Bauherren lag abermals der Bund an der Spitze (65%) vor den Gemeinden (17%) und dem Land (10%). Die jeweils von Bund und Land verausgabten Mittel fanden hauptsächlich Verwendung für Straßenbauten (55 bzw. 89%) und Straßenbrückenbauten (37 bzw. 9%). Gemeindeverbände führten 71% der Tiefbauvergaben dem Straßenbau zu. Prioritäten im wasserwirtschaftlichen Tiefbau setzten Gemeinden und sonstige Bauherren (40 bzw. 78%).

In der Unterscheidung nach vorgesehenen Ausführungszeiten erreichten langfristige Aufträge mit mehr als einem Jahr Bearbeitungszeit einen Anteil von 48%, solche von sechs bis zwölf Monaten 22%. Bei der Differenzierung nach Wertgrößenklassen sind Vergaben mit einem Auftragswert von 100 000 bis 300 000 DM am stärksten vertreten (29%), dagegen lag ihr wertmäßiger Anteil nur bei 12%. Umgekehrt war das Verhältnis in der Klasse 1 bis 20 Mill. DM, wo 6% der Aufträge 40% der gesamten Vergabesumme auf sich vereinigten. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 146

Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Wie bei der Volks- und Berufszählung 1961 erfolgte die Erfassung der Erwerbspersonen auch 1970 wieder nach dem sogenannten Erwerbskonzept. Danach sind als Erwerbspersonen alle diejenigen nachzuweisen, die durch Teilnahme am Erwerbsleben zum Sozialprodukt beitragen. Diese Abgrenzung der Erwerbspersonen stimmt im wesentlichen mit dem international wohl am häufigsten verwandten Labour-Force-Konzept überein, wobei der entscheidende Unterschied darin besteht, daß das Labour-Force-Konzept die mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft nicht mit einschließt, die weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten. Da Dauer und Regelmäßigkeit der Arbeit also keine Rolle spielen, kann die Vergleichbarkeit der Ergebnisse natürlich dadurch beeinträchtigt werden, daß sich in einzelnen Wirtschaftsbereichen oder zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Umfang der Teilzeiterwerbstätigkeit auf Grund der Situation am Arbeitsmarkt ändert.

Ansatzpunkte der Untersuchung

Da jede Erwerbstätigkeit eine bestimmte Ausbildung voraussetzt und nach Erreichung einer gewissen Altersgrenze normalerweise nicht mehr ausgeübt werden kann, muß jede Untersuchung über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben notwendigerweise altersbezogen sein. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter“, zu der alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren gerechnet werden. Die Untergrenze hat sich aber gerade in der letzten Dekade immer weiter nach oben verschoben, da nicht nur die Anforderungen der Wirtschaft an den Ausbildungsstand der neu in das Berufsleben einzugliedernden Arbeitskräfte gestiegen sind, sondern auch ein immer größerer Teil der Eltern daran interessiert ist, ihren Kindern eine möglichst gute allgemeine Vorbildung mit auf den Lebensweg zu geben, so daß sie sich später besser wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen können. Die obere Altersgrenze wird dagegen mit der Einführung der sogenannten „flexiblen Altersgrenze“ immer fließender, da ein Teil der Erwerbstätigen von der gebotenen Möglichkeit, schon vor Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Berufsleben auszuscheiden, Gebrauch machen dürfte, während ein anderer, vermutlich kleinerer Teil, sicherlich daran interessiert ist, über das 65. Lebensjahr hinaus weiterzuarbeiten. In den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1970 hat diese jüngste Entwicklung natürlich noch nicht ihren Niederschlag gefunden. Die Untersuchung über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben muß jedoch nicht nur al-

ters-, sondern auch geschlechtsbezogen sein, denn während für die Männer im erwerbsfähigen Alter eine Erwerbstätigkeit schlechthin eine Lebensnotwendigkeit ist, bleibt von den Frauen nach der Eheschließung nur noch ein kleinerer Teil berufstätig, was zum Teil aus soziologischen Gründen zu erklären ist, da sich die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen in Deutschland nicht als eine Selbstverständlichkeit durchgesetzt hat, wie zum Beispiel in den sozialistischen Ländern. Aber selbst in den Fällen, in denen die Frauen die Absicht haben, ihren Beruf weiter auszuüben, scheitert die Realisierung sehr häufig daran, daß Einrichtungen, in denen die Kinder tagsüber untergebracht werden können, fehlen, da vollausgebaute Kinderhorte und Kindertagesstätten in der Bundesrepublik nur wenig verbreitet sind.

Verminderung des Arbeitskräftepotentials durch Kriegsverluste und Geburtenausfälle

Die Zahl der Erwerbspersonen in den einzelnen Altersklassen richtet sich zunächst einmal nach der zahlenmäßigen Besetzung selbst. Bei einer gleichmäßig wachsenden Bevölkerung sind daher die Erwerbspersonen in den jeweils jüngeren Jahrgängen immer zahlreicher als in den jeweils älteren Jahrgängen, was für eine wachsende Wirtschaft natürlich erhebliche Vorteile hat, da ihr ständig mehr neue junge Arbeitskräfte zugeführt werden als alte ausscheiden. Außerdem hält sich die Belastung für die Aufbringung der Altersrenten, die die Erwerbstätigen tragen müssen, in einem erträglichen Rahmen. Die Bevölkerungspyramide für die deutsche Bevölkerung wurde jedoch von zwei Weltkriegen und einer Weltwirtschaftskrise (1929 - 1932) in sehr starkem Maße betroffen, was in entsprechenden „Einbuchtungen“ zum Ausdruck kommt. Während die Jahrgänge, von denen ein nicht unerheblicher Teil der Männer im Ersten Weltkrieg gefallen ist, inzwischen aus dem Berufsleben herausgewachsen sind, fehlen in starkem Maße Erwerbstätige im Alter von 51 bis 55 Jahren, denn diese Jahrgänge waren nicht nur durch die Geburtenausfälle im Ersten Weltkrieg sehr schwach besetzt, von ihnen sind auch im Zweiten Weltkrieg sehr viele Männer gefallen. Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 60 Jahren ist daher mit 78 500 noch um 37% höher als die Zahl der 50 bis 55 Jahre alten Erwerbstätigen (57 100); bei einer gleichmäßig wachsenden Bevölkerung muß die Zahl der Erwerbstätigen mit zunehmendem Alter

Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben, Geschlecht, Familienstand und Altersgruppen 1970

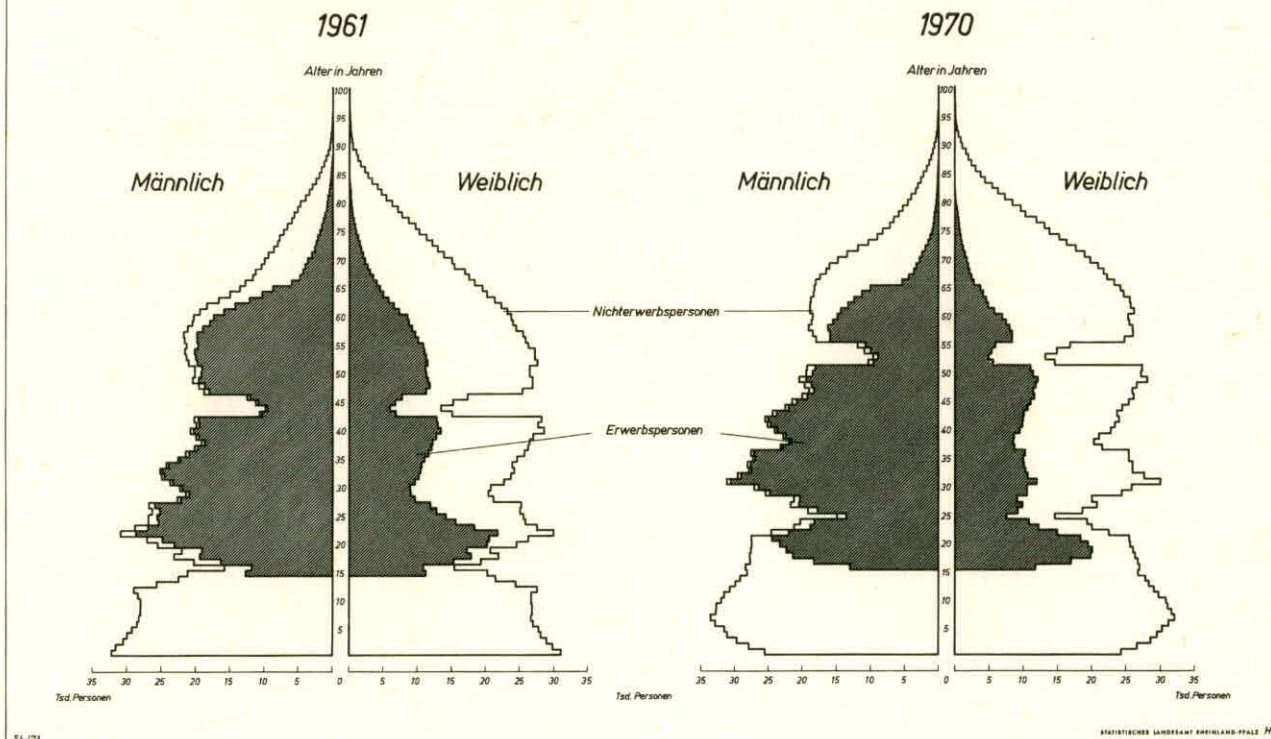
Altersgruppe	Wohnbevölkerung			Erwerbspersonen			Nichterwerbspersonen		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
1 000									
Insgesamt									
unter 15 Jahre	897,3	459,7	437,6	-	-	-	897,3	459,7	437,6
15 - 20 "	270,5	138,8	131,5	186,3	98,1	88,1	84,2	40,6	43,5
20 - 25 "	210,8	108,8	101,9	161,0	97,1	63,8	49,9	11,7	38,0
25 - 30 "	224,4	114,8	109,6	158,8	109,7	49,1	65,4	5,0	60,5
30 - 35 "	279,2	144,4	135,1	194,5	141,6	52,8	84,7	2,5	82,1
35 - 40 "	231,0	119,9	111,1	162,9	117,8	45,2	68,0	2,2	65,8
40 - 45 "	240,0	119,0	121,1	167,7	116,0	51,7	72,2	3,1	69,2
45 - 50 "	232,5	98,6	134,0	152,6	94,0	58,6	80,0	4,6	75,6
50 - 55 "	149,0	62,2	86,9	90,0	57,1	32,9	59,0	5,0	54,0
55 - 60 "	220,4	92,6	127,7	117,5	78,5	39,0	102,9	14,2	88,6
60 - 65 "	219,3	93,0	126,6	84,2	60,9	23,4	135,3	32,0	103,2
65 - 70 "	190,6	82,2	108,3	30,5	19,2	11,3	160,2	63,1	96,9
70 - 75 "	134,5	52,4	82,0	13,6	8,1	5,5	120,9	44,3	76,5
75 und mehr "	146,2	52,0	94,2	7,6	4,4	3,2	138,7	47,6	91,0
Insgesamt	3 645,4	1 738,2	1 907,2	1 527,1	1 002,4	524,7	2 118,3	735,8	1 382,5
Verheiratete									
unter 15 Jahre	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 20 "	12,7	1,2	11,6	7,4	1,1	6,2	5,2	-	5,2
20 - 25 "	90,7	28,3	62,4	58,3	27,5	30,9	32,6	0,9	31,6
25 - 30 "	174,9	79,9	94,9	115,2	78,4	36,5	59,8	1,4	58,2
30 - 35 "	241,8	120,4	121,4	161,4	119,3	41,9	80,4	1,0	79,4
35 - 40 "	205,2	106,7	98,4	141,4	105,8	35,7	64,0	1,1	62,8
40 - 45 "	212,9	109,3	103,4	145,7	107,5	38,2	67,1	1,9	65,2
45 - 50 "	198,1	91,2	106,9	127,9	87,9	39,9	70,2	3,3	67,0
50 - 55 "	118,7	57,5	61,3	73,3	53,5	19,8	45,2	4,0	41,3
55 - 60 "	163,9	84,3	79,7	92,9	72,2	20,6	70,9	11,9	58,9
60 - 65 "	151,8	82,1	69,7	65,5	54,6	10,9	86,3	27,4	58,9
65 - 70 "	118,6	68,8	49,8	20,7	16,1	4,6	97,9	52,5	45,4
70 - 75 "	68,1	40,1	27,8	7,9	6,2	1,7	60,0	33,9	26,1
75 und mehr "	45,2	29,4	15,8	3,4	2,8	0,6	41,7	26,5	15,2
Zusammen	1 802,2	899,2	903,0	1 020,8	733,3	287,6	781,4	165,9	615,5
Ledige, Verwitwete, Geschiedene									
unter 15 Jahre	897,3	459,7	437,6	-	-	-	897,3	459,7	437,6
15 - 20 "	257,8	137,6	119,9	178,9	97,0	81,9	79,0	40,6	38,3
20 - 25 "	120,1	80,5	39,5	102,7	69,6	32,9	17,3	10,8	6,4
25 - 30 "	49,5	34,9	14,7	43,6	31,3	12,6	5,6	3,6	2,3
30 - 35 "	37,4	24,0	13,7	33,1	22,3	10,9	4,3	1,5	2,7
35 - 40 "	25,8	13,2	12,7	21,5	12,0	9,5	4,0	1,1	3,0
40 - 45 "	27,1	9,7	17,7	22,0	8,5	13,5	5,1	1,2	4,0
45 - 50 "	34,4	7,4	27,1	24,7	6,1	18,7	9,8	1,3	8,6
50 - 55 "	30,3	4,7	25,6	16,7	3,6	13,1	13,8	1,0	12,7
55 - 60 "	56,5	8,3	48,0	24,6	6,3	18,4	32,0	2,3	29,7
60 - 65 "	67,5	10,9	56,9	18,7	6,3	12,5	49,0	4,6	44,3
65 - 70 "	72,0	13,4	58,5	9,8	3,1	6,7	62,3	10,6	51,5
70 - 75 "	66,4	12,3	54,2	5,7	1,9	3,8	60,9	10,4	50,4
75 und mehr "	101,0	22,6	78,4	4,2	1,6	2,6	97,0	21,1	75,8
Zusammen	1 843,2	839,0	1 004,2	506,3	269,1	237,1	1 336,9	569,9	767,0

dagegen zurückgehen. Von zum Teil erheblichen Kriegsverlusten wurden jedoch alle vor 1927 liegenden Jahrgänge betroffen, so daß die Zahl der Erwerbspersonen, die zum Zeitpunkt der Volkszählung zwischen 45 und 65 Jahre alt waren, erheblich unter der „normalen Besetzung“ liegt. Nicht so gravierend waren die Geburtenausfälle während der Weltwirtschaftskrise; der „Bruch“ zeigt sich darin, daß die Zahl der 35- bis 40jährigen erwerbstätigen Männer mit 117 800 nur um 1,5% größer war als die der Erwerbspersonen im Alter von 40 bis 45 Jahren.

Am stärksten ausgeprägt und noch über die nächsten beiden Generationen hinaus spürbar sind dagegen die Geburtenverluste während des Zweiten Weltkrieges und während der ersten Nachkriegszeit. Die Zahl der 20- bis 30jährigen männlichen Er-

werbspersonen ist mit 206 800 derart gering, daß sie kaum ausreichen dürfte, den für die weitere wirtschaftliche Entwicklung erforderlichen Nachwuchsbedarf zu decken. Die Auswirkungen sind zur Zeit noch nicht in vollem Umfange sichtbar, da sich ein Teil der jungen Leute noch in der Ausbildung befindet. Diese durch Geburtenausfälle und unmittelbare Kriegsverluste bedingte Verringerung des Arbeitskräftepotentials macht es u. a. verständlich, warum die sich in einem ständigen Wachstumsprozeß befindliche deutsche Wirtschaft in großem Umfange ausländische Arbeitskräfte heranziehen muß. Bei einem Vergleich der Erwerbspersonen in den einzelnen Altersklassen ist deshalb außerdem zu berücksichtigen, daß bestimmte Jahrgänge durch eine nicht unbeträchtliche Zahl von ausländischen Arbeitskräften aufgestockt werden.

Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen nach Altersjahren und Geschlecht 1961 und 1970



Erwerbsquote für die Männer zwischen 50 und 65 nur 79%

Untersucht man zunächst für die männliche Wohnbevölkerung, in welchem Umfange sie sich in den einzelnen Altersklassen am Erwerbsleben beteiligt, so ergibt sich, daß eine Erwerbstätigkeit nahezu aller Männer nur im Alter von 30 bis 45 Jahren gegeben ist: Die Erwerbsquoten (Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung) liegen hier bei nahezu 98%. Von den 15- bis 20jährigen befinden sich noch rund 30% in der Ausbildung. Diese Quote sinkt dann bei den 20- bis 25jährigen auf 11% und bei den 25- bis 30jährigen auf 4%. Ein relativer Rückgang der Erwerbstätigkeit läßt sich bereits beginnend mit der Altersgruppe der 45- bis 50jährigen beobachten. Zwar macht die Erwerbsquote hier noch 95,3% aus, bei den 50- bis 55jährigen sinkt sie aber bereits auf 91,8% und bei den 55- bis 60jährigen auf 84,8%. Von den 60- bis 65jährigen gehen dann sogar nur mehr knapp zwei Drittel einer Erwerbstätigkeit nach. Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse sollte man berücksichtigen, daß die zuletzt genannten Altersgruppen zwei Weltkriege zum großen Teil als Soldaten miterlebt und dadurch in vielen Fällen gesundheitliche Schäden erlitten haben, die eine frühzeitige Aufgabe der Berufstätigkeit zur Folge hatten. Für die über 65 Jahre alten Männer erscheinen die Erwerbsquoten auf den ersten Blick unwahrscheinlich hoch; von den 65- bis 70jährigen sind danach noch 23,4%, von den 70- bis 75jährigen 15,5% und von den über 75jährigen 8,5% erwerbstätig. Es ist hier

jedoch zu vermuten, daß es sich in der Mehrzahl der Fälle nur noch um eine teilweise Beschäftigung handeln dürfte; in nicht unbeträchtlichem Umfange fallen hierunter auch Selbständige, die ihre Betriebe langsam in jüngere Hände übergehen lassen und nur noch zeitweise mitarbeiten.

43% der Frauen im erwerbsfähigen Alter sind berufstätig

Für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist der Familienstand entscheidend, da sich von den verheirateten Frauen noch immer der überwiegende Teil der Erziehung der Kinder widmet und um den Haushalt kümmert. Faßt man zunächst die ledigen, verwitweten und geschiedenen Frauen in einer Gruppe zusammen und vergleicht deren Erwerbsquoten mit denen der Männer, so zeigt sich, daß der Grad der Erwerbstätigkeit bei den 15- bis 20jährigen mit 68,3% etwa genau so hoch ist wie bei den Männern, daß mit anderen Worten die Mädchen heute im wesentlichen die gleiche schulische Ausbildung erhalten wie die Jungen. Erstaunlich ist dagegen, daß bei den über 20 Jahre alten nichtverheirateten Frauen der Anteil derjenigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, derart gering ist und weit unter der entsprechenden Quote für die Männer liegt. Bei den 20- bis 30jährigen macht er 84% aus, sinkt dann bei den 30- bis 40jährigen auf 77% und bei den 40- bis 50jährigen auf 72%. Der weitere starke Rückgang auf 43% bei den 50- bis 60jährigen erklärt sich u. a. daraus, daß zu der Gruppe der Nichtverheirateten bereits sehr viele Witwen gehören, die eine eigene Rente oder Pension

Altersgruppe	Insgesamt			Verheiratete			Ledige, Verwitwete und Geschiedene		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung in %								
unter 15 Jahre	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 20 "	68,9	70,7	67,0	58,3	91,7	53,4	69,4	70,5	68,3
20 - 25 "	76,4	89,2	62,6	64,3	97,2	49,5	85,5	86,5	83,3
25 - 30 "	70,8	95,6	44,8	65,9	98,1	38,5	88,1	89,7	85,7
30 - 35 "	69,7	98,1	39,1	66,7	99,1	34,5	88,5	92,9	79,6
35 - 40 "	70,5	98,2	40,7	68,9	99,2	36,3	83,3	90,9	74,8
40 - 45 "	69,9	97,5	42,7	68,4	98,4	36,9	81,2	87,6	76,3
45 - 50 "	65,6	95,3	43,7	64,6	96,4	37,3	71,8	82,4	69,0
50 - 55 "	60,4	91,8	37,9	61,8	93,0	32,3	55,1	76,6	51,2
55 - 60 "	53,3	84,8	30,5	56,7	85,6	25,8	43,5	75,9	38,3
60 - 65 "	38,4	65,5	18,5	43,1	66,5	15,6	27,7	57,8	22,0
65 - 70 "	16,0	23,4	10,4	17,5	23,4	9,2	13,6	23,1	11,5
70 - 75 "	10,1	15,5	6,7	11,6	15,5	6,1	8,6	15,4	7,0
75 und mehr "	5,2	8,5	3,4	7,5	9,5	3,8	4,2	7,1	3,3
Insgesamt	41,9	57,7	27,5	56,6	81,6	31,8	27,5	32,1	23,6

beziehen und daher nicht auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Von den 60 bis 65 Jahre alten nicht verheirateten Frauen sind nur noch 22% berufstätig, da sehr viele von der den Frauen gebotenen Möglichkeit, mit dem 62. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben auszusteigen, Gebrauch machen.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern wird in ihrem Gesamtzusammenhang noch in einem späteren Beitrag behandelt werden. Hier soll nur ein erster Überblick gegeben werden, der die Veränderung der Erwerbsquoten in den einzelnen Altersgruppen aufzeigt. Von den 15- bis 20jährigen Frauen, die bereits verheiratet sind, waren noch 53,4% erwerbstätig, während die entsprechende Quote für die ledigen Frauen und Mädchen bei 68,3% liegt. Die Erwerbsquote fällt dann bei den 20- bis 25jährigen auf 49,5%. Diese recht niedrigen Erwerbsquoten sind natürlich nur zum Teil dadurch bedingt, daß die verheirateten Frauen sich in diesem Alter ausschließlich ihrem Haushalt widmen; vielmehr dürfte ein Teil sich noch in der Ausbildung befinden. Bei den 25- bis 30jährigen geht dann die Erwerbsquote sehr stark auf 38,5% zurück, weil in den meisten jungen Ehen, in denen die Frauen zwischen 25 und 30 Jahre alt sind, Kinder geboren worden sind, so daß der überwiegende Teil dieser Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben muß. Die Erwerbsquote sinkt dann noch weiter bis auf 34,5% bei den 30- bis 35jährigen verheirateten Frauen, ein Alter, in dem in den meisten Ehen Kleinkinder zu versorgen sind. In den folgenden Altersgruppen steigt die Erwerbsquote leicht an und hält sich für die 35- bis 50jährigen verheirateten Frauen bei rund 37%. Danach nimmt die Erwerbsquote wieder recht stark ab: von 32,3% bei den 50- bis 55jährigen bis 15,6% bei den 60- bis 65jährigen. Diese Tendenz ist zwar auch bei den Erwerbsquoten für die Männer zu beobachten, das Niveau liegt hier aber sehr viel höher.

An sich ist es überraschend, daß die verheirateten Frauen die Berufstätigkeit in einem derart großen Umfange so frühzeitig aufgeben, obwohl die Bedingungen hierfür, nachdem die Kinder dem Haushalt und der Familie entwachsen sind, doch sehr viel günstiger geworden sind. Zum Teil dürfte sich dies

daraus erklären, daß die Zahl derjenigen verheirateten Frauen, die aus Gesundheitsgründen oder wegen des steigenden Einkommens ihres Mannes im höheren Alter aus dem Erwerbsleben ausscheiden, weit größer ist als die Zahl derjenigen, die wieder in ihren alten Beruf zurückkehren, nachdem nicht mehr die Notwendigkeit besteht, ausschließlich im Haushalt tätig zu sein. Ein Grund hierfür dürfte u. a. sein, daß sich die Berufschancen für die letztere Gruppe, nachdem sie so lange nicht mehr erwerbstätig waren, doch erheblich verschlechtert haben und eine erneute Erwerbstätigkeit damit nur noch einen geringen Reiz hat.

Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben und Altersgruppen 1961 und 1970

Altersgruppe	1961 ¹⁾	1970	Veränderung
	1 000		%
Erwerbspersonen			
unter 15 Jahre	23,9	-	-
15 - 20 "	171,0	186,3	8,9
20 - 25 "	222,0	161,0	- 27,5
25 - 30 "	168,2	158,8	- 5,6
30 - 35 "	170,6	194,5	14,0
35 - 40 "	161,6	162,9	0,8
40 - 45 "	115,2	167,7	45,6
45 - 50 "	141,0	152,6	8,2
50 - 55 "	154,5	90,0	- 41,7
55 - 60 "	140,3	117,5	- 16,3
60 - 65 "	90,7	84,2	- 7,2
65 - 70 "	38,5	30,5	- 20,8
70 - 75 "	20,0	13,6	- 32,0
75 und mehr "	12,7	7,6	- 40,2
Insgesamt	1 630,3 ²⁾	1 527,1	- 6,3
Nichterwerbspersonen			
unter 15 Jahre	796,8	897,3	12,6
15 - 20 "	37,4	84,2	125,1
20 - 25 "	53,6	49,9	- 6,9
25 - 30 "	63,5	65,4	3,0
30 - 35 "	69,1	84,7	22,6
35 - 40 "	73,9	68,0	- 8,0
40 - 45 "	56,5	72,2	27,8
45 - 50 "	73,6	80,0	8,7
50 - 55 "	86,0	59,0	- 31,4
55 - 60 "	89,2	102,9	15,4
60 - 65 "	99,1	135,3	36,5
65 - 70 "	101,2	160,2	58,3
70 - 75 "	82,0	120,9	47,4
75 und mehr "	104,8	138,7	32,3
Insgesamt	1 786,8 ²⁾	2 118,3	18,6

1) Einschl. Soldaten. - 2) Einschl. ohne Angabe des Alters.

Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht 1961 und 1970

Altersgruppe	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung in %					
unter 15 Jahre	2,9	-	3,0	-	2,8	-
15 - 20 "	82,0	68,9	84,1	70,7	79,9	67,0
20 - 25 "	80,5	76,4	93,4	89,2	67,2	62,6
25 - 30 "	72,6	70,8	97,2	95,6	46,5	44,8
30 - 35 "	71,2	69,7	98,3	98,1	43,6	39,1
35 - 40 "	68,6	70,5	97,4	98,2	46,7	40,7
40 - 45 "	67,1	69,9	96,5	97,5	45,9	42,7
45 - 50 "	65,7	65,6	95,5	95,3	43,6	43,7
50 - 55 "	64,2	60,4	93,6	91,8	41,3	37,9
55 - 60 "	61,1	53,3	89,0	84,8	37,4	30,5
60 - 65 "	47,8	38,4	73,7	65,5	27,6	18,5
65 - 70 "	27,5	16,0	40,0	23,4	19,1	10,4
70 - 75 "	19,6	10,1	29,6	15,5	12,8	6,7
75 und mehr "	10,8	5,2	16,9	8,5	6,5	3,4
Insgesamt	47,7	41,9	63,3	57,7	33,8	27,5

Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben 1970 geringer als 1961

Verfolgt man die Entwicklung der Erwerbstätigkeit seit 1961, so zeigt sich, daß die Zahl der Erwerbspersonen um 6,3% auf 1 527 100 zurückgegangen ist. Maßgebend hierfür war das beträchtliche Absinken der Erwerbsquote, das sich insofern besonders stark auswirken mußte, als die Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nur um 1,8% anstieg (bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung um 6,7%). Diese nur geringfügige Zunahme der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ergibt sich daraus, daß die geburtenschwachen Jahrgänge aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges nunmehr voll in das erwerbsfähige Alter hineingewachsen sind. Dieses Ergebnis konnte allerdings durch den starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in den 60er Jahren mehr als ausgeglichen werden.

Der Rückgang der Erwerbsquote hat verschiedene Gründe. Zunächst läßt sich feststellen, daß ein immer größer werdender Teil der Eltern für ihre Kinder eine längere und bessere schulische Ausbildung anstrebt. Dies hatte zur Folge, daß die Erwerbsquote für die Jungen im Alter von 15 bis 20 Jahren von 84,1 auf 70,7% und für die Mädchen der gleichen Altersgruppe von 79,9 auf 67,0% sank. Auch bei den 20- bis 30jährigen dürfte der Rückgang der Erwerbsquote in erster Linie auf eine Verlängerung der Ausbildungszeit zurückzuführen sein. Auffällig ist weiterhin, daß der Anteil der Frauen, die einer Berufstätigkeit nachgehen, merklich abgenommen hat, was bei den in der Öffentlichkeit gerade in den 60er Jahren viel diskutierten Emanzipationsbestrebungen überraschen muß. Hinzu kommt weiter, daß die Erwerbsquoten mit zunehmendem Alter sehr viel stärker absinken, als dies noch 1961 der Fall war. So standen von den 60 bis 65 Jahre alten Männern 1961 noch 73,7% im Erwerbsleben; 1970 waren es dagegen nur mehr 65,5%. Bei den Frauen läßt sich eine ähnliche Tendenz beobachten: Die Erwerbsquote für die 60- bis 65jährigen Frauen sank von 27,6% im Jahre 1961 auf 18,5% im Jahre 1970. Auf die möglichen Gründe hierfür wurde bereits zuvor hingewiesen (Krankheitsanfälligkeit der Kriegsjahrgänge, Zunahme der

Anteil der Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geschlecht und Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	%		
Kreisfreie Stadt Koblenz	63,6	88,4	41,1
Landkreise Ahrweiler	63,5	89,8	40,3
Altenkirchen (Ww.)	59,9	87,0	34,8
Bad Kreuznach	65,5	89,3	44,4
Birkenfeld	65,2	89,7	42,8
Cochem-Zell	65,8	89,1	44,6
Mayen-Koblenz	61,6	88,7	36,4
Neuwied	61,9	88,2	38,0
Oberwesterwaldkreis	62,1	88,9	37,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	67,2	90,2	46,5
Rhein-Lahn-Kreis	64,2	89,0	41,3
Unterwesterwaldkreis	62,4	88,7	37,7
Reg. Bez. Koblenz	63,3	88,2	40,1
Kreisfreie Stadt Trier	60,6	86,2	39,2
Landkreise Bernkastel-Wittlich	67,2	90,8	45,5
Bitburg-Prüm	67,0	89,4	47,0
Daun	65,2	88,0	44,2
Trier-Saarburg	65,4	89,8	42,9
Reg. Bez. Trier	65,0	89,0	43,5
Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz)	66,4	91,5	42,5
Kaiserslautern	63,2	86,6	42,4
Landau i. d. Pfalz	63,0	86,8	42,9
Ludwigshafen a. Rhein	66,0	90,4	41,9
Mainz	64,2	83,8	45,6
Neustadt a. d. Weinstr.	64,2	89,1	42,1
Pirmasens	71,4	88,0	57,3
Speyer	65,8	87,6	46,9
Worms	63,0	89,1	39,9
Zweibrücken	62,8	87,8	40,1
Landkreise Alzey-Worms	66,3	89,9	43,9
Bad Dürkheim	65,6	90,4	42,7
Donnersbergkreis	65,6	89,5	42,6
Germersheim	67,6	90,7	45,0
Kaiserslautern	63,1	88,9	39,3
Kusel	62,9	88,8	38,8
Landau-Bad Bergzabern	69,1	89,1	50,7
Ludwigshafen	64,4	91,0	38,6
Mainz-Bingen	66,9	90,1	45,1
Pirmasens	73,4	90,3	58,0
Zweibrücken	67,0	89,3	45,5
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	65,8	89,0	44,2
Rheinland-Pfalz	64,8	88,9	42,6
Kreisfreie Städte	64,4	87,7	43,2
Landkreise	65,0	89,4	42,4

Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben und Verwaltungsbezirken 1961 und 1970

Verwaltungsbezirk	Erwerbspersonen			Nichterwerbspersonen		
	1961 ¹⁾	1970	Veränderung	1961	1970	Veränderung
	Anzahl		%	Anzahl		%
Kreisfreie Stadt Koblenz	53 692	50 667	- 5,6	62 402	68 767	10,2
Landkreise						
Ahrweiler	44 505	41 981	- 5,7	48 252	61 881	28,2
Altenkirchen (Ww.)	49 597	45 892	- 7,5	62 799	75 289	19,9
Bad Kreuznach	65 180	62 361	- 4,3	71 554	84 999	18,8
Birkenfeld	44 122	39 948	- 9,5	47 564	53 671	12,8
Cochem-Zell	33 129	27 396	- 17,3	30 788	38 602	25,4
Mayen-Koblenz	75 347	73 677	- 2,2	96 248	112 079	16,4
Neuwied	60 814	58 521	- 3,8	73 870	89 681	21,4
Oberwesterwaldkreis	32 314	29 740	- 8,0	32 746	47 565	45,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	40 893	37 267	- 8,9	40 793	50 183	23,0
Rhein-Lahn-Kreis	53 412	48 909	- 8,4	61 100	69 326	13,5
Unterwesterwaldkreis	33 728	34 018	0,9	41 286	51 849	25,6
Reg. Bez. Koblenz	586 733	550 377	- 6,2	669 382	803 892	20,1
Kreisfreie Stadt Trier	44 078	40 659	- 7,8	61 657	63 065	2,3
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	55 506	46 887	- 15,5	51 803	63 096	21,8
Bitburg-Prüm	47 063	39 226	- 16,7	43 830	54 170	23,6
Daun	26 262	23 039	- 12,3	25 676	33 915	32,1
Trier-Saarburg	55 774	48 622	- 12,8	53 417	69 733	30,5
Reg. Bez. Trier	228 683	198 433	- 13,2	236 383	283 979	20,1
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	16 893	18 112	7,2	18 839	22 786	21,0
Kaiserslautern	45 807	41 604	- 9,2	53 502	58 013	8,4
Landau i. d. Pfalz	12 643	12 968	2,6	16 257	18 621	14,5
Ludwigshafen a. Rhein	78 718	78 338	- 0,5	87 043	97 693	12,2
Mainz	71 730	75 500	5,3	80 177	96 695	20,6
Neustadt a. d. Weinstr.	24 097	21 143	- 12,3	27 372	29 766	8,7
Pirmasens	30 088	25 699	- 14,6	28 966	29 993	3,5
Speyer	17 807	18 197	2,2	20 678	23 566	14,0
Worms	32 916	31 223	- 5,1	42 390	45 474	7,3
Zweibrücken	14 858	13 278	- 10,6	18 066	19 486	7,9
Landkreise						
Alzey-Worms	46 401	41 936	- 9,6	48 104	55 844	16,1
Bad Dürkheim	53 436	49 432	- 7,5	55 646	66 222	19,0
Donnersbergkreis	29 905	27 739	- 7,2	34 410	39 379	14,4
Germersheim	39 128	40 376	3,2	38 400	52 142	35,8
Kaiserslautern	39 063	36 307	- 7,1	46 914	53 853	14,8
Kusel	37 018	33 487	- 9,5	44 557	49 222	10,5
Landau-Bad Bergzabern	52 461	46 618	- 11,1	49 517	57 805	16,7
Ludwigshafen	49 080	49 609	1,1	52 762	67 794	28,5
Mainz-Bingen	69 442	65 383	- 5,8	66 914	84 415	26,2
Pirmasens	38 997	37 627	- 3,5	34 527	43 127	24,9
Zweibrücken	14 385	13 757	- 4,4	16 021	18 527	15,6
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	814 873	778 333	- 4,5	881 062	1 030 423	17,0
Rheinland-Pfalz	1 630 289	1 527 143	- 6,3	1 786 827	2 118 294	18,6
Kreisfreie Städte	443 327	427 388	- 3,6	517 349	573 925	10,9
Landkreise	1 186 962	1 099 755	- 7,3	1 269 478	1 544 369	21,7

1) Einschl. Soldaten.

Kreislaufkrankheiten). Auch die Zahl derjenigen, die über das 65. Lebensjahr hinaus noch erwerbstätig sind, hat sehr stark abgenommen. Dies dürfte zum größten Teil dadurch bedingt sein, daß die Landwirtschaft heute mit sehr viel weniger Arbeitskräften auskommt und gerade viele kleinere und mittlere Betriebe, die von ihren Inhabern und mithelfenden Ehefrauen noch weit über das 65. Lebensjahr hinaus bewirtschaftet wurden, in den 60er Jahren aufgegeben wurden. Dies zeigt sich auch sehr deutlich bei einem Vergleich der absoluten Zahlen: Während die Zahl der über 65 Jahre alten Erwerbspersonen gegenüber 1961 um 27% abgenommen hat, ist gleichzeitig die Zahl der Nichterwerbspersonen in diesen Altersklassen um 46% angestiegen.

Möglichkeiten für eine Mobilisierung von weiblichen Arbeitskräften in ländlichen Gebieten

Da die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse in allen Landesteilen etwa die gleichen sind, erklären sich die regionalen Unterschiede in der Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben in erster Linie aus den jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Als Vergleichsmaßstab für die regionale Analyse soll der Anteil der Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der die Erwerbstätigkeit der über 65 Jahre alten Personen außer acht läßt, dienen, da er besser geeignet ist, in den einzelnen Regionen bestehende Arbeitskraftreserven aufzuzeigen. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf den Gebietsstand vom 7. November 1970.

Vergleicht man zunächst die Ergebnisse für die Stadt- und Landkreise, so ergibt sich, daß die Erwerbsquote für die Männer in den Landkreisen mit 89,4% höher ist als in den kreisfreien Städten (87,7%). Dagegen liegt für die Frauen die Erwerbsquote in den kreisfreien Städten mit 43,2% über der entsprechenden Erwerbsquote in den Landkreisen (42,4%). In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Erwerbsquoten für die Frauen in den einzelnen Kreisen sehr viel stärker von dem Landesdurchschnitt (42,6%) abweichen, als dies bei den Männern der Fall ist.

Die Erwerbsquote, die für die Männer im Landesdurchschnitt 88,9% beträgt, wird in stärkerem Maße nur in Mainz und Trier unterschritten. In diesen beiden Städten übten nur 83,8% bzw. 86,2% der Männer im erwerbsfähigen Alter eine Berufstätigkeit aus. Für die Frauen ergab sich eine besonders niedrige Beteiligung am Erwerbsleben in den Landkreisen Altenkirchen (34,8%), Mayen-Koblenz (36,4%), Oberwesterwald (37,1%), Unterwesterwald (37,7%), Neuwied (38,0%), Ludwigshafen (38,6%), Kusel (38,8%) und Kaiserslautern (39,3%). In den Städten wurde der Landesdurchschnitt von 42,6% nur in Trier (39,2%) und Worms (39,9%) in größerem Umfang unterschritten. Am stärksten über dem Landesdurchschnitt war die Beteiligung der

Frauen am Erwerbsleben im Stadt- und Landkreis Pirmasens (57,3 und 58,0%), was sich vor allem aus dem großen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften der hier ansässigen Schuhindustrie erklärt. Erheblich überschritten wurde der Landesdurchschnitt weiterhin in den Landkreisen Bitburg-Prüm, Rhein-Hunsrück, Bernkastel-Wittlich, Zweibrücken, Mainz-Bingen und Germersheim; die Erwerbsquoten lagen hier über 45%. Von den Städten erreichten - abgesehen von Pirmasens - nur Speyer und Mainz entsprechend hohe Erwerbsquoten. Diese zum Teil doch recht beträchtlichen Unterschiede lassen erkennen, in welchem Ausmaß sich in bestimmten Landesteilen noch Reserven an weiblichen Arbeitskräften mobilisieren ließen. Voraussetzung hierfür ist natürlich ein Angebot an Arbeitsplätzen, die für Frauen geeignet und attraktiv sind. Eine erhebliche Rolle dürfte auch spielen, ob Einrichtungen wie Kinderhorte, Kindertagesstätten usw. bestehen, in denen die erwerbstätigen Ehefrauen ihre Kinder unterbringen können. Insofern erfordert eine Neuan siedlung von gewerblichen Betrieben insbesondere in ländlichen Gebieten ein bestimmtes Maß von „sozialen Investitionen“.

Seit 1961 ist die Zahl der Erwerbspersonen in den Landkreisen stärker zurückgegangen (— 7,3%) als in den kreisfreien Städten (— 3,6%), obwohl die Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Landkreisen noch um 3,0% zugenommen hat, während sie in den kreisfreien Städten um 1,1% zurückging. Diese Divergenz der Wachstumsraten findet seine Erklärung darin, daß die Beteiligung am Erwerbsleben in den Landkreisen sehr viel stärker abnahm als in den kreisfreien Städten. Setzt man die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Beziehung zur Gesamtzahl der Wohnbevölkerung, so ergibt sich für die Landkreise von 1961 bis 1970 ein Rückgang dieser auf die gesamte Wohnbevölkerung bezogenen Erwerbsquote von 48,3 auf 41,6%, während für die kreisfreien Städte nur eine Verminderung von 46,1 auf 42,7% eintrat. Insgesamt am stärksten nahm die Zahl der Erwerbspersonen in den Landkreisen des Regierungsbezirkes Trier ab. Der Rückgang lag hier überall über 12%. In dem angrenzenden Landkreis Cochem-Zell erreichte er sogar 17,3%. Da der Regierungsbezirk Trier von allen Landesteilen bisher am stärksten durch die Landwirtschaft geprägt wurde, mußte sich die Umstrukturierung dieses Wirtschaftsbereichs, die in großem Umfang zur Aufgabe von kleineren Betrieben führte, hier am stärksten auswirken. Entsprechend hoch war die Abnahme in der Zahl der Erwerbspersonen nur noch in den kreisfreien Städten Pirmasens und Neustadt. Nur in einigen Städten stieg die Zahl der Erwerbspersonen noch in nennenswertem Umfang. Hierzu gehören Frankenthal (+ 7,2%), Mainz (+ 5,3%), Landau (+ 2,6%) und Speyer (+ 2,2%). Auf Grund der verstärkten Industrieansiedlung im Landkreis Germersheim ergab sich auch hier eine Zunahme von 3,2%.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Personen mit mehreren Wohnsitzen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Innerhalb der letzten Jahrzehnte zeichnet sich eine Tendenz der Konzentration der Arbeits- und Ausbildungsstätten ganz deutlich ab. Sie ist begleitet von einem gegenläufigen Prozeß der Dezentralisation der Wohnstätten. Dieses räumliche Auseinanderklaffen von Arbeits- bzw. Ausbildungsort einerseits und Wohnort andererseits führt zu einem ständigen Anstieg der Pendlerströme. Wo die räumlichen Entfernungen allerdings zu groß sind, als daß sie durch tägliches Pendeln überwunden werden könnten, werden am Arbeits- oder Ausbildungsort Zweitwohnsitze begründet. Andererseits hat der gestiegene Wohlstand und die Unwirtlichkeit der Städte dazu geführt, daß in landschaftlich reizvollen Gegenden in zunehmendem Maße Wochenend- oder Ferienhäuser errichtet werden, womit ebenfalls die Begründung eines Zweitwohnsitzes verbunden ist.

Bei einer Volkszählung ist die exakte Erfassung der Bevölkerung aus diesem Grunde nicht unproblematisch; denn es stellt sich die Frage, wo jene Menschen zu zählen sind, die am Stichtag in mehreren Gemeinden einen Wohnsitz unterhalten, sei es als Eigentümer einer Zweitwohnung in Form eines Wochenend- oder Ferienhauses, sei es als Erwerbstätige, Schüler oder Studenten, die von einer anderen als der Wohnsitzgemeinde aus ihrer Arbeit oder ihrer Ausbildung nachgehen.

Um eine lückenlose Erfassung der Bevölkerung zu gewährleisten, war nach den Zählungsrichtlinien in jeder Gemeinde für alle Personen, die in der Erfassungsgemeinde eine Wohnung oder Unterkunft hatten, ein Erhebungsbogen auszufüllen. Für die Personen mit Wohnsitzen in mehreren Gemeinden ergab diese Erfassungsmethode Doppelzählungen, die man bewußt in Kauf nahm. Die Frage nach der weiteren Wohnung oder Unterkunft in einer anderen Gemeinde war auf dem Erhebungsbogen so exakt formuliert, daß der betroffene Personenkreis eliminiert und jeweils so zugeordnet werden konnte, wie die den verschiedenen Betrachtungsweisen adäquaten Bevölkerungsbegriffe es verlangten.

Entsprechend der Antwort auf die Frage nach weiterem Wohnraum wurden die bei der Volks- und Berufszählung erfaßten Personen nach drei Kategorien unterschieden:

1. Personen ohne weiteren Wohnraum.
2. Personen mit weiterem Wohnraum in einer anderen Gemeinde, die in der Erfassungsgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen.
3. Personen mit weiterem Wohnraum in einer anderen Gemeinde, die in der Erfassungsgemeinde nicht zur Wohnbevölkerung zählen.

Die komplizierte Methode der unterschiedlichen Zuordnung der Personen mit mehreren Wohnsitzen dient vorzugsweise der Feststellung der *Wohnbevölkerung*. Diese ergibt sich aus der Addition der Personengruppen 1 + 2; denn neben den Personen ohne weiteren Wohnraum wurden in der Erfassungsgemeinde diejenigen Personen mit weiterem Wohnraum zur Wohnbevölkerung gezählt, die sich überwiegend in ihr aufhalten oder von ihr aus ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Unerheblich ist dieses Kriterium für deutsche Staatsangehörige im Ausland; sie wurden, unabhängig davon, ob sie von der deutschen Erfassungsgemeinde oder von dem ausländischen Wohnsitz aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, in der Erfassungsgemeinde zur

Wohnbevölkerung gezählt. Die Wohnbevölkerung ist der Bevölkerungsbegriff, der den Ausgangspunkt für Fortschreibung und Vorausschätzung im Bereich der amtlichen Statistik bildet, der statistischen Auswertung und Analysen zugrundegelegt wird und auf dem einschlägige verwaltungsmäßige Entscheidungen, Rechtsvorschriften und tarifliche Fixierungen basieren.

Durch den Strukturwandel der ländlichen Gebiete in den letzten Jahrzehnten, der für einen Teil der ländlichen Bevölkerung die Konsequenz der Umschulung und des Auspendelns in benachbarte oder auch entferntere städtische Zentren hatte, durch immer größere berufliche Spezialisierung und infolge der spezifischen Arbeitsmarktsituation, nimmt die Mobilität der Erwerbstätigen ständig zu. Es gibt viele ländliche Gemeinden, die mehr oder weniger zu reinen Wohngemeinden geworden sind. Wenn unter den Pendlern die Wochenendpendler zahlenmäßig ins Gewicht fallen, wirkt sich das in der Weise aus, daß sich die Bevölkerungszahlen der kleinen ländlichen Wohngemeinden zugunsten der größeren städtischen Gemeinden vermindern. Eine solche Entwicklung ist für die kleineren Gemeinden von Nachteil, weil einerseits bei ihnen nach wie vor die Hauptlast für die Versorgung der Pendlerfamilien mit kommunalen Leistungen (Aufwendungen für den sächlichen Schulbedarf, Errichtung von Kindergärten, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung u. a. m.) liegt, sie aber andererseits bei der Zuweisung von Mitteln, deren Bemessung von der Wohnbevölkerung ausgeht, benachteiligt sind.

Um solchen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, wird die Bevölkerungszahl auch nach einem weiteren Zuordnungsgesichtspunkt, und zwar nach dem der Wohnberechtigung berechnet. Zur *wohnberechtigten Bevölkerung* gehören alle Personen, die in der erfassenden Gemeinde eine Wohnung oder Unterkunft haben, also die Personen der Kategorie 1 + 2 + 3. Es wurden Doppelzählungen bewußt in Kauf genommen. Die wohnberechtigte Bevölkerung ist der Bevölkerungsbegriff, der der Gemeinde-, der Verbandsgemeinde- und der Landkreisordnung von Rheinland-Pfalz zugrunde liegt und der für eine Fülle von gesetzlichen Bestimmungen im kommunalen Bereich von größter Relevanz ist. Die Gemeinden schreiben diese Einwohnerzahl selbst fort.

Personen mit weiterem Wohnraum, die nicht zur Wohnbevölkerung zählen

Von den drei Personengruppen verdient Gruppe 3 die größte Aufmerksamkeit. Sie umfaßt die Personen, die in der Erhebungsgemeinde nicht zur Wohnbevölkerung zählen, weil sie zwar hier in der Regel polizeilich gemeldet sind und ihren Familienwohnsitz haben, sich aber als Erwerbstätige oder Schüler bzw. Studenten vorwiegend in ihrem auswärtigen Arbeits- oder Ausbildungsort aufhalten und nur zum Wochenende oder während der Ferien an ihren heimatlichen Wohnort zurückkehren. Auch die Besitzer von Ferien- bzw. Wochenendhäusern fallen unter diese Personengruppe.

Mit 108 383 Personen erreicht diese Gruppe, die 3% der erfaßten Personen ausmacht, die zahlenmäßige Relevanz einer Großstadt. Seit 1961 ist die

**Erfaßte Personen mit und ohne weiteren Wohnraum, Wohnbevölkerung und wohnberechtigte Bevölkerung
nach Verwaltungsbezirken 1970**

Verwaltungsbezirk	Erfaßte Personen						Wohnbe- völkerung	Wohnberechtigte Bevölkerung	
	ohne weiteren Wohnraum		mit weiterem Wohnraum						
	zur Wohnbevölkerung gehörig				nicht zur Wohnbe- völkerung gehörig				
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		% der
	1	2	3	4	5	6	Sp. 1 + 3	Sp. 1 + 3 + 5	Wohnbev.
Kreisfreie Stadt Koblenz	113 976	92,9	5 458	4,4	3 252	2,7	119 434	122 686	102,7
Landkreise									
Ahrweiler	100 576	93,0	3 286	3,0	4 265	3,9	103 862	108 127	104,1
Altenkirchen (Ww.)	118 400	94,9	2 781	2,2	3 528	2,8	121 181	124 709	102,9
Bad Kreuznach	143 702	94,6	3 658	2,4	4 511	3,0	147 360	151 871	103,1
Bad Kreuznach, St.	40 297	92,7	1 849	4,3	1 313	3,0	42 146	43 459	103,1
Birkenfeld	91 524	94,5	2 095	2,2	3 206	3,3	93 619	96 825	103,4
Idar-Oberstein, St.	38 216	95,0	784	1,9	1 212	3,0	39 000	40 212	103,1
Cochem-Zell	64 484	93,5	1 514	2,2	2 986	4,3	65 998	68 984	104,5
Mayen-Koblenz	180 606	94,9	5 150	2,7	4 547	2,4	185 756	190 303	102,4
Andernach, St.	25 676	92,6	1 464	5,3	577	2,1	27 140	27 717	102,1
Neuwied	143 152	94,0	5 050	3,3	4 123	2,7	148 202	152 325	102,8
Neuwied, St.	60 731	95,0	1 829	2,9	1 356	2,1	62 560	63 916	102,2
Oberwesterwaldkreis	75 940	95,2	1 365	1,7	2 487	3,1	77 305	79 792	103,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	84 800	93,0	2 650	2,9	3 764	4,1	87 450	91 214	104,3
Rhein-Lahn-Kreis	114 908	94,1	3 327	2,7	3 909	3,2	118 235	122 144	103,3
Lahnstein, St.	19 125	94,7	570	2,8	509	2,5	19 695	20 204	102,6
Unterwesterwaldkreis	83 287	94,4	2 580	2,9	2 321	2,6	85 867	88 188	102,7
Reg. Bez. Koblenz	1 315 355	94,1	38 914	2,8	42 899	3,1	1 354 269	1 397 168	103,2
Kreisfreie Stadt Trier	99 678	93,3	4 046	3,8	3 086	2,9	103 724	106 810	103,0
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	106 431	92,6	3 552	3,1	5 006	4,4	109 983	114 989	104,6
Bitburg-Prüm	91 166	92,2	2 230	2,3	5 481	5,5	93 396	98 877	105,9
Daun	55 458	91,0	1 496	2,5	4 002	6,6	56 954	60 956	107,0
Trier-Saarburg	116 231	95,3	2 124	1,7	3 601	3,0	118 355	121 956	103,0
Reg. Bez. Trier	468 964	93,1	13 448	2,7	21 176	4,2	482 412	503 588	104,4
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	39 147	93,8	1 751	4,2	841	2,0	40 898	41 739	102,1
Kaiserslautern	96 028	93,7	3 589	3,5	2 906	2,8	99 617	102 523	102,9
Landau i. d. Pfalz	29 436	90,2	2 153	6,6	1 031	3,2	31 589	32 620	103,3
Ludwigshafen a. Rhein	164 281	91,6	11 750	6,6	3 255	1,8	176 031	179 286	101,8
Mainz	156 932	89,6	15 263	8,7	2 909	1,7	172 195	175 104	101,7
Neustadt a. d. Weinstr.	49 252	94,3	1 657	3,2	1 339	2,6	50 909	52 248	102,6
Pirmasens	54 258	94,8	1 434	2,5	1 569	2,7	55 692	57 261	102,8
Speyer	39 362	91,9	2 401	5,6	1 062	2,5	41 763	42 825	102,5
Worms	74 532	95,6	2 165	2,8	1 290	1,7	76 697	77 987	101,7
Zweibrücken	31 837	94,1	927	2,7	1 063	3,1	32 764	33 827	103,2
Landkreise									
Alzey-Worms	96 442	96,5	1 338	1,3	2 165	2,2	97 780	99 945	102,2
Bad Dürkheim	112 742	94,5	2 912	2,4	3 678	3,1	115 654	119 332	103,2
Donnersbergkreis	65 351	94,4	1 767	2,6	2 097	3,0	67 118	69 215	103,1
Germersheim	89 556	95,1	2 962	3,1	1 665	1,8	92 518	94 183	101,8
Kaiserslautern	88 359	94,9	1 801	1,9	2 926	3,1	90 160	93 086	103,2
Kusel	81 479	95,1	1 230	1,4	2 970	3,5	82 709	85 679	103,6
Landau-Bad Bergzabern	101 252	94,0	3 171	2,9	3 343	3,1	104 423	107 766	103,2
Ludwigshafen	114 285	95,9	3 118	2,6	1 799	1,5	117 403	119 202	101,5
Mainz-Bingen	145 961	95,7	3 837	2,5	2 751	1,8	149 798	152 549	101,8
Bingen, St.	22 924	95,0	800	3,3	417	1,7	23 724	24 141	101,8
Ingelheim am Rhein, St.	17 976	94,4	743	3,9	331	1,7	18 719	19 050	101,8
Pirmasens	79 114	94,7	1 640	2,0	2 817	3,4	80 754	83 571	103,5
Zweibrücken	32 039	96,7	245	0,7	832	2,5	32 284	33 116	102,6
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	1 741 645	94,0	67 111	3,6	44 308	2,4	1 808 756	1 853 064	102,4
Rheinland-Pfalz	3 525 964	93,9	119 473	3,2	108 383	2,9	3 645 437	3 753 820	103,0
Kreisfreie Städte	948 719	92,6	52 594	5,1	23 603	2,3	1 001 313	1 024 916	102,4
Landkreise	2 577 245	94,4	66 879	2,5	84 780	3,1	2 644 124	2 728 904	103,2

Erfaste Personen mit und ohne weiteren Wohnraum, Wohnbevölkerung und wohnberechtigte Bevölkerung
nach Geschlecht und Gemeindegrößenklassen 1970

Gemeindegrößenklasse	Erfaste Personen						Wohnbe- völkerung	Wohnberechtigte Bevölkerung	
	ohne weiteren Wohnraum		mit weiterem Wohnraum						
	zur Wohnbevölkerung gehörig				nicht zur Wohnbe- völkerung gehörig				
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		% der
	1	2	3	4	5	6	Sp. 1 + 3	Sp. 1 + 3 + 5	Wohnbev.
Insgesamt									
unter 200 Einwohner	60 681	93,9	757	1,2	3 212	5,0	61 438	64 650	105,2
200 - 500 "	279 779	94,7	3 805	1,3	11 917	4,0	283 584	295 501	104,2
500 - 1 000 "	405 140	95,3	5 680	1,3	14 414	3,4	410 820	425 234	103,5
1 000 - 2 000 "	451 363	95,1	8 510	1,8	14 599	3,1	459 873	474 472	103,2
2 000 - 5 000 "	527 650	94,8	13 097	2,4	15 884	2,9	540 747	556 631	102,9
5 000 - 10 000 "	401 235	93,3	16 494	3,8	12 124	2,8	417 729	429 853	102,9
10 000 - 20 000 "	220 926	93,1	10 053	4,2	6 389	2,7	230 979	237 368	102,8
20 000 - 50 000 "	309 522	93,1	13 886	4,2	8 882	2,7	323 408	332 290	102,7
50 000 - 100 000 "	334 801	94,6	10 674	3,0	8 460	2,4	345 475	353 935	102,4
100 000 und mehr "	534 867	91,6	36 517	6,3	12 502	2,2	571 384	583 886	102,2
Insgesamt	3 525 964	93,9	119 473	3,2	108 383	2,9	3 645 437	3 753 820	103,0
Männer									
unter 200 Einwohner	30 085	93,1	425	1,3	1 817	5,6	30 510	32 327	106,0
200 - 500 "	135 628	93,6	2 233	1,5	6 987	4,8	137 861	144 848	105,1
500 - 1 000 "	194 871	94,3	3 137	1,5	8 694	4,2	198 008	206 702	104,4
1 000 - 2 000 "	215 916	94,1	4 834	2,1	8 807	3,8	220 750	229 557	104,0
2 000 - 5 000 "	251 378	93,6	7 430	2,8	9 830	3,7	258 808	268 638	103,8
5 000 - 10 000 "	189 533	91,6	9 782	4,7	7 491	3,6	199 315	206 806	103,8
10 000 - 20 000 "	103 742	91,1	6 216	5,5	3 910	3,4	109 958	113 868	103,6
20 000 - 50 000 "	143 312	91,8	7 187	4,6	5 539	3,5	150 499	156 038	103,7
50 000 - 100 000 "	155 201	93,1	5 991	3,6	5 526	3,3	161 192	166 718	103,4
100 000 und mehr "	248 614	89,0	22 697	8,1	8 011	2,9	271 311	279 322	103,0
Zusammen	1 668 280	92,4	69 932	3,9	66 612	3,7	1 738 212	1 804 824	103,8
Frauen									
unter 200 Einwohner	30 596	94,7	332	1,0	1 395	4,3	30 928	32 323	104,5
200 - 500 "	144 151	95,7	1 572	1,0	4 930	3,3	145 723	150 653	103,4
500 - 1 000 "	210 269	96,2	2 543	1,2	5 720	2,6	212 812	218 532	102,7
1 000 - 2 000 "	235 447	96,1	3 676	1,5	5 792	2,4	239 123	244 915	102,4
2 000 - 5 000 "	276 272	95,9	5 667	2,0	6 054	2,1	281 939	287 993	102,1
5 000 - 10 000 "	211 702	94,9	6 712	3,0	4 633	2,1	218 414	223 047	102,1
10 000 - 20 000 "	117 184	94,9	3 837	3,1	2 479	2,0	121 021	123 500	102,0
20 000 - 50 000 "	166 210	94,3	6 699	3,8	3 343	1,9	172 909	176 252	101,9
50 000 - 100 000 "	179 600	95,9	4 683	2,5	2 934	1,6	184 283	187 217	101,6
100 000 und mehr "	286 253	94,0	13 820	4,5	4 491	1,5	300 073	304 564	101,5
Zusammen	1 857 684	95,3	49 541	2,5	41 771	2,1	1 907 225	1 948 996	102,2

Zahl dieses Personenkreises um rund 25% gestiegen - ein Indiz für eine zunehmende Mobilität der Bevölkerung. Die Anteile der Bevölkerungsgruppe 3 an der Gesamtzahl aller erfaßten Personen sind dort am größten, wo eine gewisse Verkehrsferne und ein geringes Arbeitsplatzangebot zusammenkommen und eine landschaftlich reizvolle Lage den Anreiz zur Errichtung von Ferienhäusern als Zweitwohnung bietet.

Eine periphere Lage zu den industriellen Zentren bei weitgehend agrarisch bestimmter Wirtschaftsstruktur und großer Anziehungskraft als Erholungsgebiet ist den Eifelkreisen Daun, Bitburg-Prüm sowie den Hunsrückkreisen Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell und Rhein-Hunsrück gemeinsam. Hier liegt der Anteil der nicht zur Wohnbevölkerung zählenden Personen mit weiterem Wohnraum mit 4 bis 7% besonders hoch. Auch in den westpfälzischen Kreisen Kusel und Pirmasens ist dieser Personenkreis überdurchschnittlich stark vertreten.

Andererseits weisen die industriestarken mit einem hohen Arbeitsplatzangebot innerhalb der eige-

nen Grenzen ausgestatteten Verwaltungsbezirke sowie die im Einzugsgebiet der Ballungszentren gelegenen Landkreise die geringsten Anteile der Bevölkerungsgruppe 3 an der Gesamtzahl der erfaßten Personen aus. Hier ermöglichen die kürzeren Wege und ein größeres Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln den Berufs- und meist auch den Ausbildungspendlern die tägliche Rückkehr in die heimatliche Wohngemeinde. Besonders gering ist der nicht zur Wohnbevölkerung zählende Anteil der Personen mit weiterem Wohnraum daher in den Landkreisen Ludwigshafen, Germersheim, Mainz-Bingen, Alzey-Worms, Mayen-Koblenz, Zweibrücken, Unterwesterwald, Neuwied und Altenkirchen. Das gleiche gilt natürlich für die städtischen Zentren selbst. Nur in den kreisfreien Städten Landau und Zweibrücken ist diese Personengruppe stärker vertreten als es dem Landesdurchschnitt entspricht; sie übertrifft hier sogar den für die Landkreise ausgewiesenen Durchschnittssatz.

Da der Anteil der kleinen und kleinsten Gemeinden in den dünnbesiedelten und verkehrsfernen

Erfaßte Personen mit und ohne weiteren Wohnraum,
wohnberechtigte Bevölkerung und Wohnbevölkerung 1961 und 1970

Bevölkerungsgruppe	1961		1970	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1. Personen ohne weiteren Wohnraum	3 353 996	95,7	3 525 964	93,9
2. Personen mit weiterem Wohnraum, die zur Wohnbevölkerung gehören	63 120	1,8	119 473	3,2
3. Personen mit weiterem Wohnraum, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören	86 559	2,5	108 383	2,9
Wohnberechtigte Bevölkerung (1 + 2 + 3)	3 503 675	100,0	3 753 820	100,0
Wohnbevölkerung (1 + 2)	3 417 116	97,5	3 645 437	97,1

Höhegebieten von Eifel, Hunsrück und Westerwald besonders hoch ist, liegt die Vermutung nahe, daß in dieser Größenkategorie auch die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten am ungünstigsten sind, so daß relativ mehr Personen aus kleinen als solche aus größeren Gemeinden zur Unterhaltung eines weiteren Wohnsitzes am Arbeits- oder Ausbildungsort gezwungen sind. Die Gliederung der zur Bevölkerungsgruppe 3 zählenden Personen nach Gemeindegrößenklassen bestätigt diese Vermutung. In den kleinsten Gemeinden von weniger als 200 und von 200 bis 500 Einwohnern ist ihr Anteil mit 4 bis 5% besonders hoch. Mit zunehmender Gemeindegröße sinkt er kontinuierlich; in den Großstädten macht er nur noch 2,2% aus.

Die Erwerbstätigkeit und die berufliche Mobilität der Frauen ist - zumindest vom Zeitpunkt der Verheiratung an - aus familiären Gründen stark eingeschränkt, so daß unter der weiblichen Bevölkerung der Anteil der nicht zur Wohnbevölkerung zählenden Personen mit weiterem Wohnraum (2,1%) erheblich geringer ist als unter der männlichen (3,7%). Der Anteil der Frauen an der Bevölkerungsgruppe 3 beträgt rund 40%.

Personen mit weiterem Wohnraum, die zur Wohnbevölkerung zählen

Zu den Personen der Bevölkerungsgruppe 2 gehören diejenigen Erwerbstätigen, Schüler und Studenten, die überwiegend in der Erfassungsgemeinde leben, von hier aus ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen, aber in einer anderen Gemeinde - meistens am Wohnsitz ihrer Familien - eine weitere Wohnung unterhalten. Dieser Personenkreis rechnet zur Wohnbevölkerung. Das gilt auch für ausländische Arbeitnehmer, Schüler oder Studenten, sofern sie angegeben hatten, in ihrer Heimat oder anderswo noch weiteren Wohnraum zu besitzen.

Die Zahl dieser Personengruppe ist seit 1961 um etwa 90% gestiegen, hat sich also fast verdoppelt. Mit 119 473 entspricht sie der Einwohnerzahl der Stadt Koblenz. Die zur Wohnbevölkerung rechnenden Personen mit weiterem Wohnraum sind am stärksten an den industriellen Schwerpunkten und in den bedeutenden Verwaltungs-, Handels-, Verkehrs- und Ausbildungszentren des Landes vertreten. Da die kreisfreien Städte für ihre nähere und weitere Umgebung nahezu ausnahmslos zentrale Bedeutung besitzen, ist mit 5,1% im Durchschnitt der Anteil der Bevölkerungsgruppe 2 an der Gesamtzahl der erfaßten Personen bei ihnen doppelt so hoch wie mit 2,5% im Durchschnitt aller Landkreise. Am höchsten ist dieser Anteilssatz mit 8,7% in der Universitätsstadt Mainz, die zugleich ein starker Industriestandort und als Sitz der Regierung und der Landesuniversität das bedeutendste Verwaltungs- und Ausbildungszentrum des Landes ist. Es mag überraschen, daß die Stadt Landau mit 6,6% einen ebenso hohen Anteil an Personen der Bevölkerungsgruppe 2 verzeichnet wie Ludwigshafen als Zentrum des industriellen Ballungsraumes der Vorderpfalz. Aber in dieser kleinsten kreisfreien Stadt des Landes mit knapp 30 000 Einwohnern wirkt sich die Zahl der Studenten an

der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule gerade in diesem Zusammenhang stärker aus, als das in einer größeren Stadt der Fall wäre. Auch die Stadt Speyer übertrifft mit 5,6% den für die kreisfreien Städte ausgewiesenen Durchschnittssatz. Die Gebiete des Landes, in denen die Herkunftsgemeinden der Wochenendpendler liegen, weisen wegen ihres geringen Angebots an Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten erwartungsgemäß die geringsten Prozentanteile von Personen mit weiterem Wohnraum, die zur Wohnbevölkerung zählen, aus. Im Landkreis Zweibrücken sind es nur 0,7%, in den Kreisen Alzey-Worms, Kusel, Trier-Saarburg, Oberwesterwald und Kaiserslautern weniger als 2% der erfaßten Personen.

Den Personen mit mehreren Wohnsitzten, die in den Herkunftsgemeinden nicht zur Wohnbevölkerung zählen, weil sie sich dort nicht überwiegend aufhalten, entsprechen in den Aufnahmegemeinden die Personen mit mehreren Wohnsitzten, die zur Wohnbevölkerung rechnen, weil sie überwiegend in diesen Gemeinden leben und von hier aus ihrer Arbeit bzw. Ausbildung nachgehen. Beide Gruppen wären zahlenmäßig identisch, da es ja die gleichen Personen sind, die hier so und dort so zugeordnet werden, wenn nicht in zahlreichen Fällen zwischen Familienwohnsitz und Arbeits- bzw. Ausbildungs-ort die Landesgrenze läge. Wenn festgestellt worden war, daß je kleiner die Gemeinden, um so geringer das Angebot an Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten und um so größer dementsprechend der Anteil der zur Bevölkerungsgruppe 3 zählenden Personen ist, so steigt umgekehrt mit zunehmender Gemeindegröße der Anteil der zur Bevölkerungsgruppe 2 zählenden Personen, jener Personen also, die in einer anderen als der Arbeits- oder Ausbildungsgemeinde ihren Familienwohnsitz haben. Von 1,2% in den Gemeinden bis zu 200 Einwohnern steigert sich der Prozentanteil dieser Gruppe an der Gesamtzahl der erfaßten Personen auf 6,3% in den Großstädten. Schon in den Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern übertrifft die Bevölkerungsgruppe 2 zahlenmäßig die Personen der Bevölkerungsgruppe 3. Während rund 60% der Personen mit weiterem Wohnraum, die in der Heimatgemeinde nicht zur Wohnbevölkerung zählen, auf die Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern entfallen, kommen von den der Wohn-

bevölkerung zuzurechnenden Personen mit weiterem Wohnraum etwa 73% auf die Gemeinden von mehr als 5 000 Einwohnern.

Auch von den Personen der Bevölkerungsgruppe 2 sind nur etwa 42% weiblichen Geschlechts. Während bei den Männern der Anteil dieser Gruppe 3,9% der Gesamtzahl der erfaßten Personen beträgt, stellt er sich bei den Frauen nur auf 2,5%.

Zunehmende Mobilität der erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Bevölkerung

Seit 1961 ist die Zahl der Personen mit weiterem Wohnraum erheblich gestiegen. Insoweit sie der Wohnbevölkerung zuzurechnen waren (Bevölkerungsgruppe 2) beziffert sich die Steigerungsrate auf + 90%; insoweit sie nicht zur Wohnbevölkerung zählen (Bevölkerungsgruppe 3) beträgt sie

25%. Das ist ein Indiz für die zunehmende Mobilität der erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Bevölkerung. Anders als 1961 übersteigt 1970 die Zahl der Personen der Bevölkerungsgruppe 2 (119 473) diejenige der Personen der Bevölkerungsgruppe 3 (108 383). Das aber bedeutet, daß es im Gegensatz zu 1961 mehr Personen gibt, die überwiegend in einer rheinland-pfälzischen Gemeinde leben, arbeiten oder studieren, obwohl sie jenseits der Landesgrenzen ihren Familienwohnsitz haben, als Personen mit Familienwohnsitz in Rheinland-Pfalz, die in Gemeinden außerhalb des Landes ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Von nicht geringer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die gegenüber 1961 um 52 232 Personen höhere Zahl der im Lande lebenden Ausländer.

Dr. G. Nellesen-Schumacher

Betriebssysteme und Betriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1971/72

Eine Klassifizierung von Betrieben hat die Aufgabe, Gruppen zu bilden, die hinsichtlich bestimmter Merkmale möglichst einheitlich sind. Dadurch wird es möglich, anhand von Durchschnittswerten, die beispielsweise im Rahmen der Buchführung anfallen, Aussagen zu treffen, die für die Mehrzahl der Betriebe dieser einzelnen Gruppen typisch und charakteristisch sind. Im Rahmen einer Klassifikation in der Landwirtschaft wird eine möglichst große Homogenität hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung, die durch Produktions- und Aufwandsstruktur sowie Bewirtschaftungsintensität gekennzeichnet ist, angestrebt. Aufwandsstruktur und Intensität hängen in hohem Maße von der Produktionsrichtung ab, so daß man sich für eine Klassifizierung auf letztere beschränken kann. Bisher wurden dazu die Betriebe in der allgemeinen Agrarstatistik sowie in der Buchführungsstatistik für den nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes jährlich von der Bundesregierung zu erstattenden Agrarbericht nach Bodennutzungssystemen gruppiert. Hierbei blieb der Produktionsbereich der Viehwirtschaft unberücksichtigt, da er in der Vergangenheit weitgehend von der Art der Bodennutzung bestimmt war. Im Zuge der auch in der Landwirtschaft fortlaufenden Spezialisierung konnte aber bei den Betrieben eines Bodennutzungssystems in letzter Zeit eine derart starke Differenzierung der Viehhaltung beobachtet werden, die eine Neugruppierung unter ihrer Berücksichtigung dringend erforderlich werden ließ¹⁾. Ausgangspunkt hierfür bildete die Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971, die sich an alle Betriebe richtete, die eine land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzte Fläche von mindestens 1 ha aufwiesen. Betriebe unter 1 ha LF waren einzubeziehen, sofern ihre jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung einem Wert von mindestens 4 000 DM entsprach.

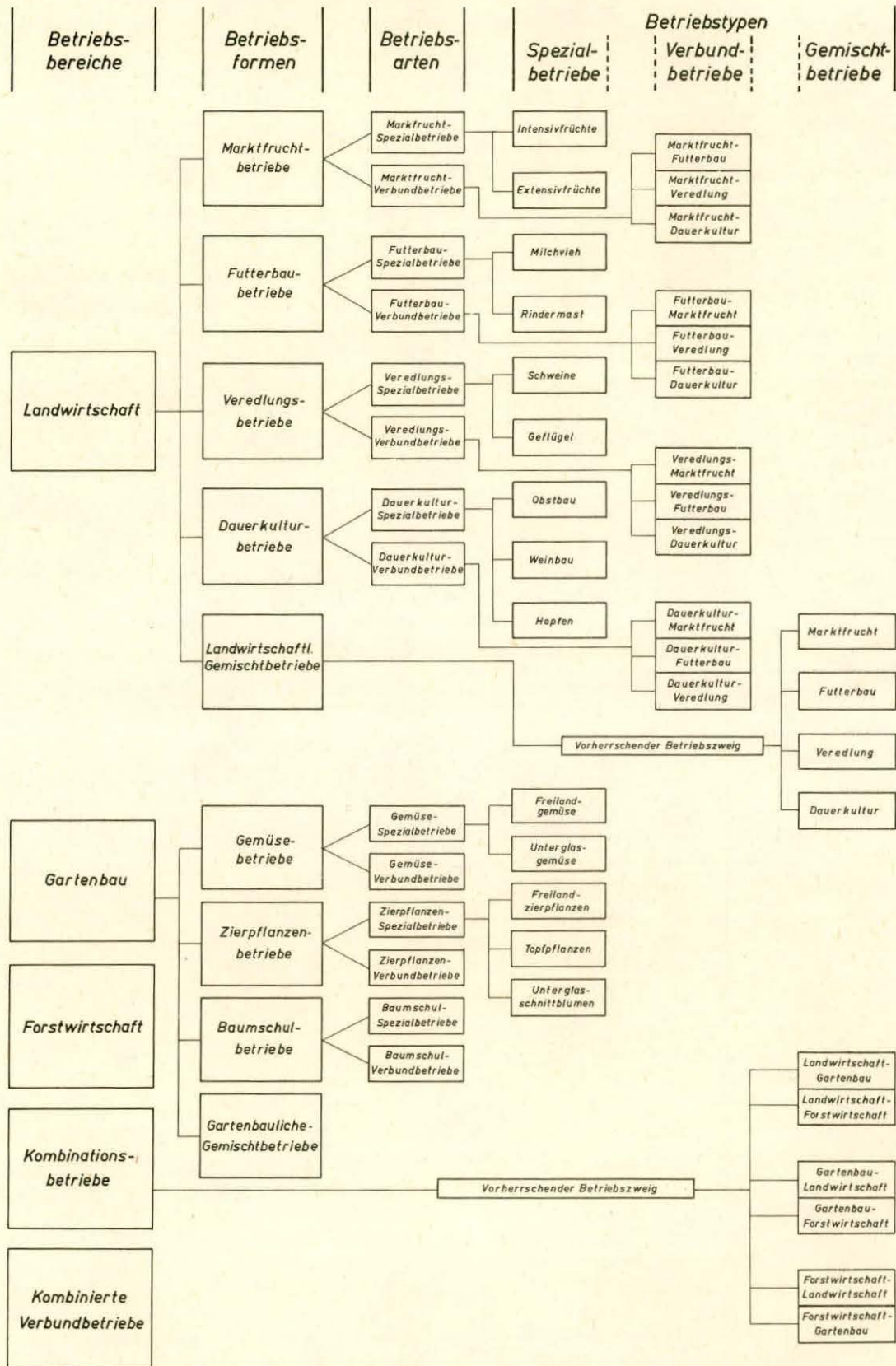
Die neue Klassifizierung geht von der Zusammensetzung des Deckungsbeitrages des Betriebes aus. Dieser wird kalkulatorisch ermittelt, indem für die einzelnen Betriebszweige von der Bruttoleistung die von Produktionsrichtung und -menge abhängigen (variablen) Kosten abgesetzt werden. Es handelt sich hierbei um einen sogenannten Standarddeckungsbeitrag, was zum Ausdruck bringen will, daß wegen fehlender Unterlagen für jeden einzelnen Betrieb keine betriebsspezi-

fische, sondern eine standardisierte, für alle Betriebe einheitliche Abgrenzung zwischen variablen und festen Kosten erfolgt. Durch Multiplikation der bei der Grunderhebung von den Betrieben angegebenen Anbauflächen und Viehbestände mit dem entsprechenden kalkulatorischen Deckungsbeitrag je Einheit ergibt sich als Summe der Deckungsbeitrag des Betriebes.

Der neuen Betriebssystematik liegt ein vierstufiger Aufbau zugrunde. In der ersten Stufe wird die Gesamtheit der Betriebe den Bereichen Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft zugeordnet, wenn mindestens 75% des Standarddeckungsbeitrages aus einem dieser Bereiche stammen. Werden keine 75% erreicht, zählt der Betrieb zu den Kombinationsbetrieben bzw. den kombinierten Verbundbetrieben (unter 50%). In den Betriebsbereichen Landwirtschaft und Gartenbau unterscheidet man weiterhin die Betriebsformen Marktf Frucht, Futterbau, Veredlung und Dauerkulturen bzw. Gemüse, Zierpflanzen und Baumschulen. Ein Betrieb gehört hierzu, wenn mindestens 50% seines gesamten Standarddeckungsbeitrages auf eine dieser Produktionsrichtungen entfällt. Werden 50% nicht erreicht, handelt es sich um einen landwirtschaftlichen oder gartenbaulichen Gemischtbetrieb. Zu den Marktf Früchten rechnen alle landwirtschaftlichen Fruchtarten, die unabhängig von ihrer tatsächlichen Verwertung als marktfähig gelten und zum größeren Teil auf dem Markt gehandelt werden. Unter Futterbau ist die Kombination von Futterbau und flächenabhängiger Viehhaltung zu verstehen. Der Futterbau selbst wird nicht bewertet, er geht über den Verwertungszweig in die Systematik ein. Die Veredlung umfaßt die Schweine- und Geflügelhaltung. Zur Feststellung der spezialisierten Betriebe werden die Betriebsformen in der dritten Stufe in die Betriebsarten „Spezialbetriebe“ und „Verbundbetriebe“ unterteilt. Dabei gelten als Spezialbetriebe solche, in denen der Anteil einer Produktionsrichtung am Standarddeckungsbeitrag 75% und mehr ausmacht. Bei den Verbundbetrieben kommen 50 bis 75% aus einer Produktionsrichtung. In der untersten Gliederungsstufe, dem Betriebstyp, werden die Spezialbetriebe nach dem wichtigsten Produktionszweig (zum Beispiel Intensivfruchtbetriebe, Schweinebetriebe, Weinbaubetriebe), die Verbundbetriebe nach der zweitwichtigsten Produktionsrichtung (zum Beispiel Marktf Frucht-Futterbaubetriebe, Veredlungs-Futterbaubetriebe) gekennzeichnet. Für die Zuordnung zu den Betriebstypen sind nicht mehr feste Prozentanteile, sondern das relative Ge-

¹⁾ N. Deselaers: Neue Betriebssystematik für die Landwirtschaft. Berichte über Landwirtschaft, Band 49, Heft 3/4, Hamburg und Berlin 1971.

Stufenaufbau der Betriebssystematik



Verwaltungsbezirk	Betriebe insgesamt (klassifizierbar)		Betriebsbereich									
			Marktfrucht- spezial- betriebe		Marktfrucht- verbund- betriebe		Marktfrucht- Futterbau- betriebe		Futterbau- spezial- betriebe		Futterbau- verbund- betriebe	
	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF
Kreisfreie Stadt												
Koblenz	317	2 347	31	285	73	929	35	503	5	24	16	253
Landkreise												
Ahrweiler	3 765	24 832	315	1 597	377	4 344	285	3 915	228	2 155	1 144	10 831
Altenkirchen (Ww.)	2 960	18 987	170	413	81	302	47	214	569	4 887	1 303	11 594
Bad Kreuznach	4 801	39 243	207	948	399	4 199	252	2 962	33	294	744	7 688
Birkenfeld	2 365	23 324	136	410	121	943	85	822	130	1 464	1 242	14 690
Cochem-Zell	4 520	25 780	414	2 085	696	7 543	507	6 155	31	340	449	4 653
Mayen-Koblenz	3 569	38 287	564	4 720	1 205	19 042	745	11 951	30	249	311	3 279
Neuwied	2 725	20 626	149	1 007	147	1 166	81	833	560	5 096	1 125	10 973
Oberwesterwaldkreis	3 446	18 701	388	867	149	426	69	268	1 177	8 837	1 338	7 854
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 954	41 245	356	1 297	448	2 591	258	1 923	186	1 883	2 454	24 715
Rhein-Lahn-Kreis	3 253	28 648	221	952	345	2 125	136	1 366	66	669	944	10 246
Unterwesterwaldkreis	1 349	9 828	130	290	93	505	73	432	188	2 113	683	6 013
Reg. Bez. Koblenz	38 024	291 849	3 081	14 872	4 134	44 114	2 573	31 343	3 203	28 010	11 753	112 791
Kreisfreie Stadt												
Trier	354	2 638	39	194	25	146	14	101	6	26	37	327
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	7 728	42 673	412	1 232	465	2 757	262	1 977	94	1 027	1 684	17 367
Bitburg-Prüm	8 449	91 037	510	1 892	458	3 498	205	2 448	985	11 602	3 884	50 237
Daun	4 499	38 013	226	775	193	1 279	127	1 083	1 196	13 144	2 131	20 374
Trier-Saarburg	7 204	43 388	573	1 734	489	3 295	311	2 565	74	751	1 243	12 033
Reg. Bez. Trier	28 234	217 749	1 760	5 827	1 630	10 977	919	8 174	2 355	26 549	8 979	100 338
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	165	2 723	110	1 865	22	630	17	297	-	-	2	9
Kaiserslautern	142	1 377	14	120	29	495	17	303	8	80	19	287
Landau i. d. Pfalz	106	1 073	14	211	21	551	15	389	1	45	1	3
Ludwigshafen a. Rhein	149	1 950	88	1 540	15	188	13	169	1	5	4	76
Mainz	660	4 823	140	1 289	139	1 577	21	419	-	-	-	-
Neustadt a. d. Weinstr.	949	3 518	18	87	32	154	10	67	1	141	2	3
Pirmasens	154	1 005	10	34	11	96	9	92	8	60	44	627
Speyer	79	1 040	36	708	12	259	11	251	1	4	1	10
Worms	556	6 776	86	1 260	151	2 793	49	1 011	2	15	3	24
Zweibrücken	111	1 317	5	124	4	98	4	98	3	49	22	546
Landkreise												
Alzey-Worms	5 563	46 948	354	4 337	926	14 265	113	1 939	2	8	6	31
Bad Dürkheim	3 573	20 460	158	1 803	230	3 466	80	1 415	9	105	18	495
Donnersbergkreis	2 601	34 559	500	5 181	818	13 871	619	11 571	40	337	326	4 478
Germersheim	2 500	16 469	1 100	6 280	645	5 366	466	4 312	14	69	89	420
Kaiserslautern	1 628	20 114	142	654	249	3 869	196	3 601	46	214	571	9 502
Kusel	2 722	29 112	249	896	274	2 801	183	2 237	138	1 239	1 219	16 999
Landau-Bad Bergzabern	6 631	26 236	399	2 309	356	2 941	222	2 038	22	141	79	299
Ludwigshafen	1 750	16 674	953	10 238	376	4 400	217	3 011	5	39	13	94
Mainz-Bingen	6 090	34 887	121	1 086	305	4 049	43	640	7	46	10	79
Pirmasens	1 883	11 866	116	379	210	1 919	117	1 563	48	327	499	6 396
Zweibrücken	1 094	15 391	106	551	144	2 192	97	1 587	17	139	439	7 611
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	39 106	298 316	4 719	40 953	4 969	65 976	2 519	37 009	373	3 060	3 367	47 988
Rheinland-Pfalz	105 364	807 914	9 560	61 652	10 733	121 067	6 011	76 526	5 931	57 620	24 099	261 116

Landwirtschaft												Verwaltungsbezirk
Futterbau- Marktfrucht- betriebe		Dauerkultur- spezial- betriebe		Weinbau- betriebe		Dauerkultur- verbund- betriebe		Dauerkultur- marktfrucht- betriebe		Gemischt- betriebe		
Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	
16	253	72	197	30	125	6	13	6	13	46	550	Kreisfreie Stadt Koblenz
1 128	10 739	480	750	433	513	41	159	31	118	372	3 919	Landkreise Ahrweiler
1 182	10 341	9	12	-	-	4	4	1	1	153	1 132	Altenkirchen (Ww.)
736	7 659	1 216	4 555	1 193	4 519	712	6 148	578	5 080	1 147	14 688	Bad Kreuznach
1 205	14 124	4	7	.	.	2	2	-	-	343	5 251	Birkenfeld
441	4 634	1 987	2 605	1 984	2 596	43	257	36	201	694	7 991	Cochem-Zell
305	3 263	314	497	241	386	65	255	54	200	576	7 808	Mayen-Koblenz
1 040	10 098	118	224	84	120	10	22	7	8	165	1 317	Neuwied
1 299	7 314	5	7	.	.	-	-	-	-	79	314	Oberwesterwaldkreis
2 396	23 902	146	266	118	221	59	168	52	144	936	9 501	Rhein-Hunsrück-Kreis
915	9 923	134	213	70	96	30	81	28	72	1 161	13 367	Rhein-Lahn-Kreis
671	5 861	.	.	-	-	-	-	-	-	68	576	Unterwesterwaldkreis
11 334	108 112	4 486	9 335	4 155	8 581	972	7 109	793	5 837	5 740	66 412	Reg. Bez. Koblenz
35	322	62	485	47	470	25	177	15	63	84	1 034	Kreisfreie Stadt Trier
1 636	16 722	3 249	6 809	3 229	6 751	399	1 924	133	537	1 019	10 561	Landkreise Bernkastel-Wittlich
3 720	48 397	12	30	-	-	6	25	5	7	1 458	21 226	Bitburg-Prüm
2 083	19 948	3	10	.	.	1	2	1	2	213	1 697	Daun
1 210	11 646	2 491	7 278	2 476	7 234	730	4 199	393	1 911	1 117	12 919	Trier-Saarburg
8 684	97 034	5 817	14 612	5 753	14 462	1 161	6 326	547	2 520	3 891	47 437	Reg. Bez. Trier
2	9	1	1	1	1	-	-	-	-	3	24	Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz)
18	285	5	4	-	-	-	-	-	-	15	275	Kaiserslautern
1	3	20	29	18	21	6	84	6	84	6	83	Landau i. d. Pfalz
4	76	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	Ludwigshafen a. Rhein
-	-	143	349	40	104	120	863	118	857	47	592	Mainz
2	3	713	1 933	712	1 931	60	346	51	293	73	720	Neustadt a. d. Weinstr.
43	625	5	5	-	-	-	-	-	-	14	142	Pirmasens
1	10	-	-	-	-	-	-	-	-	2	26	Speyer
1	23	118	350	117	349	92	1 323	90	1 316	55	779	Worms
18	505	17	15	-	-	-	-	-	-	15	387	Zweibrücken
4	22	2 269	6 297	2 249	6 262	1 338	14 568	1 314	14 434	576	7 140	Landkreise Alzey-Worms
16	494	2 533	9 739	2 479	9 652	332	3 320	318	3 230	108	1 290	Bad Dürkheim
317	4 414	103	245	65	150	51	430	46	419	541	9 234	Donnersbergkreis
85	414	48	97	35	73	42	203	38	178	312	2 922	Germersheim
560	9 441	24	23	-	-	1	2	-	-	281	5 299	Kaiserslautern
1 195	16 784	67	90	-	-	10	23	6	7	379	6 420	Kusel
75	292	3 998	10 266	3 985	10 254	605	4 428	450	3 423	551	5 387	Landau-Bad Bergzabern
13	94	40	68	27	42	28	66	27	65	46	454	Ludwigshafen
8	71	3 685	11 080	3 208	10 188	1 290	11 342	1 195	10 658	533	6 829	Mainz-Bingen
488	6 252	23	20	3	3	2	2	-	-	203	2 427	Pirmasens
433	7 566	3	2	-	-	-	-	-	-	228	4 697	Zweibrücken
3 284	47 383	13 815	40 614	12 939	39 030	3 977	37 000	3 659	34 964	3 989	55 129	Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz
23 302	252 529	24 118	64 561	22 847	62 073	6 110	50 436	4 999	43 322	13 620	168 977	Rheinland-Pfalz

wicht der Produktionsrichtungen und -zweige entscheidend.

Werden vom Standarddeckungsbeitrag betriebsgruppenspezifisch die festen Spezialkosten und die Gemeinkosten abgesetzt, und die nicht über die einzelnen Betriebszweige berechneten sonstigen Erträge wie Aufwertungsausgleich, Liquiditätshilfe und Einnahmen aus Fuhrlohn und Maschinenmiete hinzuaddiert, erhält man das sogenannte Betriebseinkommen (T) ($T = Tax$). Die betriebsgruppenspezifischen festen Spezial- und die Gemeinkosten werden wiederum an Hand von Buchführungsergebnissen ermittelt, so daß es sich auch hier um Normzahlen handelt, die von den tatsächlichen Verhältnissen in den Betrieben im einzelnen stärker abweichen können. Im großen und ganzen vermitteln jedoch die auf diese Weise errechneten Betriebseinkommen für die Gesamtheit der Betriebe nach Ansicht der Fachleute einen recht zutreffenden Überblick über die tatsächlichen Gegebenheiten. Es muß hierbei jedoch beachtet werden, daß vom Betriebseinkommen (T) Fremdlöhne, Zinsen für Pachten und Verbindlichkeiten u. dgl. noch nicht abgesetzt sind, so daß von der Höhe des Betriebseinkommens nicht unbedingt auf die Höhe des Einkommens geschlossen werden kann, das dem Betriebsinhaber zur Verfügung steht.

Knapp ein Viertel Weinbaubetriebe

Von den in der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 erfaßten Betrieben gehörten nahezu 96 000 (90%) mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 798 000 ha zum Betriebsbereich Landwirtschaft. Gartenbaubetriebe gab es knapp 1 200. Die Forstwirtschaft war mit 6 240 Betrieben vertreten, wobei diese Zahl annähernd mit der für die Hauptproduktionsrichtung Forstwirtschaft übereinstimmt, deren Abgrenzung nach dem Flächenverhältnis von LF zu Waldfläche vorgenommen wird. Entsprechend den in Rheinland-Pfalz recht unterschiedlichen natürlichen Produktionsbedingungen ergaben sich im Bereich der Landwirtschaft mit den Weinbaubetrieben (22 800) einerseits und den Futterbau-Marktfruchtbetrieben (23 300) andererseits deutliche Schwerpunkte unter den Betriebstypen. Mit 253 000 ha gehörte zur letzten Gruppe fast ein Drittel der LF aller landwirtschaftlichen Betriebe. Die im Gegensatz dazu geringe LF der Weinbaubetriebe (62 000 ha) resultiert daher, daß diese vielfach nur Rebflächen bewirtschaften. Vergleicht man die Weinbaubetriebe mit der Zahl der Betriebe mit Rebland überhaupt, so ergibt sich, daß immerhin mehr als die Hälfte davon als Spezialbetriebe anzusehen sind. Als weitere und für bestimmte Gebiete des Landes charakteristische Betriebstypen sind die zur Betriebsform Marktfruchtbaul zählenden Marktfrucht-Futterbaubetriebe (6 000), die Marktfrucht-Veredlungsbetriebe (3 000) sowie die spezialisierten Extensiv- (5 700) und Intensivfruchtbetriebe (3 900) zu nennen. Während letztere hauptsächlich den Anbau von Kartoffeln, Zuckerrüben, Feldgemüse und in geringerem Umfang auch Tabak betreiben, spielt bei den Extensivfruchtbetrieben das Getreide eine entscheidende Rolle. Neben den bereits genannten Futterbau-Marktfruchtbetrieben waren auch die reinen Futterbaubetriebe mit Milchviehhaltung (4 500) und Rindermast (1 500) häufiger anzutreffen. Vorwiegend im rheinhessischen Hügelland fand sich verbreitet die Kombination von Dauerkulturen - meist

Weinbau - und Marktfruchtbaul, die insgesamt in 5 000 Fällen ermittelt wurde. Die knapp 1 300 Obstbaubetriebe konzentrierten sich nahezu ausschließlich auf die rheinhessische Rheinfront sowie die Vorderpfalz.

Veredlungsbetriebe, in denen 50% und mehr des Standarddeckungsbeitrages auf Schweine und Geflügel entfallen, gab es vergleichsweise nur wenige. Von den spezialisierten Betrieben befaßten sich lediglich 245 mit Schweine- und 620 mit Geflügelhaltung. Unter den Verbundbetrieben trat die Veredlung kombiniert mit Marktfruchtbaul mit 770 Betrieben am häufigsten in Erscheinung. In 13 600 oder 13% aller Betriebe erreichten weder Marktfruchtbaul, Futterbaul oder Veredlung noch der Wein- und Obstbaul die Hälfte des Deckungsbeitrages. Diese von der Organisation her sehr vielseitigen Gemischtbetriebe hatten 169 000 ha LF in ihren Grenzen. Betrachtet man das relative Gewicht dieser Produktionsrichtungen untereinander, so stand in der überwiegenden Zahl der Futterbaul (6 600) im Vordergrund gefolgt vom Marktfruchtbaul (4 800) und den Dauerkulturen (1 700).

Im Gegensatz zur Landwirtschaft, wo in erster Linie auf Grund des verbreiteten Weinbaues immerhin etwa 40% der Betriebe als Spezialbetriebe anzusehen sind, ergab sich für den Bereich des Gartenbaues eine noch stärkere Spezialisierung. Von den knapp 1 200 Betrieben wurden mehr als die Hälfte (640) als Zierpflanzenbetriebe eingestuft, darunter allein gut 520 Topfpflanzen- und Unter-glasschnittblumen-Betriebe. Bei gut 300 resultierten mehr als 75% des Deckungsbeitrages aus dem Gemüsebaul. Die Zahl der Baumschulbetriebe belief sich auf 130.

Futterbaubetriebe in den Höhengebieten

Eine kreisweise Darstellung ermöglicht eine etwas differenziertere Betrachtung hinsichtlich der auftretenden Betriebstypen, wenngleich auch selbst innerhalb eines Landkreises wegen der auch hier noch auftretenden Vielfalt in den natürlichen Produktionsbedingungen oftmals keine Einheitlichkeit festzustellen ist. So sind die Landkreise der Höhengebiete von Eifel, Hunsrück, Westerwald und Westpfalz weitgehend durch das Vorkommen von Futterbau-Marktfruchtbaubetrieben gekennzeichnet. In Verbindung mit den ebenfalls vorhandenen reinen Futterbaubetrieben machen sie hier bis zu zwei Drittel aller Betriebe aus, beispielsweise in Altkirchen, Birkenfeld, dem Ober- und Unterwesterwaldkreis sowie in Daun. Marktfruchtspezial- und -verbundbetriebe dagegen herrschen vor in Mayen-Koblenz, dem Donnersbergkreis, in Gernersheim und Ludwigshafen, wobei in den beiden letzten Kreisen knapp die Hälfte bzw. mehr als 50% auf die Spezialbetriebe meist mit Intensivfruchtanbaul entfielen. Ein hoher Anteil an Weinbaubetrieben ergab sich für Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich, Landau-Bad Bergzabern und Mainz-Bingen. In den zwei letzten Kreisen erreichten sie jeweils weit über 50%. Neben den spezialisierten Weinbaubetrieben war in Bad Kreuznach und Alzey-Worms die Verbindung von Wein- und Marktfruchtbaul typisch. Einen hohen Anteil von Gemischtbetrieben

Betriebs- größenklasse	Betriebe mit einem Betriebseinkommen (T) von ... DM											
	unter 5 000		5 000 - 10 000		10 000 - 15 000		15 000 - 20 000		20 000 - 30 000		30 000 und mehr	
	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF
unter 1 ha LF	9 565	5 628	1 074	801	89	39	59	28	60	30	57	29
1 - 2 "	11 592	16 367	3 140	4 479	963	1 541	188	329	17	23	35	49
2 - 5 "	16 477	54 949	2 923	9 468	1 980	6 347	1 433	4 728	1 086	4 000	233	949
5 - 10 "	7 207	45 455	7 117	55 498	1 878	14 239	1 372	10 301	1 257	9 265	1 088	7 926
10 - 15 "	195	2 181	2 704	30 945	3 648	45 388	1 990	25 470	1 512	18 899	1 071	13 502
15 - 20 "	11	183	178	2 947	1 066	17 784	2 844	49 023	2 031	35 954	1 276	22 368
20 - 30 "	3	69	28	625	142	3 176	963	21 375	3 332	79 616	2 329	58 033
30 und mehr "	1	34	3	100	12	475	25	1 094	414	14 171	2 403	103 267
Insgesamt	45 051	124 870	17 167	104 867	9 778	88 989	8 874	112 348	9 709	161 960	8 492	206 127

wiesen außer Bad Kreuznach der Rhein-Lahn- und der Rhein-Hunsrück-Kreis auf.

Ungünstigste Einkommensverhältnisse im Futterbau

Bei der von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlichen Intensität in der Bodenbewirtschaftung sowie infolge des Umfanges der vorhandenen Nutztierhaltung kann die bewirtschaftete LF ohne Zweifel nicht der alleinige Maßstab für die Beurteilung der Betriebsgröße sein. Bei dem in Rheinland-Pfalz verbreiteten Sonderkulturanbau wird diese Tatsache besonders deutlich. Die im Rahmen der Landwirtschaftszählung vorgenommene Betriebseinkommensberechnung bildet insofern eine wertvolle Ergänzung zur jährlich festgestellten Betriebsgrößenstruktur. Sie dient weiterhin als Grundlage für eine sozialökonomische Gliederung. Ein Blick auf diese Auswertung läßt erkennen, daß im Wirtschaftsjahr 1971/72 in etwa 67 500 Betrieben (64%) mit 234 000 ha LF das in der anfangs beschriebenen Weise ermittelte Betriebseinkommen (T) nicht 10 000 DM erreichte. Hier wird in den meisten Fällen der Betrieb nur noch als Nebenerwerb anzusprechen sein. Zwischen 10 000 und 20 000 DM ergaben sich für ein Fünftel aller Betriebe (19 200). Reichlich 10 000 Betriebe erwirtschafteten 20 000 bis 30 000 DM. Betriebe mit mehr als 30 000 DM fanden sich knapp 10 000, darunter 2 300 mit mehr als 50 000 DM. Während die Betriebe unter 10 000 DM vorwiegend unter 10 ha LF groß waren, konnten diejenigen mit mehr als 20 000 DM überwiegend erst in den Größenklassen ab 20 ha angetroffen werden. Eine Sonderstellung nehmen in diesem Zusammenhang selbstverständlich die Weinbaubetriebe ein.

Bei einem Wert von 11 800 DM im Mittel aller Betriebe des Landes zeigt die Höhe des Betriebseinkommens (T) eine deutliche Abhängigkeit vom jeweiligen Betriebstyp. So lag im Bereich der Landwirtschaft das durchschnittliche Betriebseinkommen (T) am höchsten bei den spezialisierten Geflügelbetrieben (20 000 DM) sowie den Marktfrucht-Dauerkulturbetrieben (19 800 DM). Eine ähnliche Höhe verzeichneten ferner die Gemischtbetriebe mit Veredlung bzw. Dauerkulturen sowie die Veredlungs-Marktfruchtbetriebe. Werte um 13 000 DM

ergaben sich für die Weinbaubetriebe sowie die Marktfrucht-Futterbaubetriebe während die zur Marktfruchtgruppe zählenden Intensivfruchtbetriebe gerade die 10 000 DM-Grenze überschritten. Die große Masse der Futterbaubetriebe rangierte mit 8 000 bis 9 000 DM zusammen mit den Extensivfruchtbetrieben am unteren Ende. Die höchsten Betriebseinnahmen überhaupt lassen sich im Gartenbau erzielen, wo die Baumschulen ein durchschnittliches Betriebseinkommen (T) von 26 000 DM aufwiesen. Mit 16 000 bzw. 20 000 zählten hier auch die Freiland-Zierpflanzenbetriebe sowie die Topfpflanzen- und Unterglasschnittblumenbetriebe mit zur Spitzengruppe, während die Gemüsebetriebe nur knapp über 10 000 DM hinaus kamen.

Starke Unterschiede in der wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit der Landkreise

Setzt man in den einzelnen Landkreisen das für die dort ansässigen Betriebe errechnete Betriebseinkommen (T) in Beziehung zu deren LF, so erhält man einen recht aufschlußreichen Überblick über die regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit der einzelnen Gebiete des Landes. Es muß jedoch auch hierbei wiederum betont werden, daß wegen der teilweise recht unterschiedlichen Produktionsbedingungen innerhalb eines Landkreises, wie etwa Sonderkulturen in den Flußtalern und vorwiegend Futterbau in den angrenzenden Höhengebieten, diese Durchschnittswerte teilweise mit gewissen Vorbehalten zu betrachten sind. Dies gilt insbesondere für Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg. Bei 1 120 DM pro ha LF im Bundesdurchschnitt und 1 430 DM im Landesmittel erreichten die Kreise Ahrweiler, Altenkirchen, Birkenfeld, der Ober- und Unterwesterwald, der Rhein-Hunsrück-Kreis, Bitburg-Prüm, Daun, Kusel und der frühere Kreis Pirmasens keine 1 000 DM. Dabei lag dieser Wert mit rund 750 DM im Oberwesterwald und in Daun weitaus am ungünstigsten. Ein Betriebseinkommen (T) zwischen 1 000 und 1 500 DM pro ha LF verzeichneten die Kreise Cochem-Zell, Rhein-Lahn, Mayen-Koblenz, Neuwied, der Donnersbergkreis, Kaiserslautern sowie der ehemalige Kreis Zweibrücken. Wegen des dort vorhandenen recht umfangreichen Sonderkulturanbaus gingen die

Einkommen in den verbliebenen Kreisen teilweise weit darüber hinaus. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Landkreise Bad

Dürkheim (3 380 DM) Landau-Bad Bergzabern (2 900 DM) und Mainz-Bingen (2 700 DM).

Diplom-Agraringenieur W. Laur

Tierische Erzeugung 1972

Wieder steigende Milchmengen

Als nach Erreichen der bisher höchsten Milchproduktion von Rheinland-Pfalz (1 058 700 t) im Jahre 1968 tiefgreifende Eingriffe in den Milchkuhbestand im Rahmen der damaligen EWG-Aktion vorgenommen wurden, ging die Milchproduktion nach einem gut zwei Jahrzehnte währenden Zeitraum jährlich steigender Erträge erstmals zurück und fiel im Jahre 1970 wieder unter die erst drei Jahre zuvor überschrittene Marke von 1 Mill. t. Mit dem rapiden Bestandsabbau, der gleichzeitig zu einer Verbesserung der Haltungsstruktur führte, schien sich eine Tendenzwende abzuzeichnen, zumal in der Rindviehhaltung ohnedies schon seit längerem eine allmähliche Verlagerung auf die Mast zu Lasten der Milcherzeugung zu beobachten war. Nach nur dreijähriger Dauer ist nunmehr die Rückgangsbewegung des Milchkuhbestandes fast zum Stillstand gekommen und, da infolge der unterdessen verbesserten Qualität des Tiermaterials die durchschnittliche Milchleistung je Kuh weiter zunahm, das Milchaufkommen wieder angestiegen. Mit insgesamt 956 000 t übertraf es das Produktionsergebnis des Jahres 1971 um rund 5 000 t oder 0,6%. Diese Entwicklung beschränkte sich nicht auf Rheinland-Pfalz; im übrigen Bundesgebiet war allgemein, wenn auch im unterschiedlichem Ausmaß, eine Wiederzunahme der Milcherzeugung zu beobachten.

Zu dem Gesamtaufkommen trugen die Erzeuger im Regierungsbezirk Koblenz rund 391 500 t (41%), im Regierungsbezirk Trier 360 700 t (37,7%) und in Rheinhessen-Pfalz 204 000 t (21,3%) bei. Verglichen mit 1971 wurden damit in den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz 1,4 bzw. 3,3% weniger, im Regierungsbezirk Trier dagegen 5,2% mehr Milch gewonnen. Die für 1972 ausgewiesene Zunahme der Gesamtproduktion ist mithin auf den vermehrten Zufluß aus dem letztgenannten Gebiet, in dem die milchviehstarken Kreise Bitburg-Prüm und Daun ihre Bestände im Gegensatz zu den meisten anderen Kreisen des

Landes wieder merklich aufgestockt haben, zurückzuführen.

Was die durchschnittliche Milchleistung je Kuh, neben der Anzahl der Kühe die wichtigste Bestimmungsgröße für den Umfang der Milcherzeugung, anbelangt, so hat sich mit Ausnahme einiger rheinhessischer und pfälzischer Kreise mit relativ kleinen Beständen in allen Gebieten die Anstiegstendenz fortgesetzt. So lag im Durchschnitt die Jahresmilchleistung je Kuh mit 3 757 kg im Regierungsbezirk Koblenz um 2,8% und im Regierungsbezirk Trier mit 3 897 kg sogar um 6% höher als 1971, wobei an dieser Erhöhung ausnahmslos alle zugehörigen Kreise beteiligt waren. Auch Rheinhessen-Pfalz kommt mit 3 717 kg trotz des vorerwähnten Leistungsabfalls in einigen Kreisen noch auf einen im Durchschnitt um 2,6% über dem Ergebnis von 1971 liegenden Wert. Das bedeutet, daß, soweit es die für die Milchwirtschaft bedeutenderen Kreise betrifft, das Leistungsniveau auch dort stärker angehoben wurde. Für das Land errechnete sich eine Durchschnittsjahresleistung von 3 799 kg je Kuh gegenüber 3 656 kg im Vorjahr. Das entspricht einer Steigerung von 3,9%. Mit diesen Werten rangiert Rheinland-Pfalz im Mittelfeld der Leistungsskala der westdeutschen Bundesländer. Auch ohne sich an den nicht verallgemeinerungsfähigen Spitzenerträgen von Hochleistungstieren orientieren zu wollen, bedeutet das, daß für weitere Steigerungen hierzulande noch reichlicher Spielraum besteht. Die mit dem allgemeinen Strukturwandel einhergehende Konzentrationsbewegung dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen und wegen der wesentlich besseren Haltungs- und Fütterungsbedingungen, die in größeren Beständen gegeben sind, die Entwicklung zu höheren Erträgen begünstigen. Außerdem ist zu erwarten, daß mit der Verbesserung der Haltungsstruktur der Anteil hochwertiger Tiere wächst, was den Trend noch verstärkt. Eine Vergrößerung der Milchproduktion wird sich daher wohl nur über einen der Leistungszunahme entsprechenden Abbau auf der Bestandsseite vermeiden lassen. Damit ist allerdings auch die Frage des Nachschubs für die Rindermast angesprochen; denn ein Rückgang der Zahl der Kühe bedeutet gleichzeitig einen Rückgang der Kälbergeburten. Die nach wie vor noch geringen Bestandszahlen in der sogenannten Ammen- und Mutterkuhhaltung deuten jedenfalls darauf hin, daß dieses als Alternative zur Milchvermarktung seit längerem diskutierte und ausschließlich auf die Fleischerzeugung gerichtete Produktionsverfahren noch keine nennenswerte Verbreitung gefunden hat. Seine Anwendung scheitert vermutlich an den vielen Voraussetzungen, die bei den derzeitigen strukturellen Gegebenheiten nur schwerlich zu erfüllen sind.

Milcherzeugung und -verwendung 1950 - 1972

Erhebungsmerkmal	Einheit	1950	1960	1970	1971	1972
Milchleistung je Kuh	kg	1 787	2 780	3 528	3 656	3 799
Milcherzeugung insgesamt	1 000 t	637	906	995	951	956
An Molkereien geliefert	%	49,8	68,7	79,5	80,8	83,1
An Tiere verfüttert	%	15,4	10,6	9,2	8,6	7,8
Zu Butter und Käse verarbeitet	%	7,2	3,3	1,1	0,9	0,7
Frisch verbraucht	%	22,9	12,2	6,4	5,8	5,2
Sonstige Verwendung	%	4,7	5,2	3,8	3,9	3,2

Zunehmende Marktleistung

Die Verwendung der erzeugten Milch stand auch 1972 wieder im Zeichen zunehmender Marktleistung. Insgesamt wurden annähernd 795 000 t an Molkereien abgesetzt. Das waren ungefähr 26 800 t oder 3,5% mehr als im Vorjahr, obwohl insgesamt nur 5 000 t mehr erzeugt wurden. Prozentual stieg damit der an die Molkereien gelieferte Anteil auf 83,1% gegenüber 80,8 im Vorjahr. Die Erzeuger haben mithin ihren Milchverbrauch in Betrieb, Haushalt und für den sonstigen Bedarf wie Deputatleistungen, Direktverkäufe u. ä. weiter eingeschränkt. So wurden von der nicht über die Molkereien vermarkteten Milchmenge von rund 161 600 t ungefähr 74 500 t (7,8% der Gesamterzeugung) in den Betrieben an Tiere, vornehmlich an Kälber, verfüttert. Im vorhergehenden Jahr wurden für diesen Zweck sogar noch 81 800 t, also gut 7 000 t mehr, zurückbehalten. Die für den Haushaltsbedarf benötigte Milchmenge betrug 56 500 t (5,9%) und war um 7 700 t kleiner als 1971. Auch der für sonstige Verwendung ohne näher bezeichneten Zweck bestimmte restliche Teil der Erzeugung reduzierte sich von 36 900 auf 30 600 t und machte noch 3,2% aus.

Erheblich weniger Schlachtungen

Im Jahre 1972 wurden in Rheinland-Pfalz rund 195 000 Rinder, 13 900 Kälber, 1,18 Mill. Schweine, 7 400 Schafe, 100 Ziegen und 900 Pferde inländischer Herkunft geschlachtet. Hinzu kamen aus Schlachtvieheinfuhren annähernd 2 700 Rinder, rund 32 100 Schweine sowie 177 Pferde. Die Importe stammten aus Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, der DDR und Polen. Bei den Schlachttieren inländischer Herkunft waren das im Vergleich zum Vorjahr rund 40 200 Rinder (— 17,1%), 7 600 Kälber (— 35,3%) und 53 600 Schweine (— 4,3%) weniger, womit gerade bei den Hauptfleischarten ein nicht unbeträchtlicher Teil des Angebots aus einheimischer Erzeugung ausfiel. Dagegen nahm die Zahl der Schafschlachtungen um 800 oder 12,1% zu. Die Ziegen- und Pferdeschlachtungen sind hinsichtlich ihres Anteils an der Fleischversorgung ganz unbedeutend geworden. An Tieren ausländischer Herkunft wurden dagegen mehr als im Vorjahr geschlachtet. Bei den Schweinen haben sich die Einfuhren mehr als verdoppelt, bei den Rindern um etwa ein Drittel erhöht. Denkbar ist, daß die angesichts des starken Ausfalls an einheimischen Schlachtungen nur relativ geringe Erhöhung der Schlachtrindereinfuhren auf den allgemein in den Ausfuhrländern bestehenden Engpaß in der Rindfleischversorgung zurückzuführen ist. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß neben den Einfuhren von Lebendvieh auch der Fleischversand eine wesentliche Rolle spielt.

Der beträchtliche Rückgang der Zahl der Schlachtungen erklärt sich aus der Bestandsentwicklung, bei den Rindern vor allem aus der Reduzierung der Kuhbestände, die den Nachwuchs für die Aufzucht sowohl zur Mast als auch zur Bestandsergänzung liefern. Wie der neuerliche starke Rückgang der Kälberschlachtungen andeutet, besteht nach wie vor großer Bedarf an Aufzucht-kälbern.

Schlachtungen nach Tierarten 1950 - 1972

Tierart	1950	1960	1970	1971	1972
1 000 Stück					
Insgesamt					
Rinder	135,3	206,8	242,4	235,2	195,0
Ochsen	16,3	7,8	1,7	1,6	1,6
Bullen	14,4	78,1	117,3	119,2	104,2
Kühe	57,6	55,7	70,3	62,7	53,3
Färsen	47,0	65,2	53,1	51,7	35,9
Kälber	124,9	104,1	24,0	21,4	13,9
Schweine	585,9	1 132,6	1 196,9	1 233,8	1 180,2
Schafe	28,2	7,1	6,1	6,6	7,4
Ziegen	7,5	3,5	0,2	0,1	0,1
Pferde	8,3	5,8	1,4	1,1	0,9
Gewerbliche Schlachtungen					
Rinder	133,1	199,3	225,1	219,4	182,1
Ochsen	16,1	7,5	1,6	1,5	1,5
Bullen	14,1	75,5	111,6	113,9	100,1
Kühe	56,6	54,0	67,0	60,0	50,9
Färsen	46,3	62,3	44,9	44,0	29,6
Kälber	121,8	101,0	22,3	19,9	12,8
Schweine	301,2	823,9	954,8	987,3	960,5
Schafe	25,9	6,2	3,2	3,7	3,9
Ziegen	2,6	1,3	0,0	0,0	0,0
Pferde	8,3	5,8	1,4	1,1	0,9

In enger Verbindung damit steht auch die beträchtliche Abnahme der Färsenschlachtungen, die von 51 700 im Vorjahr auf 35 900 zurückgingen. Die Ursache des Rückganges liegt zum einen im fehlenden Nachwuchs und zum anderen in der Vergrößerung des Färsenbestandes. Nach den überdurchschnittlich hohen Schlachtquoten der vorangegangenen Jahre kamen dem kleineren Bestand zufolge ebenfalls wesentlich weniger Kühe zur Schlachtung. Von rund 62 600 im Vorjahr sank ihre Zahl auf nur noch 53 300 ab. Einen deutlichen Rückgang gab es auch bei den bisher Anstiegstendenzen zeigenden Bullenschlachtungen. Mit nur noch 104 200 wurden gegenüber dem Vorjahr rund 15 000 Schlachtbullen weniger aufgetrieben. Zahlenmäßig unverändert blieben lediglich die Ochsen-schlachtungen, die mit rund 1 500 jedoch vergleichsweise unbedeutend sind. Auch bei den Schweinen erklärt sich der Rückgang der Schlachtungen aus der Bestandsentwicklung, die nach 1970 wieder konjunkturrell rückläufig war. Bei den Schafen dagegen brachte die wachsende Verbreitung eine neuerliche Zunahme des Schlachttierangebots.

Höhere Schlachtgewichte bei Rindern und Kälbern

Beim Vergleich der Zeitreihen über die Entwicklung der durchschnittlichen Schlachtgewichte werden die Bestrebungen zur Steigerung der Fleischleistung je Tier sichtbar. Das gilt vor allem bei der Rinder-, noch ausgeprägter aber bei der Kälbermast. Anders liegen demgegenüber die Verhältnisse bei der Schweinemast, bei der eine Verkürzung der Mastdauer, jedoch zur Vermeidung eines vom Markt abgelehnten Fettansatzes keine Erhöhung des Endgewichtes angestrebt wird. Aus diesem Grunde dominiert seit langem das fettarme Fleischschwein, dessen Durchschnittsschlachtgewicht sich seit Jahren ohne tendenzielle Veränderung zwischen 81 und 83 kg hält. So ergab sich auch für 1972 wieder bei den Schweinen ein durchschnittlicher Wert von 83 kg. Bei den Rindern dagegen verzeichnete das Durchschnittsschlachtgewicht, und

Eiererzeugung 1960 - 1972

Jahr	Lege- hennen- bestand Dezember	Ø Lege- leistung je Henne	Eier- er- zeugung	Monate 1972	Ø Lege- leistung je Henne	Eier- er- zeugung
	1 000 Stück	Stück	Mill. Stück		Stück	Mill. Stück
1960	3 321	144,6	431,0	Jan.	18,3	83,4
1962	3 252	155,4	479,0	Febr.	18,8	85,6
1963	3 405	172,4	543,0	März	20,5	93,4
1964	3 513	180,5	603,0	April	21,3	97,0
1965	3 639	189,7	658,0	Mai	20,2	92,0
1966	3 957	192,8	748,0	Juni	19,0	86,6
1967	4 166	195,0	842,0	Juli	19,9	90,6
1968	4 310	200,3	929,0	Aug.	20,2	92,0
1969	4 330	203,6	969,0	Sept.	19,1	87,0
1970	4 012	206,5	984,0	Okt.	19,7	89,7
1971	4 001	215,0	969,0	Nov.	17,9	81,6
1972	3 837	233,8	1 065,0	Dez.	18,9	86,1

zwar bei allen Kategorien einschließlich der Kälber, eine neuerliche Steigerung. Bei den Bullen, den Lieferanten der gefragtsten Rindfleischsorten, erhöhte es sich um 1 kg auf 307. Kühe wogen geschlachtet 267 kg und waren um 2 kg schwerer, während Färsen mit 239 kg sogar 5 kg mehr erbrachten. Besonders stark ausgemästet wurden Ochsen, die ihr Gewicht um 16 auf 290 kg erhöhten, und die Kälber schließlich kamen auf 84 kg gegenüber 77 im Vorjahr. Hier wird angesichts des fortgesetzt rückläufigen Schlachtkälberanfalls die Bestrebung erkennbar, die Marktchance über die Erzielung höherer Fleischleistung der Tiere zu nutzen.

Gesamtschlachtmenge um 8,2% geringer

Die 1972 geschlachteten Inlandtiere erbrachten einen Gesamtschlachtfall von 154 725 t. Das war, bedingt durch den schwächeren Auftrieb an Schlachttieren, eine um 13 850 oder 8,2% geringere Menge als im Jahr zuvor. Dazu kam der Schlachtfall aus den Schlachtvieheinfuhren, der sich auf rund 3 200 t belief.

Wie schon im Vorjahr nahm infolge des gegenüber den Schweineschlachtungen erheblich stärkeren Rückganges der Rinderschlachtungen der Rindfleischanteil am Gesamtschlachtaufkommen absolut und relativ ab. Mit annähernd 55 400 t war er um 15,6% kleiner als im Vorjahr. Hauptsächlich setzte er sich zusammen aus 32 000 Bullen- und 14 300 t Kuhfleisch. Rund 8 600 t stammten von Färsen. Da die Tiere im Durchschnitt schwerer waren, lagen die relativen Abnahmen im einzelnen unter den für die Schlachtungszahlen ausgewiesenen. Aus den Kälberschlachtungen wurden nur noch knapp 1 200 t gewonnen gegenüber 1 700 t im Vorjahr (— 29,8%). Die Schweineschlachtungen erbrachten mit insgesamt 97 700 t eine um 3% kleinere Schlachtmenge und lieferten damit wiederum den größten Posten im Fleischaufkommen. Gemessen hieran sind die übrigen Fleischsorten, nämlich Schafffleisch mit 199 und Pferdefleisch 241 t, bedeutungslos. Sie stellen nicht einmal 0,5% der Gesamtmenge dar.

Der weit überwiegende Teil des Schlachtfalles, rund 132 900 t oder 85%, wurde aus gewerblichen Schlachtungen gewonnen und war damit für die Marktbeförderung bestimmt. Der übrige Teil von 21 800 t stammte aus Hausschlachtungen. Das be-

deutet jedoch nicht, daß dieser Anteil restlos zur Selbstversorgung der Erzeuger verwendet wurde, vielmehr spielen die Hausschlachtungen bei dem hohen Entwicklungsstand der Kühltechnik eine nicht unbedeutende Rolle als Marktregulativ, so daß dieser Produktionsanteil zu einem Teil auch zum Verkauf gelangt. Hausschlachtungen sind am häufigsten bei Schweinen gebräuchlich, weil diese Tierart die besten Voraussetzungen als Fleischlieferant für Selbstversorgung besitzt. Allerdings werden auch Rinder in zunehmendem Maße hausgeschlachtet. Bei den Schweinen ist es jedoch etwa jedes fünfte Tier, bei den Rindern dagegen nur etwa jedes fünfzehnte. Dem Schlachtaufkommen von 13 200 t aus Schweinehausschlachtungen standen aber immerhin 3 400 t bei den Rindern gegenüber.

Kükenerzeugung rückläufig

In der Hühner- und vor allem in der Legehennenhaltung kam es nach vorübergehendem Stillstand der 1970 auf Grund der unbefriedigenden Erzeugerpreise für Eier zu beobachtenden Rückgangsbewegung erneut zu relativ starken Bestandsreduzierungen, wobei sich die Gesamtzahl der Legehennen um 4,1 % auf 3,8 Mill. reduzierte. Diese Entwicklung scheint bei den Brütereien zu pessimistischen Absatzerwartungen geführt zu haben. Nicht nur die Zahl der Brütereien ging 1972 im Vergleich zum Vorjahr zurück, auch der Umfang der Bruteiereinlagen zur Legehennenerzeugung verminderte sich, und zwar um 381 000 auf 1,98 Mill. Stück. Aus diesen schlüpften rund 757 000 Hennenküken, was einer Abnahme von 132 000 (15%) entspricht. Die Kükenerzeugung von Mastrassen wurde von den heimischen Brütereien während des Jahres 1969 eingestellt und seitdem nicht wieder aufgenommen. Zeitlich konzentriert sich der Kükenschlupf stark auf das Frühjahr. So schlüpften von der Gesamtzahl der 1972 erzeugten Küken gut vier Zehntel in den Monaten März bis Mai. In den Sommermonaten geht der Schlupf stark zurück, um im Spätsommer dann wieder etwas anzusteigen.

Erstmals über eine Milliarde Eier

Unabhängig vom konjunkturbedingten Auf und Ab in der Bestandsentwicklung folgt die Legeleistung der Hennen der langfristigen Anstiegstendenz, eine Erscheinung, die in engerem Zusammenhang mit den auf größere Bestandseinheiten abzielenden Veränderungen der Haltungsstruktur steht. Wie statistisch nachweisbar, wächst mit der Bestandsgröße auch die durchschnittliche Legeleistung, weil in größeren Betrieben günstigere Haltungs- und Fütterungsbedingungen vorliegen. Auch 1972 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Mit durchschnittlich 234 Eiern je Henne lag die Jahresleistung um 19 Stück oder 10,8% höher als 1971, obwohl schon das letztgenannte Jahr gegenüber dem vorhergegangenen eine recht beachtliche Steigerung von 207 auf 215 Eier brachte. Mit der Verbreitung moderner Haltungsformen verengte sich außerdem die saisonale Schwankungsbreite der Leistung. Die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Monatsleistung, die in den Monat April bzw. November fiel, belief sich auf nur 4,4 Eier je Tier.

Trotz des bis zum Jahresende 1972 reduzierten Bestandes an Legehennen nahm der gestiegene Legeleistung zufolge die Eierproduktion zu und überstieg mit 1 065 Mill. Stück erstmals die Marke von einer Milliarde.

Mehr Geflügelfleisch

Die in rheinland-pfälzischen Geflügelschlachtereien angefallene Fleischmenge bezifferte sich 1972 auf rund 730,8 t. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres um 205,6 t übertroffen. Von dieser Menge stammte wie bisher schon der weit überwiegende Teil (712,8 t) aus der Schlachtung von Suppenhühnern, während auf Jungmasthühner lediglich 4,1 t entfielen. Gegenüber dem Vorjahr ging der Anteil der letztgenannten absolut und relativ zurück, wie auch die Zunahme der Gesamtmenge aus-

schließlich auf den größeren Anfall an Suppenhühnern zurückzuführen ist.

Das Schlachtgeflügel wurde überwiegend zur Herstellung von Tiefkühlware verwendet. Sie betrug insgesamt 704,4 t. Im frischen Zustand wurden dagegen nur 26,4 t abgegeben. Die in den in Rheinland-Pfalz ansässigen Geflügelschlachtereien gewonnenen Fleischmengen stellten indessen nur einen Teil des aus einheimischen Beständen anfallenden Schlachtgeflügels dar. Zum Teil wird dieses an Schlachtereien außerhalb des Landes geliefert, zum Teil aber auch, was vornehmlich bei abgelegten Hennen aus kleineren Beständen der Fall ist, in den Betrieben selbst geschlachtet und vermarktet.

P. Porn

Entwicklung des Steueraufkommens 1972

Bedingt durch die Vielzahl der Steuerobjekte spiegelt das Steueraufkommen ein breites Spektrum wirtschaftlicher Aktivität wider; dies gilt global für makroökonomische Aggregate, aber auch für den strukturellen Aspekt einzelner Wirtschaftsbereiche. Allerdings ist die Entwicklung des Steueraufkommens nicht ausschließlich ökonomisch determiniert. Die gesetzlichen Bestimmungen, welche Tarifgestaltung, Abgrenzung der Bemessungsgrundlagen, Zahlungsfristen, die Person des Steuerschuldners und anderes festlegen, stellen einen weiteren wichtigen Faktor dar. Aus dem Veranlagungsverfahren und der Einräumung von Zahlungsfristen, die dem Steuerschuldner eine gewisse Dis-

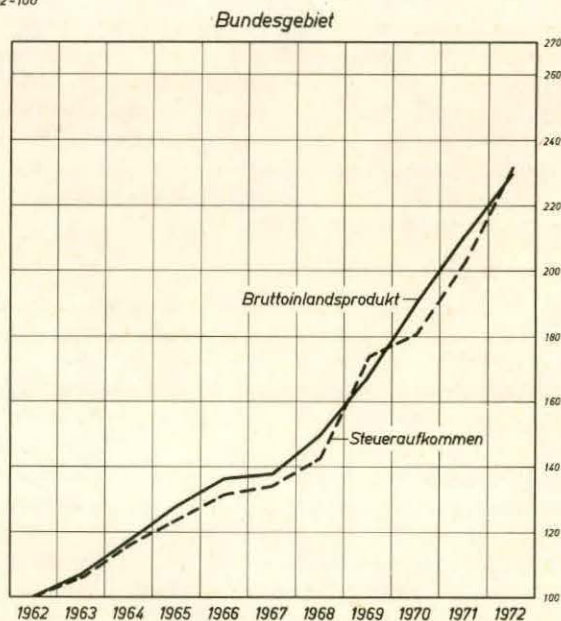
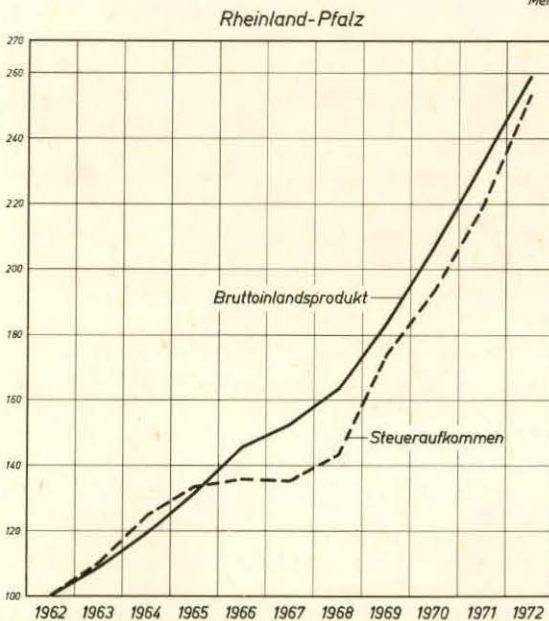
positionsfreiheit gewähren, ergeben sich zeitliche Verschiebungen, die eine kurzfristige Analyse auf der Basis von Jahresdaten erschweren. Eine eindeutige Beziehung zwischen Entwicklung des Steueraufkommens und dem jeweiligen Steuerobjekt ist mitunter kaum herzustellen.

Steueraufkommen und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Gesamtaufkommen aus Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern erhöhte sich 1972 um 15,3% auf 9 270 Mill. DM. Damit lag die Zunahme über der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 11,7%. Im Bundesgebiet verlief die

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Steueraufkommens in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1962-1972

Meßzahlen 1962=100



Entwicklung ähnlich, auch hier stieg das Steueraufkommen mit + 14,4% stärker als das Bruttoinlandsprodukt (+ 9,2%). Angesichts der progressiven Tarifgestaltung bei wichtigen Einzelsteuern (Einkommen- und Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer nach dem Ertrag) überrascht dies zunächst nicht, da die Progression diese höheren Zuwachsraten impliziert. Trotzdem wäre es voreilig, aus der isolierten Betrachtung der Daten für 1972 generell auf eine progressive Ausgestaltung des deutschen Steuersystems zu schließen. Im Laufe des Jahres wurden bei wichtigen Verbrauchsteuern Tarifierhöhungen wirksam; außerdem führten technische Gründe zu einer kräftigen Aufkommenserhöhung bei den veranlagten Steuern vom Einkommen. Ferner zeigt die Betrachtung eines längeren Zeitraums, daß in der Vergangenheit auch gegenteilige Entwicklungen eintraten. Insbesondere in der Rezessions- und Erholungsphase 1965 bis 1968 blieb das Wachstum des Steueraufkommens hinter dem des Bruttoinlandsprodukts zurück. Die gesamtwirtschaftliche Steuerlastquote, das heißt die Relation Steueraufkommen zu Bruttoinlandsprodukt, die 1962 in Rheinland-Pfalz bei 20,3% gelegen hatte und bis 1968 auf 17,7% zurückging, stieg seitdem wieder an und erreichte 1972 einen Wert von 19,8%. Im Bundesgebiet war der Verlauf ähnlich; allerdings lag die gesamtwirtschaftliche Steuerlastquote durchweg um etwa 3 Prozentpunkte höher und wies geringere Schwankungen auf als in Rheinland-Pfalz. Die jährlichen Schwankungen der Steuerlastquote scheinen konjunkturell bedingt zu sein, wobei sich die Steuerlastquote mit der Konjunkturentwicklung bewegt, das heißt in Aufschwungsphasen zunimmt und in der Rezession sinkt. Da steuerpolitische Maßnahmen als Mittel der Konjunkturpolitik bisher nur eine untergeordnete Rolle spielten, dürfte diese Erscheinung im wesentlichen endogen bestimmt sein. Wie die Schwankungen in der durchschnittlichen Steuerbelastung der Wirtschaft zeigen, erfüllt das Steuersystem tendenziell die Funktion eines automatischen Konjunkturstabilisators. Im übrigen widerlegen diese Zahlen die häufig vertretene These, die Progression bei bestimmten Einzelsteuern führe zwangsläufig zu einer überproportional anschwellenden Steuerbelastung. Die durchschnittliche Steuerlast, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, war 1972 im Bundesgebiet wie in Rheinland-Pfalz etwa ebenso hoch wie 1962.

Lohnsteuer ergiebigste Einzelsteuer

Die Zunahme des Gesamtaufkommens beruht auf einer recht unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Steuerarten. Das Aufkommen aus den Gemeinschaftssteuern, deren Anteil am Gesamtaufkommen mit 68% gegenüber dem Vorjahr (67,9%) nahezu unverändert blieb, stieg um 15,5% auf 6 303 Mill. DM. Bei den Steuern vom Einkommen ergab sich ein Zuwachs von 17,4% auf 4 093 Mill. DM. Mit einem Aufkommen von 2 493 Mill. DM blieb die Lohnsteuer, ebenso wie im Bundesgebiet, die ergiebigste Einzelsteuer. Die Zuwachsrate von 15,7% entspricht etwa der allgemeinen Einkommensentwicklung, der die Lohnsteuer, bedingt durch das Quellenabzugsverfahren, nur mit ge-

ringer zeitlicher Verzögerung folgt. So stiegen die Bruttowochenlöhne der Industriearbeiter im Jahresdurchschnitt um 16,7%, wobei der Beschäftigtenstand in der Industrie leicht rückläufig war; die Bruttogehälter der Angestellten erhöhten sich um 9,2%. Ferner beeinflussen zwei steuertechnische Faktoren das Lohnsteueraufkommen. Es wird einerseits gemindert durch die Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz, die 1972 sehr stark zunahmen. Andererseits ist der Ausweis des Lohnsteueraufkommens überhöht, da Erstattungen auf Grund der Veranlagung von Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer gemäß § 46 EStG aus der veranlagten Einkommensteuer gezahlt werden. Angesichts der anhaltenden Einkommenssteigerungen überschreiten immer mehr Lohnsteuerpflichtige die Veranlagungsgrenze von 24 000 DM, so daß diesem Faktor wachsende Bedeutung zukommt.

Das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer, die ebenfalls im Quellenabzugsverfahren erhoben wird, ging um 22,7% auf 84 Mill. DM zurück. Hierin schlägt sich der 1971 in verschiedenen Wirtschaftsbereichen verzeichnete Ertragsrückgang nieder, der einen Teil der betroffenen Unternehmen 1972 zur Kürzung der Gewinnausschüttung veranlaßte.

Bei den veranlagten Steuern vom Einkommen spielt neben der aktuellen Einkommensentwicklung der Stand der Veranlagungsarbeiten, die in den Vorjahren erzielte Einkommen betreffen, eine wichtige Rolle. Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer stieg 1972 um 24,4% auf 1 045 Mill. DM; im Bundesgebiet erreichte die Steigerungsrate sogar 26,2%. Diese starke Zunahme resultiert aus ungewöhnlich hohen Abschluß- und Nachzahlungen im Rahmen der Veranlagungen für 1969 und vor allem für 1970. Damals hatten die Steuerpflichtigen offenbar vielfach eine stärkere Herabsetzung der Vorauszahlungen beantragt, als durch die tatsächlich eintretende Verschlechterung der Ertragslage gerechtfertigt gewesen wäre. Da sich die Festsetzung der Vorauszahlungen nach der letzten Veranlagung richtet, führten die hohen Abschlußzahlungen 1972 außerdem zu einer verstärkten Heraufsetzung der Vorauszahlungen. Die Möglichkeit, Herabsetzungen zu beantragen, war angesichts der wieder günstigeren Konjunkturlage kaum gegeben. Die genannten Gründe - hohe Abschlußzahlungen, erhöhte Vorauszahlungen - erklären auch die Zunahme des Körperschaftsteueraufkommens um 23,3% auf 470 Mill. DM. Damit wurde das Niveau von 1970 (467 Mill. DM) wieder erreicht, nachdem 1971 ein Rückgang auf 382 Mill. DM eingetreten war. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die nach dem Investitionszulagengesetz aus dem Aufkommen der Einkommensteuer bzw. der Körperschaftsteuer zu zahlenden Beträge, die 1972 sehr stark zunahmen, das ausgewiesene Körperschaftsteueraufkommen erheblich mindern.

Bedingt durch den 1972 einsetzenden Aufschwung, insbesondere durch die gute Verbrauchskonjunktur, stieg das Aufkommen aus den beiden Steuern vom Umsatz um 12,1% auf 2 210 Mill. DM. Die Umsatzsteuer erbrachte 1 635 Mill. DM; die Zuwachsrate von 9,5% entspricht etwa der Umsatzentwicklung

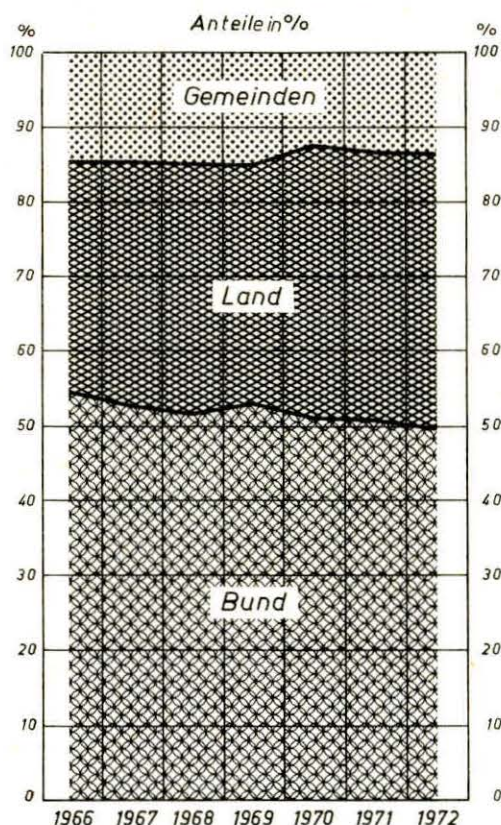
Steueraufkommen nach Steuerarten und seine Verteilung auf die Gebietskörperschaften 1968 - 1972

Steuerart ¹⁾ Steuerverteilung	1968	1969	1970	1971	1972	1969	1970	1971	1972
	1 000 DM					Veränderung zum Vorjahr in %			
Steueraufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftssteuern	3 370 370	4 161 789	4 733 681	5 455 110	6 302 776	23,5	13,7	15,2	15,5
Steuern vom Einkommen	2 146 856	2 478 715	3 050 572	3 484 372	4 092 955	15,5	23,7	14,2	17,4
Lohnsteuer	959 370	1 154 135	1 726 909	2 154 204	2 493 486	20,3	49,5	24,7	15,7
Veranlagte Einkommensteuer	751 821	803 781	755 089	840 128	1 045 292	6,9	- 6,1	11,2	24,4
Kapitalertragsteuer	86 078	89 247	101 730	108 383	83 756	3,7	14,0	6,5	- 22,2
Körperschaftsteuer	349 587	431 552	466 844	381 657	470 421	23,4	8,2	- 18,2	23,3
Steuern vom Umsatz	1 223 514	1 683 074	1 683 109	1 970 738	2 209 821	37,6	0,0	17,1	12,1
Umsatzsteuer	954 190	1 309 240	1 255 856	1 493 369	1 635 059	32,6	- 4,1	18,9	9,5
Einfuhrumsatzsteuer	269 324	373 834	427 253	477 369	574 762	38,8	14,3	11,7	20,4
Bundessteuern	693 841	828 338	1 046 255	1 137 436	1 304 414	19,4	26,3	8,7	14,7
Straßengüterverkehrssteuer	-	21 659	24 310	26 502	3 223	-	12,2	9,0	- 87,8
Kapitalverkehrssteuern	11 000	27 181	15 170	17 639	11 863	147,1	- 44,2	16,3	- 32,7
Versicherungssteuer	5 252	5 787	6 090	6 853	6 082	10,2	5,2	12,5	- 11,3
Wechselsteuer	7 003	7 681	9 169	10 021	10 579	9,7	19,4	9,3	5,5
Zölle und Verbrauchssteuern									
(ohne Biersteuer)	639 950	730 890	949 994	1 032 118	1 215 118	14,2	30,0	8,6	17,7
Zölle	97 542	122 107	129 280	99 615	94 272	25,2	5,9	- 22,9	- 5,4
Tabaksteuer	77 692	79 060	95 094	99 035	100 544	1,8	20,3	4,1	1,5
Kaffeesteuer	54 605	69 655	62 346	75 408	78 419	27,6	- 10,5	20,9	4,0
Zuckersteuer	7 314	7 158	7 663	6 319	6 693	- 2,1	7,1	- 17,5	5,9
Branntweinmonopol	230 252	262 637	277 200	313 919	341 340	14,1	5,5	13,2	8,7
Schaumweinsteuer	92 646	94 652	95 837	106 393	113 463	2,2	1,3	11,0	6,6
Zündwarensteuer	559	567	911	1 000	713	1,4	60,7	9,9	- 28,7
Leuchtmittelsteuer	747	1 068	1 606	1 833	1 420	43,0	50,4	14,1	- 22,5
Mineralölsteuer	78 337	93 636	280 047	328 574	478 184	19,5	199,1	17,3	45,5
Sonstige Verbrauchssteuern	256	350	10	22	70	36,7	- 94,3	120,0	218,2
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	27 377	34 779	41 382	44 193	57 495	27,0	19,0	6,8	30,1
Sonstige Bundessteuern	3 259	361	140	110	54	- 88,9	- 61,2	- 21,4	- 50,9
Landessteuern	390 047	415 319	462 353	488 023	535 168	6,5	11,3	5,6	9,7
Vermögenssteuer	89 529	93 116	117 606	111 619	119 632	4,0	26,3	- 5,1	7,2
Erbschaftsteuer	9 172	11 498	16 146	20 658	20 107	25,4	40,4	27,9	- 2,7
Kraftfahrzeugsteuer	199 505	214 243	232 693	252 320	289 859	7,4	8,6	8,4	14,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	25 530	25 086	25 104	28 897	28 659	- 1,7	0,1	15,1	- 0,8
Feuerschutzsteuer	3 741	3 875	4 588	5 517	6 058	3,6	18,4	20,2	9,8
Biersteuer	62 570	67 501	66 375	69 009	70 852	7,9	- 1,7	4,0	2,7
Sonstige Landessteuern	-	-	- 159	3	1	-	-	-	- 66,7
Gemeindesteuern	784 657	964 257	834 412	958 012	1 127 700	22,9	- 13,5	14,8	17,7
Grundsteuer A	38 164	38 741	38 089	34 388	34 209	1,5	- 1,7	- 9,7	- 0,5
Grundsteuer B	105 879	111 283	115 869	122 975	137 505	5,1	4,1	6,1	11,8
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ²⁾	541 976	698 510	550 333	655 805	795 606	28,9	- 21,2	19,2	21,3
Lohnsummensteuer	38 565	42 521	50 654	58 644	65 556	10,3	19,1	15,8	11,8
Grunderwerbsteuer	46 581	59 230	65 250	71 273	78 614	27,2	10,2	9,2	10,3
Sonstige Gemeindesteuern	13 492	13 972	14 217	14 927	16 210	3,6	1,8	5,0	8,6
Insgesamt	5 238 915	6 369 703	7 076 701	8 038 581	9 270 058	21,6	11,1	13,6	15,3
Steuerverteilung									
Steuereinnahmen des Bundes	2 688 440	3 338 313	3 686 045	4 181 278	4 696 309	24,2	10,4	13,4	12,3
Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen	794 340	867 550	1 351 547	1 532 583	1 798 963	9,2	55,8	13,4	17,4
vom Umsatz ³⁾	1 223 514	1 683 074	1 178 175	1 379 517	1 440 174	37,6	- 30,0	17,1	4,4
Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage	-	-	110 068	131 742	152 758	-	-	19,7	16,0
Steuereinnahmen des Landes	1 765 818	2 067 133	2 658 050	2 979 273	3 458 624	17,1	28,6	12,1	16,1
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 352 516	1 611 165	1 351 548	1 532 583	1 798 763	19,1	- 16,1	13,4	17,4
vom Umsatz ³⁾	-	-	734 081	826 925	971 935	-	-	12,6	17,5
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	-	-	110 068	131 742	152 758	-	-	19,7	16,0
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	784 657	964 257	919 855	1 128 527	1 313 410	22,9	- 4,6	22,7	16,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	305 599	433 220	491 483	-	-	41,8	14,4
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital nach Abzug der Gewerbesteuerumlage	-	-	330 177	393 095	489 828	-	-	19,1	24,6

1) Gliederung der Steuern gemäß der seit 1970 gültigen Zuordnung. - 2) Nach Berücksichtigung der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse. -

3) Bis 1969 Bundessteuern.

Struktur der Steuerverteilung 1966 - 1972



63/73

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

So stiegen die Nettoumsätze (ohne Mehrwertsteuer) in Industrie und Handwerk um 9,7% bzw. 6,1%, die Bruttoumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer) im Einzelhandel erhöhten sich um 10,6%. Die Investitionssteuer, die 1968 im Zusammenhang mit dem Übergang von der Allphasen-Bruttoumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer eingeführt worden war, wurde weiter planmäßig abgebaut und minderte insoweit das Umsatzsteueraufkommen. Die dem Umsatzsteuerausgleich im Außenhandel dienende Einfuhrumsatzsteuer erbrachte ein um 20,4% höheres Aufkommen von 575 Mill. DM.

Der Anteil der Bundessteuern am Gesamtaufkommen blieb mit 14,1% gegenüber dem Vorjahr unverändert; das Aufkommen stieg um 14,7% auf 1 304 Mill. DM. Während sich die oben behandelten Steuern vom Einkommen und vom Umsatz etwa im Rahmen der Entwicklung im Bundesgebiet hielten, zeigten sich bei den dem Bund zustehenden Verkehrs- und Verbrauchsteuern mitunter überraschend starke Abweichungen. Das Verfahren des Steuerinzugs, insbesondere die Erhebung der Verbrauchsteuern beim Produzenten, und die daraus resultierende relativ geringe Zahl der Steuerschuldner bewirken, daß regionale Sondereinflüsse das Ergebnis sehr stark bestimmen. Im übrigen traten im Laufe des Jahres 1972 mehrere Tarifänderungen in Kraft, von denen die Erhöhung der Mineralöl-

steuer auf Treibstoffe, der Branntweinmonopolabgabe und der Tabaksteuer wegen des Gewichts dieser Steuern besonders bedeutsam sind; die Tarifsenkung bei der Gesellschaftsteuer und der Mineralölsteuer für schweres Heizöl fallen dagegen weniger ins Gewicht. Die Straßengüterverkehrssteuer lief Ende 1971 aus. Ergiebigste Bundessteuer blieb die Mineralölsteuer; das Aufkommen stieg um 45,5% auf 478 Mill. DM. Neben der Tarifierhöhung ist dieser Zuwachs vor allem auf die Inbetriebnahme neuer Anlagen bei zwei Raffinerien zurückzuführen, die den Bruttoumsatz an Mineralölprodukten um 68,4% steigen ließ. Trotz des Produktionsrückgangs, der möglicherweise durch die Tarifierhöhung mit verursacht wurde, stieg das Aufkommen aus der Branntweinabgabe um 8,7% auf 341 Mill. DM. Die Schaumweinsteuer besitzt standortbedingt in Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung: Die Einnahmen erreichten 113 Mill. DM und damit einen Anteil von 38,5% am Aufkommen im Bundesgebiet. Weitere wichtige Einnahmequellen sind die Tabaksteuer, die 101 Mill. DM erbrachte, die Zölle (94 Mill. DM), die Kaffeesteuer (78 Mill. DM) und die Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer (57 Mill. DM). Die Ergänzungsabgabe erzielte mit + 30,1% die höchste Steigerungsrate unter den einkommensabhängigen Steuern, da bei wachsenden Einkommen immer mehr Arbeitnehmer die Freigrenze von 16 020 bzw. 32 040 DM überschreiten, so daß sich der Kreis der Steuerpflichtigen ständig erweitert. Die übrigen Bundessteuern spielen vom fiskalischen Standpunkt her nur eine untergeordnete Rolle.

Der Anteil der Landessteuern am Gesamtaufkommen ging von 6,1% auf 5,8% zurück, da das Aufkommen nur um 9,7% auf 535 Mill. DM zunahm. Weitaus ertragsstärkste Landessteuer blieb die Kraftfahrzeugsteuer mit einem Aufkommen von 290 Mill. DM. Der Anstieg um 14,9% erklärt sich aus der Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes, dem Trend zu höheren Hubraumklassen und der Erhöhung der Tarifsätze für Nutzfahrzeuge ab 1. April 1972. Die Vermögensteuer verzeichnete mit dem Abschluß der Veranlagungsarbeiten aus der Hauptveranlagung auf den 1. Januar 1969 eine leichte Steigerung um 7,2% auf 120 Mill. DM. Die Biersteuer, die als einzige Verbrauchsteuer den Ländern zusteht, erreichte ein Aufkommen von 71 Mill. DM; da der Bierausstoß nahezu stagnierte, betrug die Zuwachsrate nur 2,7%. Die übrigen Landessteuern sind als Einnahmequelle weniger bedeutsam.

Das Aufkommen aus den Gemeindesteuern stieg um 17,7% auf 1 128 Mill. DM. Zu dieser günstigen Entwicklung trug vor allem die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital bei, deren Aufkommen sich um 21,3% auf 796 Mill. DM erhöhte. Darin kommt zunächst die 1972 einsetzende Konjunkturbelebung zum Ausdruck; die Gewerbesteuer gilt als besonders konjunkturrempfindlich. Hinzu kommt, daß die Gewerbesteuerhebesätze vielfach angehoben wurden; dies weniger infolge einer akuten finanziellen Notlage als vielmehr auf Grund der Regelung des kommunalen Finanzausgleichs, wonach den Gemeinden, die nicht mindestens 75% des Landesnormalsatzes erheben, die Schlüsselzuweisungen

zu kürzen sind. Diese Regelung löste auch bei der Grundsteuer einen Anstieg der Hebesätze aus. Das Aufkommen aus der Grundsteuer B auf Wohn- und Geschäftsgrundstücke nahm um 11,8% auf 138 Mill. DM zu. Dagegen setzte sich die seit 1970 rückläufige Entwicklung bei der Grundsteuer A auf land- und forstwirtschaftliches Vermögen entsprechend dem anhaltenden Schrumpfungsprozeß in der Landwirtschaft fort; 1972 sank das Aufkommen um 0,5% auf 34,2 Mill. DM. Die in Rheinland-Pfalz ausschließlich den kreisfreien Städten und Landkreisen zustehende Grunderwerbsteuer erbrachte mit 79 Mill. DM um 10,3% höhere Einnahmen. Das Aufkommen aus der Lohnsummensteuer schließlich stieg, bei im wesentlichen unveränderten Hebesätzen, im Zuge der allgemeinen Einkommensentwicklung um 11,8% auf 66 Mill. DM.

9,5 Mrd. DM Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Die Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz beliefen sich auf 9 468 Mill. DM. Die Abweichung vom Steueraufkommen geht vor allem auf die Regelung des horizontalen Länderfinanzausgleichs zurück, wodurch dem Land Rheinland-Pfalz Ergänzungszuweisungen aus den Steuern vom Umsatz in Höhe von 198 Mill. DM zufließen. Im einzelnen betrugen die Einnahmen des Bundes 4 696 Mill. DM oder 49,6% der Gesamteinnahmen, die Einnahmen des Landes 3 459 Mill. DM (36,5%) und die Einnahmen der Gemeinden 1 313 Mill. DM (13,9%). Auf Grund der unterschiedlichen Zuwachsraten ergab sich eine leichte Strukturverschiebung gegenüber dem Vorjahr: Der Bundesanteil ging weiter zurück, dagegen stiegen sowohl der Landes- als auch der Gemeindeanteil an. Abgesehen von

der günstigen Entwicklung der Steuern vom Einkommen, die auf Grund ihres größeren Gewichts die Steuereinnahmen des Landes stärker beeinflussen als die des Bundes, wirkte sich hier die Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs aus, die den Länderanteil an den Steuern vom Umsatz von 30% auf 35% erhöhte. Wäre der bisherige Verteilungsmodus beibehalten worden, so hätte der Bundesanteil an den Gesamteinnahmen 50,8% erreicht, dagegen wäre der Landesanteil auf 35,4% zurückgegangen.

Stärkste Einnahmequelle der Gemeinden blieb auch 1972 der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer mit 491 Mill. DM. Die den Gemeinden nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleibende Nettoeinnahme aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erreichte mit 490 Mill. DM nahezu den gleichen Betrag.

Eine Analyse der Auswirkungen der Gemeindefinanzreform von 1969 zeigt folgendes Bild: Die Neuordnung brachte den Gemeinden 1971 Mehreinnahmen von 171 Mill. DM, ihr Anteil an den Gesamteinnahmen wurde dadurch von 11,6% auf 13,6% verbessert. 1972 betrugen die Mehreinnahmen 186 Mill. DM, der Gemeindeanteil erreichte 13,9% gegenüber 11,9% nach der früheren Regelung. Während dieser Vergleich eine relativ bessere Ausstattung der Gemeinden mit eigenen Finanzmitteln erkennen läßt, zeigt ein Blick auf frühere Jahre, daß die Gemeindefinanzreform die Verschlechterung der kommunalen Finanzlage bisher nicht völlig kompensieren konnte: In den Jahren 1966 bis 1969 entfielen rund 15% der gesamten Steuereinnahmen auf die Gemeinden.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Bauhauptgewerbe 1972

Entsprechend der Konzeption der Statistik im Bauhauptgewerbe wird als baugewerbliche Tätigkeit die unmittelbar auf Baustellen einschließlich ihrer Verwaltungsbüros erbrachte Leistung erfaßt, wogegen das gesamte Ausbaugewerbe, die Eigenbautätigkeit der Industrie und der übrigen Wirtschaftsbereiche sowie Teile des Fertigbaues in den Ergebnissen der laufenden Bauberichterstattung nicht enthalten sind. Da insbesondere dem Fertig-, Teilfertigbau und Ausbaugewerbe im Rahmen des modernen Baugeschehens eine ständig wachsende Bedeutung zukommt, ist im Zuge der langfristigen Bestrebungen nach Vereinheitlichung und Zusammenfassung aller Statistiken des produzierenden Gewerbes beabsichtigt, auch diesen Gesichtspunkten künftig Rechnung zu tragen. Indessen bietet die Beibehaltung der seitherigen Erfassungsmethodik im Berichtsjahr 1972 wiederum die Möglichkeit exakter Zeitvergleiche.

Gemäßigte Wachstumstendenz

Gegenüber dem Vorjahr war im Jahre 1972 die Entwicklung der wichtigsten Eckwerte des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes recht unterschiedlich, wobei der Beschäftigtenstand um 0,2%, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 0,7%, die Lohn- und Gehaltssumme um 14,4% sowie der Umsatz um 2,0% zunahm. Dem im Vergleich zu

den vorangegangenen Jahren geringeren Anstieg der Arbeitsleistung (1970 + 1,7%; 1971 + 3,0%) steht ein stärkerer Zuwachs an effektiven Bauleistungen gegenüber, welcher sich - gemessen am Produktionsindex - für das Bauhauptgewerbe auf + 5,7% (Hochbau + 1,7%; Tiefbau + 10,5%) belief, der allerdings ebenfalls geringer ausfiel als 1970 und 1971. Dies läßt einen weiteren Produktivitätsfortschritt erkennen. Der für die Industrie ermittelte Produktionszuwachs von + 10,1% wurde nicht erreicht. Die hohe Wachstumsquote für die Lohn- und Gehaltssumme (+ 14,4%) spiegelt die Auswirkungen der auch im Jahre 1972 wiederum beträchtlich ins Gewicht fallenden Steigerungen der Arbeitsentgelte in allen Bereichen der Bauwirtschaft wider. So expandierten während des Berichtsjahres im Hoch- und Tiefbau die Bruttomonatsverdienste der Angestellten um 10,6% auf 1 888 DM und die Bruttostundenverdienste der Arbeiter um 9,6% auf 7,43 DM. Demgegenüber belief sich der Preiszuwachs auf der Basis des Preisindex für Bauwerke auf + 7,1%, während hier in den Jahren 1970 und 1971 merklich höhere Sätze (+ 15,9 bzw. + 10,4%) festzustellen waren. Auf Bundesebene errechnen

sich vergleichsweise folgende Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr: Beschäftigtenstand — 0,7%, Zahl der geleisteten Arbeitsstunden — 1,2%, Lohn- und Gehaltssumme + 11,0%, Umsatz + 10,5%.

Die Betrachtung des Entwicklungsverlaufs im Bauhauptgewerbe in den einzelnen Monaten oder Jahresabschnitten macht vornehmlich infolge der unterschiedlichen saisonalen und konjunkturellen Einflüsse wiederum recht spürbare Differenzierungen deutlich. Während für die ersten drei Quartale 1972 im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten - mit Ausnahme von Januar (— 2,8%) - keine größeren Veränderungen des Beschäftigtenstands zu verzeichnen waren, wurden im letzten Quartal jeweils spürbare Steigerungen festgestellt, welche sich im Oktober, November und Dezember auf + 0,6 sowie + 1,2 und + 2,1% beliefen. Bei Arbeitsleistung und Verdiensten waren indessen die stärksten Wachstumsquoten für die Monate des ersten Vierteljahres ersichtlich, wobei weiterhin noch in den Monaten Oktober und November über-

durchschnittliche Expansionen errechnet wurden (Geleistete Arbeitsstunden je + 3,2%; Lohn- und Gehaltssumme + 15,4 bzw. + 17,0%). Während beim Umsatz in den fünf Monaten Januar (— 19,1%), Februar (— 4,8%), Oktober (— 22,6%), November (— 16,9%) und Dezember (— 8,9%) teils beträchtliche Rückgänge zu verbuchen waren, ergaben sich die höchsten Steigerungsraten für März, Mai und September mit + 27,8 sowie + 24,8 und + 22,2%. In jahreszeitlicher Sicht lassen hier insbesondere die Entwicklungsraten für die Arbeitsleistung im ersten Jahresviertel auf vergleichsweise milde Witterungsbedingungen während dieser Periode schließen (Januar + 18,2; Februar + 4,9; März + 28,8%).

Aus den Ergebnissen der Auftragsstatistik kann eine relativ günstige Entwicklung des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes im Jahre 1972 abgeleitet werden. Zum Jahresanfang 1973 erreichte der Bestand an Aufträgen für noch nicht fertiggestellte Bauwerke der Betriebe mit 20 und mehr tätigen

Beschäftigung und Umsatz 1970 - 1972

Berichtsmerkmal	Insgesamt			Anteil			Ø Veränd. 1967 - 1972	Veränderung zum Vorjahr		
	1970	1971	1972	1970	1971	1972		1970	1971	1972
	Anzahl / 1 000 Arbeitsstunden / 1 000 DM			%						
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)										
Tätige Inhaber	5 014	4 967	4 898	5,6	5,6	5,5	- 1,0	- 2,9	- 0,9	- 1,4
Kaufmänn. und techn. Angestellte	7 144	7 406	7 736	8,0	8,3	8,7	4,9	3,5	3,7	4,5
Facharbeiter, Poliere und Meister	48 493	48 428	48 787	54,3	54,2	54,5	0,9	- 2,1	- 0,1	0,7
Fachwerker und Werker	26 582	26 438	26 017	29,7	29,6	29,1	0,1	- 1,9	- 0,5	- 1,6
Gewerbliche Lehrlinge	2 165	2 037	1 985	2,4	2,3	2,2	- 5,5	4,9	- 5,9	- 2,6
Insgesamt	89 398	89 276	89 423	100,0	100,0	100,0	0,6	- 1,5	- 0,1	0,2
Geleistete Arbeitsstunden										
Privater Bau	85 361	90 133	94 644	55,3	56,6	59,1	1,0	2,2	5,6	5,0
Wohnungsbau	55 477	58 878	62 817	35,9	37,0	39,2	- 0,5	- 3,3	6,1	6,7
Landwirtschaftlicher Bau	1 972	1 714	1 458	1,3	1,1	0,9	- 12,0	- 29,5	- 13,1	- 14,9
Gewerblicher Bau	27 912	29 541	30 369	18,1	18,5	19,0	7,7	19,3	5,8	2,8
Hochbau	.	.	25 306	.	.	15,8
Tiefbau	.	.	5 063	.	.	3,2
Öffentlicher und Verkehrsbau	69 098	68 954	65 531	44,7	43,4	40,9	0,9	1,2	- 0,2	- 5,0
Hochbau	15 736	17 124	16 150	10,2	10,8	10,1	- 1,2	- 3,8	8,8	- 5,7
Tiefbau	53 362	51 830	49 381	34,5	32,6	30,8	1,8	2,8	- 2,9	- 4,7
Straßenbau	26 163	24 088	22 909	16,9	15,1	14,3	1,3	3,2	- 7,9	- 4,9
Sonstiger Tiefbau	27 199	27 742	26 472	17,6	17,5	16,5	2,1	2,5	2,0	- 4,6
Insgesamt	154 459	159 087	160 175	100,0	100,0	100,0	1,0	1,7	3,0	0,7
Lohn- und Gehaltssumme										
Lohnsumme	1 076 107	1 240 001	1 416 165	90,1	90,1	90,0	16,9	19,3	15,2	14,2
Gehaltssumme	118 252	136 361	157 811	9,9	9,9	10,0	18,8	17,6	15,3	15,7
Insgesamt	1 194 359	1 376 362	1 573 976	100,0	100,0	100,0	17,1	19,1	15,2	14,4
Umsatz ¹⁾										
Privater Bau	1 551 821	2 007 886	2 037 078	50,5	51,4	51,2	11,0	16,3	29,4	1,5
Wohnungsbau	832 736	1 144 473	1 216 866	27,1	29,3	30,6	7,9	- 2,0	37,4	6,3
Landwirtschaftlicher Bau	52 196	55 888	42 032	1,7	1,4	1,1	- 4,8	5,8	9,2	- 24,8
Gewerblicher Bau	666 889	807 525	778 180	21,7	20,7	19,5	20,1	53,4	21,1	- 3,6
Hochbau	.	.	646 390	.	.	16,2
Tiefbau	.	.	131 790	.	.	3,3
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 519 959	1 897 299	1 945 394	49,5	48,6	48,8	7,9	16,4	24,8	2,5
Hochbau	308 370	417 274	488 175	10,0	10,7	12,2	9,5	28,2	35,3	17,0
Tiefbau	1 211 589	1 480 025	1 457 219	39,5	37,9	36,6	7,4	13,8	22,2	- 1,5
Straßenbau	641 178	734 359	725 467	20,9	18,8	18,2	8,9	14,3	14,5	- 1,2
Sonstiger Tiefbau	570 411	745 666	731 752	18,6	19,1	18,4	6,0	13,2	30,7	- 1,9
Insgesamt	3 071 780	3 905 185	3 982 472	100,0	100,0	100,0	9,4	16,4	27,1	2,0

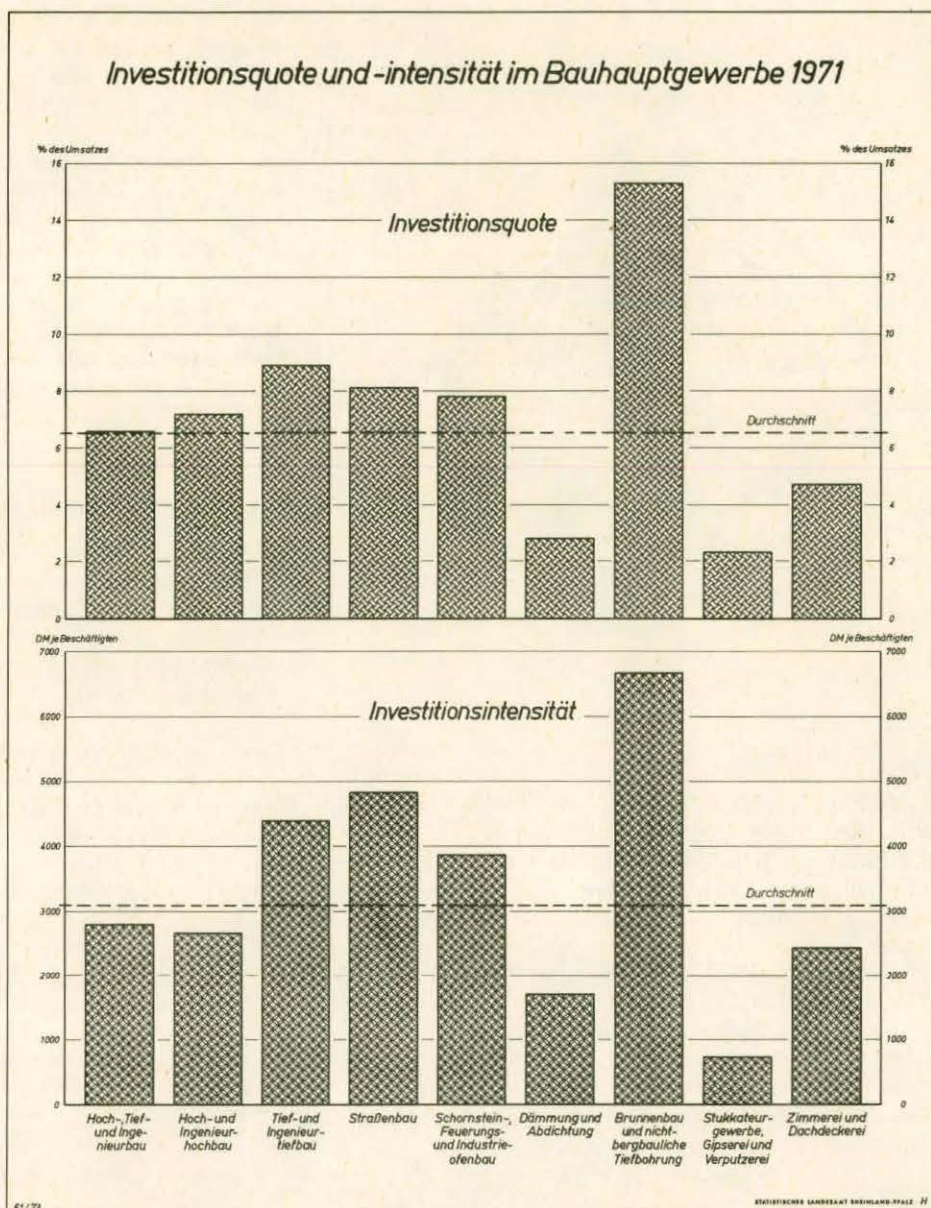
1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer.

Personen eine Höhe von 1 385 Mill. DM, womit der Stand von Ende September 1972 leicht (+ 0,9%) und derjenige von Ende Dezember 1971 beträchtlich (+ 42,8%) überschritten wurde. Hieraus resultierte für die Zeit vom Jahresbeginn 1973 an ein Auftragsvolumen für die Sicherstellung einer kontinuierlichen Produktion von etwa 5,5 Monaten, wobei die Aufgliederung nach den beiden Bereichen des Hoch- und Tiefbaues (5,6 bzw. 5,4 Monate) im Gegensatz zu den Jahren vor 1971 nur geringe Abweichungen vom Mittelwert zeigt. Für 1971 hatten sich Kapazitätsauslastungen von 4,0 Monaten beim gesamten Bauhauptgewerbe sowie von 3,9 bzw. 4,2 Monaten beim Hoch- und Tiefbau errechnet.

Leichter Anstieg von Beschäftigten und Arbeitsleistung

Während sich die seit 1965 im Bauhauptgewerbe festzustellende langfristige Tendenz einer spürbaren Rückläufigkeit der Beschäftigtenzahl in den beiden Vorjahren (1970: — 1,5%; 1971: — 0,1%) fortsetzte, konnte für 1972 wieder ein leichter Anstieg, und zwar um 0,2% auf 89 420 Personen im Monatsdurchschnitt, verbucht werden. Damit wurde allerdings das Ergebnis der Jahre 1968 und 1969 mit 89 930 bzw. 90 744 Arbeitskräften nicht mehr erreicht; der bisherige Höchststand von monatsdurchschnittlich 100 200 Personen im Jahre 1964 lag sogar um mehr als 12% darüber. Bezogen auf den unteren Extremwert, das heißt den Stand des Jahres 1967 mit 86 730, hob sich das Ergebnis von 1972 mit einem Mehr von 2 690 Personen bzw. + 3,1% eindeutig nach oben ab.

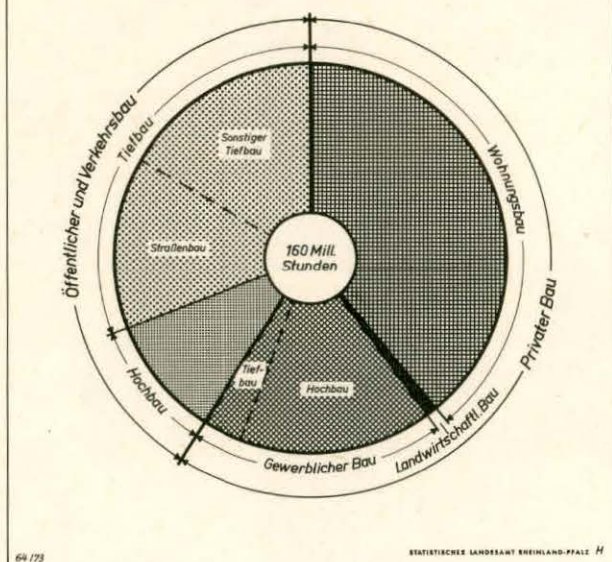
Infolge der ständigen technischen und organisatorischen Verbesserungen sowie der Notwendigkeit einer optimalen Ausschöpfung aller auf dem Bausektor vorhandener Rationalisierungsreserven hat sich schon seit geraumer Zeit der Bedarf an qualifizierten Fachkräften und an Führungspersonal ständig erhöht, wogegen die Einsatzmöglichkeiten für ungelernte Arbeiter durch eine mitunter starke Rückläufigkeit gekennzeichnet sind. Dieser für das gesamte Erwerbsleben charak-



teristische langfristige Umschichtungsprozeß in der Beschäftigtenstruktur findet auch in den Ergebnissen der heimischen Baustatistik seinen Niederschlag. Ähnlich wie in den Vorjahren konnte auch 1972 für die Gruppe der Angestellten einschließlich der tätigen Inhaber eine sichtliche Wachstumstendenz (+ 260 Personen bzw. + 2,1%) und für die Kategorie der Arbeiter zuzüglich der sich in Fachausbildung befindlichen Personen eine entsprechende Einbuße (— 110 Personen bzw. — 0,1%) ermittelt werden. Die für die Sicherstellung des künftigen Bedarfs an gelernten Kräften entscheidende Zahl der gewerblichen Lehrlinge hat sich um 2,6% vermindert, was insofern bedenklich ist, als diese bereits im Vorjahr um 5,9% rückläufig war (1970: + 4,9%).

Die Arbeitsleistung stieg 1972 im Vergleich zum Vorjahr um + 0,7% auf 160,2 Mill. Stunden, womit, gemessen an den fünf vorangehenden Jahren, ein neuer Höchststand erzielt wurde. Dennoch konnten damit die Resultate der Jahre von 1964

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe nach Bauarten 1972



bis 1966 mit 176,7 sowie 167,9 und 168,8 Mill. Stunden nicht mehr erreicht werden. Was die Entwicklung der Arbeitsleistung im Laufe des letzten Jahrzehnts anlangt, ergaben sich die stärksten Expansionsraten für 1962, 1964 und 1971 mit + 7,2 sowie + 10,5 und + 3,0%, wogegen die ausgeprägtesten Minderungen für die Jahre 1965 und 1967 (— 5,0 bzw. — 9,5%) ersichtlich sind. Für das Berichtsjahr ergeben sich, nach den beiden Hauptkategorien des privaten sowie des öffentlichen und Verkehrsbaues differenziert, außerordentlich unterschiedliche Veränderungsraten von + 5,0 bzw.

— 5,0%, wobei das Wachstum auf dem ersteren Sektor maßgeblich durch den Wohnungsbau (+ 6,7%) getragen wurde, während der landwirtschaftliche Bau ähnlich wie in den Vorjahren wiederum stark rückläufig war (— 14,9%). Demgegenüber verteilte sich die im Bereich des öffentlichen und Verkehrsbaues festgestellte beträchtliche Minderung gleichmäßig auf die einzelnen Unterpositionen, was insbesondere durch die Zurückstellung öffentlicher Aufträge bedingt ist. Infolge dieser auch schon im Vorjahr erkennbaren Entwicklungstendenz hat sich von 1970 bis 1972 der Anteil des privaten Baues an den im gesamten Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden von 55,3 auf 59,1% erhöht, während der des öffentlichen und Verkehrsbaues von 44,7 auf 40,9% sank.

Geringe Umsatzsteigerung

Mit einer Lohn- und Gehaltssumme von nahezu 1,6 Mrd. DM sowie einem Umsatz von fast 4,0 Mrd. DM wurden 1972 in beiden Fällen noch nicht dagewesene Rekordbeträge erzielt, wobei allerdings die in bezug zum Vorjahr errechneten sehr unterschiedlichen Wachstumsquoten von + 14,4 bzw. + 2,0% (1970: + 19,1 bzw. + 16,4%; 1971: + 15,2 bzw. + 27,1%) zu einem außerordentlich hohen Anteil der Personalkosten am Umsatz (39,6%) führten, nachdem dieser im Vorjahr auf 35,2% gesunken war (1970: 38,9%). Obwohl die Löhne und Gehälter infolge der vergleichsweise lohnintensiven Arbeitsweise im Bauhauptgewerbe auch bisher schon mehr als ein Drittel des Umsatzes ausmachten, erscheint nunmehr ein Anteilsatz von nahezu 40% im Berichtsjahr (Industrie 21,0%) außerordentlich hoch (Bundesgebiet 37,9%).

Da sich die trotz eines wesentlich höheren Expansionsgrades des Lohn- und Preisniveaus nur relativ geringe Umsatzsteigerung des Jahres 1972

Unternehmen, Beschäftigte, Bruttoproduktionswert und Anlageinvestitionen nach Wirtschaftszweigen 1971
(Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Unternehmen am 30. 9.		Beschäftigte am 30. 9.		Bruttoproduktionswert ¹⁾			Anlageinvestitionen ²⁾			
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1970	ins- gesamt	Verän- derung zu 1970	ins- gesamt	Verän- derung zu 1970	je Be- schäf- tigten	ins- gesamt	Verän- derung zu 1970	je Be- schäf- tigten	gemessen am Brutto- produk- tionswert
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	DM	1 000 DM	%	DM	%
Hoch- und Tiefbau	920	1,2	54 459	- 0,5	2 470 778	19,4	45 370	184 879	3,6	3 395	7,5
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	253	2,0	17 552	- 0,4	747 397	16,5	42 582	49 004	- 7,3	2 792	6,6
Hoch- und Ingenieurhochbau	410	- 0,7	18 378	1,0	679 967	23,1	36 999	48 860	35,1	2 659	7,2
Tief- und Ingenieurhochbau	102	1,0	6 001	- 2,7	298 948	22,7	49 816	26 476	- 13,7	4 412	8,9
Straßenbau	155	5,4	12 528	- 1,6	744 466	17,7	59 424	60 539	3,1	4 832	8,1
Spezialbau	22	10,0	10 506	- 3,6	624 722	14,3	59 463	20 732	- 19,2	1 973	3,3
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau (einschl. Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe)	4	-	141	- 11,3	7 051	- 8,6	50 007	547	- 26,6	3 879	7,8
Dämmung und Abdichtung	15	7,1	9 868	- 3,5	595 986	14,3	60 396	16 870	- 27,3	1 710	2,8
Brunnenbau und nichtbergbau-liche Tiefbohrung	3	50,0	497	- 2,7	21 685	23,7	43 632	3 315	96,4	6 670	15,3
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	46	7,0	1 320	0,9	41 765	9,5	31 640	967	- 62,3	733	2,3
Zimmerei und Dachdeckerei	43	4,9	1 421	6,0	73 753	16,5	51 902	3 452	24,6	2 429	4,7
Zimmerei und Ingenieurholzbau	20	- 4,8	746	- 1,3	39 353	5,8	52 752	2 186	22,6	2 930	5,0
Dachdeckerei	23	15,0	675	15,6	34 400	31,9	50 963	1 266	28,3	1 876	3,7
Insgesamt	1 031	1,8	67 706	- 0,8	3 211 018	18,1	47 426	210 030	0,3	3 102	6,5

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 2) Einschl. Investitionssteuer.

um + 2,0% (Bundesgebiet + 10,5%) auffallend von den Vergleichsrelationen der vorangegangenen Jahre abhebt (1969 + 45,9%; 1970 + 16,4%; 1971 + 27,1%), unterscheiden sich die je tätiger Person und je geleisteter Arbeitsstunde errechneten Umsatzwerte von 44 535 bzw. 24,90 DM nur sehr unbedeutend von den entsprechenden Resultaten des Jahres 1971, welche mit 43 743 bzw. 24,54 DM errechnet wurden (1970: 34 361 bzw. 19,89 DM). Nach den einzelnen Bauarten betrachtet, ließen sich 1972 Umsatzsteigerungen von + 1,5% im privaten Bau sowie von + 2,5% im öffentlichen und Verkehrsbau ermitteln, wobei erstere maßgeblich durch den Wohnungsbau (+ 6,3%) und letztere durch den öffentlichen Hochbau (+ 17,0%) getragen wurde.

Ein zeitlicher Umsatzvergleich wird durch die mit der Einführung des neuen Umsatzsteuersystems am 1. Januar 1968 bewirkte Wandlung des Umsatzbegriffes beeinträchtigt, da seither anstatt der vereinnahmten (Geldeingänge) die vereinbarten Beträge der Umsatzermittlung zugrunde zu legen sind. Infolge der vielfach erst lange nach der Fertigstellung eines Bauwerkes getätigten endgültigen Abrechnung entsprachen die Umsatzbeträge nicht den innerhalb dieser Periode erzielten Bauleistungen. Da die Umsatzentwicklung nur beschränkt als Leistungskriterium herangezogen werden kann, stellt die Veränderung des Produktionsindex einen wesentlich geeigneteren Beurteilungsmaßstab dar. Unter Zugrundelegung dieser Meßziffernreihe werden für die Jahre 1970, 1971 und 1972 annähernd gleichmäßige Produktionsfortschritte um + 6,2 sowie + 6,1 und + 5,7% ersichtlich, welche jedoch die entsprechenden Relationen des gesamten produzierenden Gewerbes, das heißt der Industrie einschließlich des Bauhauptgewerbes und der Energiewirtschaft, mitunter spürbar unterschreiten.

Weiterhin starker Technisierungstrend

Die Ende September 1971 in Rheinland-Pfalz ansässigen 1 031 Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten und vollem Geschäftsjahr erzielten mit ihren 67 710 Arbeitskräften einen Bruttoproduktionswert von 3 211 Mill. DM, welcher im Vergleich zu 1970 um 18,1% expandierte (Beschäftigte — 0,8%). Die Bruttoanlageinvestitionen von 210 Mill. DM wichen nur geringfügig von denen des Vorjahres ab (+ 0,3%), wobei in der Untergliederung nach Branchen allerdings mitunter beträchtliche Differenzierungen zu verzeichnen waren. Als Investitionsquote, welche dem Anteil der Investitionen am Bruttoproduktionswert entspricht, ergab sich eine Relation von 6,5% (1970: 7,7%), während die Investitionsintensität, das heißt der je tätiger Person errechnete Investitionswert 3 100 DM betrug (1970: 3 070 DM). Die Höhe der Investitionsintensität gibt einen gewissen Aufschluß über die Kapitalintensität innerhalb der einzelnen Sektoren. Im Bezugsjahr lagen die Zweige des Brunnenbaues und der nichtberg-

Bestand an wichtigen Baugeräten im Juni 1971 und 1972

Geräteart	1971	1972	Veränderung
	Anzahl		%
Betonmischer	11 306	11 340	0,3
unter 250 l	9 283	9 280	- 0
250 l und mehr } Trommel-	2 023	2 060	1,8
Fahrmischer (Transportbetonmischer, Agitatoren)	291	328	12,7
Verputzmaschinen	1 095	1 223	11,7
Turmdrehkrane	2 646	2 915	10,2
unter 16 mt	1 444	1 488	3,0
16 mt und mehr	1 202	1 427	18,7
Bauaufzüge	3 153	3 150	- 0,1
Förderbänder	1 334	1 354	1,5
Stahlrohr- und Stahlprofilgerüste ¹⁾	4 374	5 134	17,4
Kompressoren	2 903	3 117	7,4
Bagger	2 773	2 951	6,4
unter 0,5 cbm	1 562	1 633	4,5
0,5 cbm und mehr } Löffel-	1 211	1 318	8,8
Lastkraftwagen	7 070	7 585	7,3
unter 5 t	3 705	4 023	8,6
5 t und mehr } Nutzlast	3 365	3 562	5,9
Autokrane und Mobilkrane	92	135	46,7
Zugmaschinen, Traktoren	313	355	13,4
Planiermaschinen	1 386	1 359	- 1,9
Schürfwagen	49	51	4,1
Erdböbel (Grader)	266	290	9,0
Lader	1 304	1 375	5,4
Schütter (Vorderkipper, Dumper)	627	684	9,1
Straßenbaumaschinen			
für Betonstraßen			
Fertiger und Verteiler	82	83	1,2
für Schwarzdecken			
Fertiger	332	339	2,1
Mischanlagen	72	69	- 4,2
Bitumen-, Teer-, Gußasphaltkocher	315	338	7,3
Straßenwalzen (Glattwalzen)	1 672	1 813	8,4
unter 8 t	1 034	1 148	11,0
8 t und mehr } Konstruktions-	638	665	4,2
Verdichtungsmaschinen für Böden			
und Beton	1 851	2 129	15,0
Gummiradwalzen	92	103	12,0
Bodenstabilisierungsmaschinen	21	32	52,4
Rammgeräte (Gestell und Bär; ohne Handrammen)	525	449	- 14,5

1) Gewicht in t.

baulichen Tiefbohrung, der Straßenbau sowie der Tief- und Ingenieurtiefbau mit Sätzen von 6 670 sowie 4 830 und 4 410 DM in Führung, wogegen die stark lohnintensiven Bereiche des Stukkateurgewerbes mit Gipserei und Verputzerei, der Dämmung und Abdichtung sowie der Dachdeckerei mit 730 sowie 1 710 und 1 880 DM je Beschäftigten am unteren Ende der Skala rangierten.

Die Bestandsveränderung an wichtigen Baugeräten bestätigt im Vergleich zu den Vorjahren die Tatsache, daß sich der Trend zu immer stärkerer Mechanisierung bzw. zu kapitalintensiveren Arbeitstechniken auch im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe weiter fortsetzte. So konnten von Juni 1971 bis Juni 1972 besonders starke Ausweitungen des Bestands an Lastkraftwagen um 515, an Verdichtungsmaschinen für Böden und Beton um 278, an Turmdrehkranen um 269, an Kompressoren um 214, an Baggern um 178, an Straßenwalzen um 141 sowie an Verputzmaschinen um 128 Einheiten verbucht werden. Demgegenüber blieb der Bestand an Bauaufzügen, Betonmischern, Förderbändern und Planiermaschinen in dieser Periode weitgehend unverändert, während lediglich für Rammgeräte eine nennenswerte Einbuße um 76 auf 449 Einheiten zu registrieren war.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1972

Die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau erfaßt alle Aufträge der öffentlichen Hand ab 25 000 DM, Gemeinden werden ab 5 000 Einwohnern in die Erhebung einbezogen, private Tiefbauaufträge bleiben grundsätzlich unberücksichtigt. Als Bauherr ist der Auftraggeber ausgewiesen, der aber nicht mit dem Geldgeber identisch sein muß. Daher sind beispielsweise die Zuschüsse des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände in deren Zahlen enthalten, so daß die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel in Wirklichkeit höher sind als hier dargestellt.

Auftragsvergaben und konjunkturelle Entwicklung

Ein bisher in Rheinland-Pfalz noch nie erreichtes Ergebnis wiesen die Auftragsvergaben der öffentlichen Hand im Tiefbau 1972 auf. Insgesamt wurden 1 075 Mill. DM für Baumaßnahmen bereit-

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen
1970 - 1972

Baumaßnahme	1970		1971		1972	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Straßenbauten	303 514	42,0	238 049	38,2	569 033	52,9
Straßenbrückenbauten	136 028	18,8	170 574	27,4	317 295	29,5
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	36 785	5,1	7 185	1,2	10 446	1,0
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	137 913	19,1	132 993	21,3	114 661	10,7
Sonst. Tiefbauten	108 691	15,0	73 827	11,9	63 382	5,9
Insgesamt	722 931	100,0	622 628	100,0	1 074 817	100,0

gestellt. In dieser Summe ist nicht das von den Bauherren überlassene Material im Wert von knapp 19 Mill. DM enthalten. Die im Berichtsjahr registrierten Vergaben überschritten das bisher höchste Ergebnis (1969: 921 Mill. DM) um 17% und das des Vorjahres (623 Mill. DM) sogar um 73%, während die Veränderungsrate des Bundesergebnisses sich nur auf + 23% stellte.

In entscheidendem Maße wird die Auftragsvergabe durch die gesamtwirtschaftliche Situation und die konjunkturelle Entwicklung mitbestimmt. Die Ausgabenpläne von Bund und Ländern für 1972 enthielten Eventualhaushalte und zusätzliche Investitionen, die nur im Fall eines stärkeren Konjunkturabschwungs in Angriff genommen werden sollten. Schon sehr bald aber zeigte sich, daß neben der Auslandsnachfrage und dem privaten Verbrauch auch die Investitionsgüternachfrage früher und stärker expandierte, als von den Gebietskörperschaften bei der Haushaltsplanung angenommen worden war. Dadurch erübrigten sich die vorgesehenen staatlichen Kompensationen, wie zum Beispiel der Einsatz der Eventualhaushalte.

Mehr als vier Fünftel der Gelder für Straßenverkehrsbauten

Die konjunkturpolitischen Hintergründe und die Tatsache, daß im Land der Schwerpunkt der Tief-

bautätigkeit besonders im kostenwirksamen Autobahnbau lagen, erklären die gewaltige Expansion der öffentlichen Vergaben. Das Hauptgewicht lag dabei mit bei den Arbeiten an der linksrheinischen Autobahn Krefeld-Ludwigshafen (A 14), die auf einer Länge von rund 200 Kilometern Rheinland-Pfalz durchzieht und derzeit die größte zusammenhängende Autobahnbaustelle der Bundesrepublik ist. Bis Ende 1972 wurden von dieser Strecke 86 Kilometer freigegeben, 1973 sollen weitere 18 Kilometer hinzukommen. Ende 1975 ist mit der Fertigstellung zu rechnen. Neben den Autobahnen und den vierspurigen Bundesstraßen geht der Ausbau des bestehenden Netzes der Bundesstraßen weiter. An Neubaustrecken konnten im Berichtsjahr rund 30 Kilometer dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden, bei wichtigen Landstraßen waren es etwa 21 Kilometer.

Die im Berichtsjahr von der öffentlichen Hand bereitgestellten Mittel für Straßenbauten erreichten mit einem Anteil von 53% aller Vergaben zwar 15 Prozentpunkte mehr als 1971, lagen aber dennoch um 3 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1971. Ein bisher noch nicht erreichtes Ergebnis wiesen die Straßenbrückenbauten mit nahezu 30% Beteiligung auf, eine Tatsache, die in erster Linie auf die zahlreichen Brückenbauten im Zuge der A 14 zurückzuführen ist. Zusammen wurden damit für Straßenverkehrsbauten von den insgesamt 1 075 Mill. DM der erhebliche Betrag von 886 Mill. DM zur Verfügung gestellt, das heißt gut vier Fünftel aller von der öffentlichen Hand für Tiefbaumaßnahmen bewilligten Gelder flossen Objekten des Straßenverkehrs zu; 1971 waren es zwei Drittel. Dementsprechend mußten auf die übrigen Baukategorien verhältnismäßig geringe Anteile entfallen. Wasserwirtschaftliche Tiefbauten kamen auf knapp 11% und Sonstige Tiefbauten waren mit 6% vertreten. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich hier Rückgänge um 10 bzw. 6 Prozentpunkte. Auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen entfiel abermals ein Anteil von 1%.

Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich an der Spitze

Mehr als zwei Drittel aller im Bundesgebiet erfaßten Auftragsvergaben in Höhe von insgesamt 13 469 Mill. DM (einschließlich des vom Bauherren gestellten Materials) entfielen auf die flächenmäßig größten Länder Nordrhein-Westfalen (26%), Baden-Württemberg (17%), Niedersachsen (13%) und Bayern (12%). Nach Hessen (10%) folgt Rheinland-Pfalz (8%) auf Platz sechs der Länderskala; es konnte seinen Anteil an den Gesamtvergaben gegenüber 1971 um 2,3 Prozentpunkte steigern und weist von allen Bundesländern die größte Veränderungsrate auf. Als Maßstab für die regionale Tiefbautätigkeit bietet sich der je Einwohner ausgegebene Betrag an, der in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich war und im allgemeinen erheblich über den Vergleichswerten des Vorjahres lag. Im Bundesdurchschnitt wurden 1972 je Einwohner Aufträge in Höhe von 218 DM (1971: 179 DM) ver-

geben. Dabei entfiel das niedrigste Auftragsvolumen mit 146 DM ebenso wie 1971 (139 DM) auf Bayern und das höchste auf Rheinland-Pfalz mit 297 DM (1971: 174 DM). Diese Steigerung im Land um 71% ist jedoch nicht die größte, denn in Berlin (West) nahm der je Einwohner bezogene Anteil von 144 auf 254 DM (76%) zu. Da die hohe Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz besonders auf die verstärkte Auftragsvergabe im Straßen- und Straßenbrückenbau zurückzuführen ist, überrascht es nicht, daß das Land bei den Straßenverkehrsbauten mit 241 DM je Einwohner den Bundesdurchschnitt von 123 DM erheblich übertraf. Das Gegenteil trifft bei den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten zu; hier wurde der je Einwohner berechnete Mittelwert von 43 DM mit 32 DM nicht erreicht.

Bund weitet Anteil als größter Auftraggeber aus

Ebenso wie 1971 hat sich im Berichtsjahr an der Reihenfolge der Auftraggeber nach der Höhe der von ihnen jeweils bereitgestellten Mittel nichts geändert, wohl aber an den ihnen zugekommenen Anteilen. So flossen knapp zwei Drittel aller Gelder vom Bund (1971: 53%), der damit ebenso wie das Land (10%) seine Position ausweiten konnte (1971: 6%). Dagegen mußten die drei anderen in dieser Statistik geführten Bauherren Einbußen hinnehmen, die bei den Gemeinden mit 11 Prozentpunkten relativ hoch waren (17%). Gemeindeverbände und sonstige Bauherren brachten es auf 3 bzw. 4% (1971: 5 bzw. 7%).

Was die Verwendung der von den jeweiligen Bauherren eingesetzten Mittel anbelangt, so standen bei allen Auftraggebern - mit Ausnahme der sonstigen Bauherren - Straßenverkehrsbauten eindeutig an der Spitze. Die Notwendigkeit, ein gut ausgebautes überregionales und regionales Straßennetz zu schaffen, veranlaßte den Bund, 92% der von ihm im Land bewilligten Gelder für diese Maßnahmen einzusetzen. Das schon hohe Vorjahresergebnis (81%) wurde damit übertroffen; noch eindeutiger waren diese Ausgaben bei dem Land, das 98% des Gesamtbetrages Straßenbauten zukommen ließ (1971: 93%). Um 9 bzw. 6 Prozentpunkte weiteten die Gemeinden (55%) und Gemeindeverbände (75%) ihre Anteile aus. Die beiden letztgenannten Bauherren setzten zwei Fünftel bzw. ein Viertel ihrer Vergaben für wasserwirtschaftliche Tiefbauten ein, bei den sonstigen Bauherren waren es knapp 80%. Die Aufgliederung der vergebenen Mittel nach Bauherren und Bauobjekten belegt abermals die klare Vormachstellung des Bundes, der außer bei Straßen- und Straßenbrückenbauten (67 bzw. 82%) auch bei Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (95%) und sonstigen Tiefbauten (75%) der größte Auftraggeber war. Nahezu zwei Drittel aller wasserwirtschaftlichen Tiefbauten entfiel auf die Gemeinden.

Langfristige Aufträge überwiegen

In der amtlichen Tiefbaustatistik wird eine Unterteilung der vorgesehenen Ausführungszeiten in vier Gruppen vorgenommen. Dabei werden unterschieden Sofortaufträge mit einer Bearbeitungszeit bis zu drei Monaten (Typ A), kurzfristige Aufträge von drei bis

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Baumaßnahmen 1968 - 1972

Bauherr	1968	1969	1970	1971	1972
	1 000 DM				
Insgesamt					
Bund	424 184	566 354	378 168	332 800	702 969
Land	62 028	73 328	65 352	35 382	111 902
Gemeinden	171 358	211 356	184 769	175 460	185 665
Gemeindeverbände	47 847	46 164	46 198	32 836	35 345
Sonst. Bauherren	17 040	24 225	48 444	46 150	38 936
Insgesamt	722 457	921 427	722 931	622 628	1 074 817
Straßenbauten					
Bund	264 027	316 903	154 549	118 581	383 384
Land	56 161	60 943	48 176	23 752	99 835
Gemeinden	85 701	131 574	62 973	71 148	57 901
Gemeindeverbände	32 279	34 220	30 456	21 977	25 014
Sonst. Bauherren	7 754	6 206	7 360	2 591	2 899
Zusammen	445 922	549 846	303 514	238 049	569 033
Straßenbrückenbauten					
Bund	108 079	107 964	98 408	151 546	261 004
Land	3 618	9 490	14 159	9 154	10 025
Gemeinden	10 554	7 447	22 325	9 146	43 798
Gemeindeverbände	2 079	233	189	551	1 527
Sonst. Bauherren	121	-	947	177	941
Zusammen	124 451	125 134	136 028	170 574	317 295
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen					
Bund	8 959	15 454	35 059	5 639	9 926
Land	77	1 225	123	50	-
Gemeinden	1 208	781	1 603	1 496	520
Gemeindeverbände	-	-	-	-	-
Sonst. Bauherren	-	-	-	-	-
Zusammen	10 244	17 460	36 785	7 185	10 446
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten					
Bund	1 226	3 183	800	1 734	1 303
Land	387	1 018	1 030	670	455
Gemeinden	68 596	63 301	88 454	81 721	73 746
Gemeindeverbände	13 111	11 567	13 621	10 125	8 655
Sonst. Bauherren	7 525	14 968	34 008	38 743	30 502
Zusammen	90 845	94 037	137 913	132 993	114 661
Sonstige Tiefbauten					
Bund	41 893	122 850	89 352	55 300	47 352
Land	1 785	652	1 864	1 756	1 587
Gemeinden	5 299	8 253	9 414	11 949	9 700
Gemeindeverbände	378	144	1 932	183	149
Sonst. Bauherren	1 640	3 051	6 129	4 639	4 594
Zusammen	50 995	134 950	108 691	73 827	63 382

sechs Monaten (Typ B), mittelfristige von sechs bis zwölf Monaten (Typ C) und langfristige Objekte mit einer Fertigstellungszeit von mehr als einem Jahr (Typ D).

Die im letzten Jahresbericht getroffene Feststellung, daß sich die Ausführungszeiten der Tiefbauobjekte immer mehr dem Typ D zuneigen, gilt in noch stärkerem Maß für 1972. Nahezu die Hälfte (49%) aller Aufträge hatte eine Bearbeitungszeit von über einem Jahr (1971: 39%). Ein solch hoher Wert ist erstmals erreicht worden; er steht in engem Zusammenhang mit den bereits aufgeführten schwerpunktmäßigen Arbeiten des Straßenbaus. Allgemein verminderte sich mit abnehmender Ausführungszeit der Anteil der jeweiligen Gruppe. Im einzelnen kamen 22% (1971: 18%) auf Typ C, 17% (22%) auf Typ B und knapp 13% (20%) auf Typ A. In der Aufgliederung nach Bauherren überwiegen bei Bund (64%) und Gemeinden (30%) die langfristigen Aufträge, während das Land überwiegend solche von sechs bis zwölf Monaten Dauer

Baumaßnahme	Insgesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit				Vom Bauherren gestelltes Material
		bis 3 Monate	über 3 - 6 Monate	über 6 - 12 Monate	über 12 Monate	
	1 000 DM					
Insgesamt						
Straßenbauten	569 033	83 046	106 991	128 120	250 876	605
Straßenbrückenbauten	317 295	4 810	16 296	50 147	246 042	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	10 446	1 573	2 054	913	5 906	19
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	114 661	20 494	38 387	42 146	13 634	4 524
Sonstige Tiefbauten	63 382	25 397	19 174	14 017	4 794	13 574
Insgesamt	1 074 817	135 320	182 902	235 343	521 252	18 722
Bund						
Straßenbauten	383 384	34 351	41 866	72 348	234 819	-
Straßenbrückenbauten	261 004	2 645	10 259	43 192	204 908	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	9 926	1 053	2 054	913	5 906	19
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	1 303	613	690	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	47 352	19 189	13 897	13 172	1 094	13 213
Zusammen	702 969	57 851	68 766	129 625	446 727	13 232
Land						
Straßenbauten	99 835	18 765	29 879	39 562	11 629	-
Straßenbrückenbauten	10 025	964	3 831	4 982	248	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	455	271	184	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	1 587	695	892	-	-	-
Zusammen	111 902	20 695	34 786	44 544	11 877	-
Gemeinden						
Straßenbauten	57 901	23 000	20 018	10 455	4 428	550
Straßenbrückenbauten	43 798	777	1 294	841	40 886	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	520	520	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	73 746	14 752	21 871	29 042	8 081	4 142
Sonstige Tiefbauten	9 700	3 895	2 160	845	2 800	361
Zusammen	185 665	42 944	45 343	41 183	56 195	5 053
Gemeindeverbände						
Straßenbauten	25 014	4 389	15 043	5 582	-	-
Straßenbrückenbauten	1 527	86	309	1 132	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	8 655	2 251	3 169	1 035	2 200	357
Sonstige Tiefbauten	149	149	-	-	-	-
Zusammen	35 345	6 875	18 521	7 749	2 200	357
Sonstige Bauherren						
Straßenbauten	2 899	2 541	185	173	-	55
Straßenbrückenbauten	941	338	603	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	30 502	2 607	12 473	12 069	3 353	25
Sonstige Tiefbauten	4 594	1 469	2 225	-	900	-
Zusammen	38 936	6 955	15 486	12 242	4 253	80

vergab (40%). Die meisten der von Gemeindeverbänden und sonstigen Bauherren erteilten Vergaben waren kurzfristiger Natur (52 bzw. 40%).

6% der Aufträge überschritten Millionengrenze

Aus der Gliederung der Tiefbauvergaben nach Wertgrößenklassen können Rückschlüsse über die Auftragsvergaben gezogen werden. Von den insgesamt 2 451 erteilten Aufträgen (1971: 1 914) gab es ein zahlenmäßiges Übergewicht der wertmäßig kleineren Vergaben, denn ein Viertel von ihnen lag in der Größenordnung 25 000 bis 50 000 DM. Bewilligungen bis zu einem Wert von 300 000 DM erreichten einen Anteil von 75%, während es im Vorjahr noch 80% waren. Dieser Abnahme stand

ein entsprechender Zugang in den höheren Gruppen gegenüber. Schon in der Kategorie 300 000 bis 500 000 DM gab es im Vergleich zu 1971 eine Steigerung um 4 Prozentpunkte auf 11%. Vergaben mit einem Auftragswert von 1 Mill. DM und mehr brachten es in der Zahl der Fälle auf gut 6%, das heißt rund jeder 15. Tiefbauauftrag überschritt die Millionengrenze. Wertmäßig lag deren Anteil aber bei 61% (1971: 53%). Ursache dieser Steigerung sind ohne Zweifel die Großvergaben im Straßen- und besonders Straßenbrückenbau, denn von der hierfür bereitgestellten Summe waren 58 bzw. 85% für Aufträge von über 1 Mill. DM vorgesehen.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972					1973		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 678	3 679	3 681	3 690
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	1 449	1 543	2 593	2 350	1 228	1 619 ^p	2 194 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	4,6	5,3	8,3	7,5	3,9	5,7 ^p	7,0 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 237	3 614	3 670	3 403	3 080	3 109 ^p	3 417 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	10,4	12,4	11,7	10,9	9,8	11,0 ^p	10,9 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	4 304	3 761	3 788	4 124	4 448	3 523 ^p	3 798 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	13,8	12,9	12,1	13,2	14,2	12,4 ^p	12,1 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	84	87	85	80	65
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	25,9	24,1	23,2	23,5	21,1
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	- 1 067	- 147	- 118	- 721	- 1 368	- 414 ^p	- 381 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	- 3,4	- 0,5	- 0,4	- 2,3	- 4,4	- 1,5 ^p	- 1,2 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	8 524	8 414	10 571	10 342
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	8 114	7 123	8 868	9 188
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	410	1 291	1 703	1 154
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 351	10 508	9 743	8 296	9 428	10 034
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	25,4	23,5	13,2	15,9	20,4	20,3	12,9
* Männer	1 000	6,6	7,8	18,6	17,0	7,7	10,1	13,9	14,0	7,3
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	3 645	3 360	582	725	1 948	3 229	675
Bauberufe	Anzahl	859	887	2 932	2 637	1 052	1 001	1 828	1 617	789
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	10 847	9 691	6 148	7 607	8 711	7 931	5 650
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	21 923	24 173	26 359	23 316	26 724	29 938	31 513
Männer	Anzahl	17 617	16 842	13 488	14 953	16 189	15 151	17 223	19 608	20 228
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	225	372	399	274	380	509	539
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	1 797	2 359	2 449	2 009	2 685	3 163	3 216
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	8 890	9 374	10 462	10 615	11 933	13 172	13 820
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678	.	.	.	678	.	.	.
* Milchkühe	1 000	252	251	.	.	.	251	.	.	.
* Schweine	1 000	741	744	.	.	706	744	.	.	773
* Zuchtsauen	1 000	69	70	.	.	69	70	.	.	73
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	.	.	43	42	.	.	45
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	20	17	19	16	17	14	14
* Kälber	1 000	2	1	1	1	2	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	110	95	102	111	106	90	93
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	29	22	22	35	28	22	20
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	12,0	11,1	12,1	10,6	11,6	10,7	10,8	9,5	10,0
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	5,2	4,4	4,9	4,2	4,4	3,7	4,0
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	6,8	6,0	6,6	6,3	6,3	5,7	5,9
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	197	165	173	279	309	68	132	250	300
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	44	61	72	67	36	53	93	94	48
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	72	73	84	72	75	72	86
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	80,0	79,3	80,2	81,4	82,5	81,7	82,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	9,3	9,9	10,7	9,2	9,6	10,3	11,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972					1973		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 088	3 083	3 074	3 039	3 018	3 007	3 008
* Beschäftigte	1 000	408	404	403	403	404	403	403	404	406
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	298	298	298	296	296	297	298
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	45 581	44 532	48 591	42 300	45 872	44 800	47 628
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	526	519	557	757	601	578	611
* Löhne	Mill. DM	357	384	341	334	369	459	394	370	400
* Gehälter	Mill. DM	184	207	185	185	188	298	207	208	211
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	86	79	78	90	81	74	70
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	166	137	162	194	188	158	183
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	16	11	11	3	4	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	150	126	151	191	184	155	180
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	240	225	226	248	250	232	247
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	50	47	45	48	51	48	48
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	190	178	181	200	199	184	199
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	815	814	880	852	837	816	882
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	347	332	318	349 ^T	313	284	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 419	2 522	2 931	3 066 ^T	2 920	2 909	3 120
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	499	596	662	796	655	700	720
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	196	211	235	244	219	241 ^P	237 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	214	228	247	261	237	263 ^P	252 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	212	228	248	261	236	262	250 ^P
Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	243	228	233	261	267	265 ^P	260 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	225	245	268	256	250	284	271 ^P
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	91	110	173	152	98	123	147 ^P
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	288	314	325	314	320	363	336 ^P
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	255	286	322	390	293	318	313 ^P
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	191	263	315	409	236	253	241 ^P
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	173	176	182	186	183	203	193 ^P
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	116	118	123	86	102	113	102 ^P
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	178	182	164	158	170	220	183	190	179 ^P
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	97	118	167	153	118	127	153 ^P
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	.	102	103	.	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	.	.	182	271	.	.	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	.	.	179	284	.	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	253	269	220	313	278
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 291	1 203	1 304	1 446	1 512
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	380	363	357	559	502
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	1 144	1 092	1 151	1 180	1 268
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	1,0	0,8	0,6	1,3	0,4	0,8	0,2
Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	281	212	233	328	331
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	282	213	234	330	332
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	83 136	84 780	89 530	88 254	85 369	84 209	86 006
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	45 389	46 013	48 777	47 541	46 176	45 349	46 397
Helfer und Hilfsarbeiter	Anzahl	26 438	26 017	23 484	24 376	26 386	25 763	24 384	23 918	24 785
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	8 064	9 882	14 483	11 071	10 061	9 690	11 898
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	5 048	6 110	8 840	6 501	6 141	5 907	7 084
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	3 134	3 940	5 759	4 326	4 026	3 978	4 884
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	97	121	144	91	45	53	76
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	1 817	2 049	2 937	2 084	2 070	1 876	2 124
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	3 016	3 772	5 643	4 570	3 920	3 783	4 814
Hochbau	1 000	1 427	1 346	840	1 058	1 362	1 175	1 100	992	1 215
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	2 176	2 714	4 281	3 395	2 820	2 791	3 599
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	917	1 146	1 854	1 638	1 232	1 273	1 690
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	78	91	128	137	111	99	120
* Löhne	Mill. DM	103	118	67	79	116	120	96	86	107
* Gehälter	Mill. DM	12	13	12	12	12	17	15	13	13
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	188	202	289	511	187	214	262

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ungerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1973 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972					1973		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wieder- aufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 442	1 333	1 509	715	1 770	1 399	1 458
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 299	1 204	1 320	616	1 549	1 245	1 307
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	1 726	1 402	1 731	1 526	2 216	1 627	1 666
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	243	207	251	240	352	261	264
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	302	237	304	229	392	288	292
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	237	226	234	149	334	223	244
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	1 169	1 113	797	852	1 375	700	1 276
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	143	121	56	91	170	91	164
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	205	179	138	153	251	136	226
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 997	3 742	3 627	2 625	3 554	3 144	4 734	3 446	3 279
Bauleistungspreise (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	.	122	.	.	.	125	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	.	182	.	.	.	195	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	.	186	.	.	.	199	.
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	.	189	.	.	.	204	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	.	170	.	.	.	181	.
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	.	175	.	.	.	187	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	.	135	.	.	.	139	.
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	.	190	.	.	.	206	.
Deckenputz	1962 = 100	174	191	.	183	.	.	.	199	.
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	.	196	.	.	.	215	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	.	162	.	.	.	178	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	170	182	.	179	.	.	.	195	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	589,1	711,9	774,7	836,4	784,1	803,8	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	17,9	17,1	24,0	25,4	27,2	30,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	571,2	694,8	750,7	811,0	756,9	773,1	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	7,3	10,0	10,1	10,1	9,8	10,9	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	32,3	35,2	36,5	35,0	37,3	39,0	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	531,6	649,7	704,1	765,8	709,8	723,3	...
* Vorzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	205,9	217,2	234,2	250,4	264,9	243,9	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	325,7	432,5	470,0	515,4	445,0	479,4	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	279,6	346,8	384,8	386,9	387,3	379,9	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	99,0	131,3	138,6	137,2	135,7	125,7	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	41,3	51,7	61,1	54,0	61,7	57,0	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	45,6	52,5	61,0	55,0	61,0	64,4	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	54,6	63,8	63,0	73,6	73,5	70,3	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	26,2	29,5	41,1	47,6	38,2	44,2	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,3	1,4	2,2	2,2	2,5	1,7	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	11,6	16,6	17,7	17,3	14,9	16,6	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	24,0	30,5	36,5	42,0	33,2	39,5	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	33,8	39,4	40,5	46,2	43,5	43,7	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	42,4	40,4	42,3	50,6	53,0	54,1	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	82,9	110,4	101,0	133,1	116,7	121,7	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	26,4	30,6	28,8	41,3	39,3	41,0	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	456,7	477,5	537,2	458,7	475,1	498,7	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	77,1	80,1	99,9	102,6	91,5	114,5	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	379,6	392,5	437,4	356,1	383,6	384,3	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	98	98	98	102	97	98	...
* Umsatz	1962 = 100	170	188	153	154	191	263	171	178	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	216	198	241	460	262	295	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	166	135	145	168	205	143	160	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	138	126	192	267	158	133	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	153	159	200	304	171	186	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	149	147	147	397	157	132	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	181	180	140	152	212	168	159	171	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972					1973		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	110	111	110	107	115	108	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	197	228	195	209	214	137	198	211	...
* Umsatz	1962 = 100	162	196	152	163	167	168	158	161	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	212	285	118	133	162	157	125	143	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	156	186	146	159	159	158	154	157	...
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	112	118	167	110	115	116	...
* Auslandsgäste	1 000	56	54	12	13	22	14	13	13	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	412	477	629	443	436	455	...
* Auslandsgäste	1 000	131	134	29	35	53	34	31	34	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	1 840	2 298	2 886	2 986	1 990	2 784	...
* Gütereingang	1 000 t	1 547	1 555	985	1 169	1 383	1 660	1 165	1 474	...
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	855	1 129	1 503	1 326	825	1 274	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	4 174	4 171	5 458	3 104	3 730	3 546	...
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	1 932	1 891	2 148	2 613	1 881	2 098	...
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	50	49	43	82	52	61	...
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	4 745	4 373	5 885	3 688	4 270	4 167	...
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	973	983	971	1 188	878	1 135	...
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	44	46	39	77	48	59	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	9 145	10 808	17 458	8 214	11 629	13 181	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	41	113	307	56	51	130	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	8 260	9 674	15 391	7 343	10 445	11 849	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	531	526	881	454	693	643	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	254	427	762	320	347	503	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	230	275	746	238	297	350	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	27 096	28 445	27 898	31 308	28 500	32 070	29 770
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	23 369	24 675	23 549	26 656	23 937	26 836	24 102
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	3 474	3 512	4 040	4 358	4 316	4 967	5 313
Berufsverkehr	1 000	844	900	830	717	1 160	959	954	1 254	1 133
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	253	258	309	294	247	267	355
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	44	46	61	66	39	47	64
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	0	1	1	2	0	0	1
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	209	211	247	226	208	220	290
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	10 666	10 942	11 346	10 862	11 450	10 954	12 433
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		7 235	7 595	6 742	6 196	7 407	7 481	6 852	7 142	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 826	1 912	1 529	1 523	1 862	1 807	1 627	1 665	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 409	5 683	5 213	4 673	5 545	5 674	5 225	5 477	...
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 211	3 726	4 415	4 299	4 010	4 243	...
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 017	1 213	1 002	947	1 130	1 375	1 215	1 234	...
* Getötete Personen	Anzahl	103	101	69	93	92	102	97	68	...
Pkw - Insassen	Anzahl	55	56	45	52	51	52	43	39	...
Fußgänger	Anzahl	28	24	20	29	25	32	36	21	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 639	2 759	2 279	2 190	2 657	2 520	2 268	2 484	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 769	1 859	1 726	1 591	1 746	1 832	1 667	1 835	...
Fußgänger	Anzahl	319	331	273	282	365	325	291	328	...
Schwerverletzte	Anzahl	913	946	814	780	973	931	765	855	...
Pkw - Insassen	Anzahl	552	587	570	523	558	623	487	570	...
Fußgänger	Anzahl	162	169	149	152	200	170	155	172	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	44 439	44 672	51 294	56 912	54 990	39 598	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	1 007	1 098	1 288	1 801	991	1 047	...
Telegramme	1 000	51	40	38	49	43	37	32	30	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1020 728	956 868	1056 638	1214 021	1251 058	1039 141	...
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1000 472	945 618	1079 127	1217 345	1259 976	1042 639	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	24 993	22 616	21 245	22 518	27 592	23 680	...
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	18 976	19 520	26 169	30 850	23 219	24 226	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer ¹⁾										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 075	1 079	1 082	1 099	1 103	1 104	...
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	962	965	970	984	988	991	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	22 898	26 531	22 941	23 159	23 413	26 531	26 609	26 869	27 434
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	22 590	26 265	22 647	22 857	23 111	26 265	26 334	26 595	27 233
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	5 650	5 752	5 767	6 552	6 427	6 484	6 933
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	5 468	5 502	5 558	6 407	6 278	6 327	6 735
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	182	250	209	146	150	157	198
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	2 834	2 844	2 909	3 365	3 365	3 403	3 437
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 602	2 618	2 669	2 996	2 987	3 020	3 056
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	231	226	240	369	378	383	380
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	14 163	14 261	14 435	16 348	16 542	16 709	16 862
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	10 938	11 018	11 175	12 539	12 614	12 750	12 883
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 225	3 243	3 260	3 810	3 928	3 959	3 980
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	20 581	23 587	20 750	20 851	20 698	23 587	23 973	24 088	23 939
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	7 131	7 105	6 902	8 355	8 659	8 724	8 584
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 963	6 968	5 926	5 921	5 737	6 968	7 155	7 211	7 172
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 205	1 183	1 165	1 388	1 504	1 513	1 412
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	12 169	12 295	12 339	13 742	13 818	13 866	13 849
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	7 586	7 663	7 675	8 479	8 527	8 564	8 558
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	678	757	968	661	686	1 392	959	725	665
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	814	535	644	856	887	677	683
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	16	17	24	23	19	16	16	18	31
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	11 585	7 467	3 084	1 478	4 096	876	8 530
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	1	1	2	4	1	-	-
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 578	1 536	1 368	1 447	1 625	1 539	1 397	1 317	1 404
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	7 549	4 871	5 174	3 790	3 908	3 300	3 957
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	573 492	385 549	568 161	812 112	582 072	578 776	619 758
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	353 171	189 081	411 840	612 282	351 510	368 934	478 750
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	179 517	207 791	302 160	167 004	143 102	263 806	292 010	300 410	163 363
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	88 962	10 274	-	-	-	118 161	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	17 888	12 105	200 140	258 526	32 676	21 054	227 126
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	1 588	3 286	890	1 340	4 486	5 674	1 039
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	31 805	39 202	31 535	6 686	67 708	88 610	22 338	41 796	87 222
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	-	-	-	-	-	36 570	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	220 321	196 468	156 321	205 830	230 562	209 842	141 008
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	182 277	160 265	101 090	146 530	191 195	164 817	104 263
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	38 044	36 203	55 231	59 292	39 367	45 025	36 745
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	82 589	91 351	111 658	149 541	92 515	108 477	113 032
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	6 356	5 924	9 835	12 720	6 149	6 570	6 053
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	68 949	81 701	91 262	121 967	78 516	95 720	93 732
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	33 877	55 660	34 994	45 333	46 785	58 011	42 401
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	694	26 984	1 906	8 459	8 178	24 828	2 232
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	22 997	20 430	23 853	25 816	28 458	23 024	28 395
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	6 036	4 171	4 939	5 836	6 132	4 638	5 113
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	239 504	281 926	.	.	249 227	294 349	.	.	305 787
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	.	.	5 012	8 138	.	.	4 785
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	30 745	34 377	.	.	28 061	31 154	.	.	29 939
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	163 951	198 901	.	.	175 767	219 272	.	.	224 200
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	.	.	17 170	16 911	.	.	19 500
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	394 200	296 288	395 420	588 873	399 182	409 704	417 119
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	154 182	82 003	181 893	269 778	153 027	161 964	212 040
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	154 225	120 401	101 610	133 790	149 865	136 397	91 667
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	3 204	2 533	259	35 764	3 775	2 866	380
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	282 503	241 502	266 221	432 287	309 005	312 927	356 529
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	154 182	82 003	181 893	269 711	152 905	160 495	212 040
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	68 910	80 995	91 240	101 306	49 075	81 479	105 540	91 555	101 708
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	3 204	2 533	259	35 764	3 775	2 866	380
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	.	.	265 016	384 493	.	.	323 565
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	98 274	122 457	.	.	163 546	68 764	.	.	210 032
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	.	.	28 011	236 800	.	.	31 947

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972					1973		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	289
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	316
* Facharbeiter	DM	335	364	340
* Angelernte Arbeiter	DM	305	329	302
* Hilfsarbeiter	DM	262	287	260
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	197
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	187
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	6,80
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	7,30
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	7,81
* Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	7,00
* Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	6,04
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	4,97
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	4,69
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	42,5
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	43,3
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	39,7
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	38,4	38,1	38,6
Männliche Arbeiter	Std.	39,3	39,0	39,4
Weibliche Arbeiter	Std.	34,5	34,3	36,2
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	1 609
* männlich	DM	1 388	1 517	1 453
* weiblich	DM	1 672	1 824	1 742
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	1 139
* männlich	DM	1 783	1 932	1 854
* weiblich	DM	1 835	1 989	1 908
im Handel, Kredit und Versiche- rungen	DM	1 248	1 358	1 302
Kaufmännische Angestellte	DM	1 052	1 157	1 100
* männlich	DM	1 046	1 150	1 094
* weiblich	DM	1 379	1 504	1 448
in Industrie und Handel zusammen	DM	824	915	860
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	1 372
* männlich	DM	1 189	1 301	1 244
* weiblich	DM	1 521	1 657	1 591
Technische Angestellte	DM	917	1 013	961
* männlich	DM	1 767	1 910	1 837
* weiblich	DM	1 820	1 968	1 891
* weiblich	DM	1 228	1 331	1 282
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 118	1 128	1 130	1 101 ^r	1 102	1 104	1 105
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	668	678	680	671 ^r	672	673	674
Rentner	1 000	361	366	364	365	366	366	366	367	368
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	5,6	5,6	4,9	4,7	7,2	6,5	6,0
Männer	%	4,9	5,0	5,7	5,7	5,0	4,8	7,4	6,7	6,2
Frauen	%	4,6	4,6	5,2	5,3	4,7	4,3	6,8	6,1	5,7
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570 ³⁾	389 354	390 333	391 934	399 575 ³⁾	400 883	402 124	402 943
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911 ³⁾	121 442	121 151	121 885	124 230 ³⁾	137 618	137 043	138 277
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	18 171	22 361	14 491	9 430	14 836	14 114 ^p	11 785
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	17 222	21 279	12 954	8 318	13 784	12 945 ^p	10 427
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273	.	6 333	12 876	15 038
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924	.	6 269	12 518	14 280
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	.	.	154	152	.	.	150
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	37 157	37 933	38 251	40 184	39 578	40 553	40 627

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971		1972				1973		
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
Bevölkerung am Monatsende	1 000	60 651	61 284 ^p	61 503	61 513	61 537 ^p	25 ... ^p	35 ... ^p	17 ... ^p	24 ... ^p	
Eheschließungen 1)	Anzahl	37 043	35 951 ^p	34 163	22 436 ^p	25 042 ^p	25 656 ^p	35 968 ^p	17 971 ^p	24 603 ^p	
Lebendgeborene 2)	Anzahl	67 567	64 709 ^p	59 588	58 856 ^p	59 911 ^p	52 596 ^p	52 582 ^p	55 584 ^p	51 240 ^p	
Gestorbene 3)	Anzahl	61 237	60 617 ^p	68 923	68 532 ^p	63 935 ^p	59 054 ^p	64 955 ^p	75 152 ^p	59 337 ^p	
Geburtenüberschuß	Anzahl	6 330	4 092 ^p	- 9 335	- 9 676 ^p	- 4 024 ^p	- 6 458 ^p	- 12 373 ^p	- 19 568 ^p	- 8 097 ^p	
Arbeitslose	1 000	149	185	270	376	369	235	279	356	347	
Männer	1 000	93	101	159	247	244	124	159	223	219	
Landwirtschaft											
Schweinebestand	1 000	20 969	19 985	19 985	.	.	.	20 028	.	.	
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	293	308	305	302	287	287	279	297	262	
Milcherzeugung	1 000 t	1 821	1 764	1 568	1 649	1 639	1 486	1 612	1 663	1 613	
Industrie und Energiewirtschaft											
Industrie 5)	1 000	8 603	8 538	8 426	8 365	8 363	8 357	8 304	8 303	...	
Beschäftigte	Mill. Std.	1 020	977	938	925	933	980	885	946	...	
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. DM	44 072	46 919	48 977	43 620	45 740	54 281	52 942	51 198	...	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 506	9 166	9 718	8 508	9 249	11 027	11 401	10 556	...	
Auslandsumsatz	Mill. DM	8 506	9 166	9 718	8 508	9 249	11 027	11 401	10 556	...	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)											
Gesamtindustrie	1962 = 100	157	160	152	152	158	186	178	162	178 ^p	
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	158	161	154	155	160	187	180	165	180 ^p	
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	157	159	150	150	156	183	175	160	176 ^p	
Energiewirtschaft	1962 = 100	193	205	232	262	253	265	286	282	281 ^p	
Bergbau	1962 = 100	99	102	103	99	97	102	103	100	102 ^p	
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	161	163	153	154	160	189	181	164	181 ^p	
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	179	182	168	167	179	207	194	190	207 ^p	
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	160	159	145	151	156	184	183	157	177 ^p	
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	148	154	151	153	157	184	176	157	176 ^p	
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	139	146	148	134	136	170	149	134	142 ^p	
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	139	141	118	86	106	168	143	107	...	
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 273	9 233	9 636	8 824	8 778	8 635	7 950	9 214	8 680	
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 981	8 454	9 716	9 480	8 852	9 881	10 629	10 730	9 409	
Produktion von											
Roheisen	1 000 t	2 802	2 499	1 918	2 229	2 442	2 763	2 639	2 858	2 746	
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 698	3 305	2 479	3 026	3 365	3 816	3 497	3 844	3 712	
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 686	2 393	1 912	2 206	2 377	2 704	2 464	2 956	2 891	
Stromerzeugung	Mill. kWh	20 218	21 379	24 330	25 468	23 425	25 451	26 595	
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 804	6 878	7 391	7 932	7 407	8 012	8 689	8 265 ^p	...	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Bauhauptgewerbe	1 000	1 529	1 550	1 500	1 406	1 428	1 546	1 512	1 446	1 437	
Beschäftigte	Mill. Std.	210	231	187	131	156	225	177	158	154	
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	4 602	6 061	9 330	4 578	4 010	7 487	10 037	5 275	4 366	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 602	6 061	9 330	4 578	4 010	7 487	10 037	5 275	4 366	
Baugenehmigungen	Anzahl	50 780	58 809	54 738	47 374	50 769	64 133	
Wohnungen	Anzahl	50 780	58 809	54 738	47 374	50 769	64 133	
Handel											
Einzelhandel	1962 = 100	170	188	261	170	170	228	282	189	187	
Umsatz	1970 = 100	96	99	121	120	109	112	
Großhandel	1970 = 100	96	99	121	120	109	112	
Umsatz	1962 = 100	138	148	140	137	143	144	152	140	139	
Gastgewerbe	1962 = 100	138	148	140	137	143	144	152	140	139	
Umsatz	1962 = 100	138	148	140	137	143	144	152	140	139	
Außenhandel (Spezialhandel)											
Einfuhr	Mill. DM	9 134	10 010	10 546	9 322	10 134	11 668	11 329	11 711	11 802	
Ausfuhr	Mill. DM	10 440	11 333	12 417	10 391	11 894	13 372	14 240	13 311	13 742	
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 306	1 323	1 870	1 069	1 760	1 704	2 911	1 600	1 940	

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971		1972				1973	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	92	87	82	93	105	98
Binnenschifffahrt	1970 = 100	100	96	88	61	73
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	100	96	101	93	93	100	103
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	104	96	105	104	108	101
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	100	103	109	103	113	115
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	36 889	40 292	40 292	38 793	38 687	44 730	45 767	42 630	43 300 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	525 242	594 686	594 752	594 066	598 840	664 748	681 676	683 063	691 826 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	431 125	490 915	490 981	491 276	495 592	553 911	569 672	569 707	578 295 ^p
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	94 117	103 771	103 771	102 790	103 248	110 837	112 004	113 356	113 531 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	441 415	501 359	501 359	500 196	505 861	544 606	565 845	563 521	574 103 ^p
Index der Aktienkurse 31.12.65 = 100	31.12.65 = 100	203 491	230 284	230 284	232 749	235 174	251 063	261 673	262 986	263 960 ^p
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	131,7	132,9	130,4	135,4	143,4	150,7	148,8	157,7	156,3
		81,5	80,4	81,0	82,9	83,1	77,3	77,0	77,1	75,9
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 152	5 865	11 740	6 121	4 259	5 037	14 389	7 428	4 946
Lohnsteuer	Mill. DM	2 924	3 567	5 240	4 781	3 584	4 399	6 291	5 757	4 033
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 177	3 575	4 003	4 641	4 065	4 317	4 328	4 853	4 895
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 232	2 572	2 969	3 632	2 979	3 130	3 168	3 771	1 266
Zölle und Verbrauchsteuern	Mill. DM	2 065	2 209	2 985	1 666	2 216	2 737	3 534	1 690	2 536
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	106,5	107,1	106,4	108,2	117,7	120,1	120,7 ^p	122,0 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	116,5	115,3	116,2	117,4	123,4	125,2	127,9	130,7
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	107,5	112,5	113,3	114,0	114,4	117,8	118,2	119,5	120,7
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	147,4	162,7	.	.	169,4	177,1	.	.	180,3
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	115,6	124,8	.	.	125,2	127,5	.	.	127,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	124,0	130,4	133,1	134,5	135,1	141,1	141,7	143,3	144,3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,4	121,8	123,9	125,3	125,9	132,9	133,8	135,2	136,1
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	115,8	122,8	126,2	127,3	127,9	133,5	134,0	135,3	136,3
Wohnungsmiete	1962 = 100	163,4	173,1	177,4	178,6	179,5	186,8	187,2	189,5	190,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	127,4	135,5	139,3	141,6	142,9	148,2	149,5	151,9	153,1
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	114,1	120,7	123,4	125,8	125,6	128,4	128,8	131,0	131,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	118,1	125,4	127,6	129,2	130,2	135,5	135,9	136,3	140,0
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	140,9	150,1	153,1	154,6	155,6	163,6	164,2	165,3	166,9
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	129,4	136,4	139,2	140,0	140,5	144,2	145,1	146,5	147,3
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	121,0	126,8	129,2	129,5	130,0	134,9	135,1	135,7	136,2
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	123,7	130,4	133,1	134,3	135,0	141,2	141,8	143,3	144,4
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	108,6	.	110,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,1	.	115,7
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,9	.	116,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	111,3	.	118,3
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,1	.	94,8
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,9	.	97,8

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Lohnsteuer auch 1972 stärkste Einnahmequelle

Das Gesamtaufkommen an staatlichen und kommunalen Steuern erhöhte sich 1972 um 15,3% auf 9 270 Mill. DM; davon entfielen 2 493 Mill. DM oder 26,9% auf die Lohnsteuer. Sie blieb damit aufkommenstärkste Einzelsteuer vor der Umsatzsteuer, die Einnahmen von 1 635 Mill. DM erbrachte. Die höchsten Zuwachsraten verzeichneten die Mineralölsteuer (+ 45,5%), die Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer (+ 30,1%), die veranlagte Einkommensteuer (+ 24,4%) und die Körperschaftsteuer (+ 23,3%), wobei sich neben konjunkturellen Faktoren vor allem steuertechnische Einflüsse auswirkten. Auch das Aufkommen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital stieg kräftig um 21,3% auf 796 Mill. DM. Die Entwicklung der Verbrauchsteuern war unter anderem gekennzeichnet durch Tarifierhöhungen bei der Mineralölsteuer, der Branntweinmonopolabgabe und der Tabaksteuer.

Die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer von 30% auf 35% veränderte die Verteilung der Steuereinnahmen etwas zuungunsten des Bundes; Land und Gemeinden konnten ihre Anteile am „Steuerkuchen“ erhöhen. Trotzdem blieb die Ausstattung der Gemeinden mit eigenen Mitteln noch relativ schlechter als vor der kommunalen Finanzreform von 1969. ly

Weiter abgeschwächtes Wachstum des Pkw-Bestandes

Am 1. Januar 1973 waren bei den rheinland-pfälzischen Zulassungsstellen knapp 1,2 Mill. Kraftfahrzeuge, darunter 976 600 Personen- und Kombinationskraftwagen, 63 000 Lastkraftwagen und 13 000 Krafträder angemeldet. Der Gesamtbestand lag damit um 62 000 Fahrzeuge oder 5,5% höher als vor einem Jahr. Zu dieser Steigerung trugen die Personen- und Kombinationskraftwagen mit 58 000 Wagen (+ 6,3%) wieder am stärksten bei. Damit setzte sich die in den letzten Jahren beobachtete Entwicklung einer rückläufigen Wachstumsrate des Pkw- und Komi-Bestandes, der 82% der Gesamtheit ausmacht, weiter fort. Während er bis Januar 1971 weitgehend noch ansteigende jährliche Zuwachsraten bis zu einer Höhe von + 9,5% aufwies, nahmen sie von diesem Zeitpunkt an fast stetig ab. Im Gegensatz dazu war für Krafträder, deren Bestand bis Januar 1972 fast ununterbrochen zurückging, erstmalig eine zunehmende Beliebtheit zu erkennen, die sich in einer Bestandsvergrößerung von 382 oder + 3,0% gegenüber dem Vorjahr ausdrückt.

Der Bestand an Personen- und Kombinationskraftwagen vergrößerte sich in allen kreisfreien Städten und Landkreisen mit unterschiedlich hohen Raten. Die höchsten Veränderungsraten wurden im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz registriert, und zwar in den Städten Zweibrücken (+ 21,7%), Pirmasens (+ 8,7% und Landau (+ 8,4%) sowie in den Landkreisen Ludwigshafen, Kaiserslautern (jeweils + 11,0%) und Germersheim (+ 9,7%). Im Regierungsbezirk Koblenz wichen lediglich die Kreise Ahrweiler (+ 8,3%) und Bad Kreuznach (+ 4,8%) erheblich von der Durchschnittsentwicklung des Bezirks (+ 6,8%) ab. mc

Starke Zunahme im sozialen Wohnungsbau 1972

Der schon 1971 festzustellende Aufschwung der im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bewilligten Wohnungen hielt auch im vergangenen Jahr an und erreichte mit 6 623 Einheiten ein Ergebnis, das um 23,7% höher lag als das des Vorjahres. Von diesen Wohnungen lag gut ein Drittel in Ein- und Zweifamilienhäusern, eine Tatsache, die unter dem Gesichtspunkt der Bemühungen um eine verstärkte Eigentumsbildung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Die insgesamt zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel beliefen sich auf 703,5 Mill. DM und erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um knapp ein Drittel. Im einzelnen entfiel rund ein Fünftel aller Gelder auf öffentliche Mittel, 43% kamen aus Kapitalmarktmitteln und 36% aus sonstigen Mitteln.

Beeinflusst durch die Preissteigerungen auf dem Bausektor erhöhten sich die reinen Baukosten je Wohnung um knapp 8% auf 67 756 DM. In noch größerem Maß zogen die Kosten je Quadratmeter und je Kubikmeter auf 799 DM (+ 9,5%) bzw. 146 DM (+ 10,6%) an. Die durchschnittliche Raumzahl je Wohnung erreichte einen Wert von 4,5 (1971: 4,6) und damit das gleiche Ergebnis wie Anfang der 60er Jahre; rückläufig war auch mit 84,8 qm die Wohnfläche (1971: 85,5 qm). Unter den Bauherren schränkten die privaten Haushalte die Wohnfläche von 103,8 auf 100,1 qm (— 3,6%) etwas stärker ein als die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen von 75,7 auf 73,4 qm (— 3%). hw

Lohnentwicklung im Handwerk 1972 günstiger als 1971

Von Mai bis November 1972 erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der männlichen Arbeiter in den ausgewählten Handwerkszweigen um 7,6%, die Bruttowochenverdienste um 8,4%. Damit waren die Steigerungssätze - nachdem sie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum bis auf + 5 bzw. + 4% gesunken waren - nur noch geringfügig niedriger als im November 1970 (+ 8 bzw. + 8,5%).

Männliche Voll- und Jungesellen schnitten mit Steigerungssätzen von + 7,5 bzw. + 7,4% am besten ab. Die übrigen Arbeiter - in dieser Gruppe waren die auffälligsten Unterschiede zwischen den einzelnen Handwerkszweigen festzustellen - erzielten einen um 3,4% höheren Stundenverdienst.

Die höchsten Zuwachsraten sind im Handwerkszweig Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation erzielt worden. Vollgesellen erreichten durchschnittlich 10,13 DM (+ 19%), Jungesellen 6,74 DM (+ 11%). Außergewöhnliche Steigerungen ergaben sich für die übrigen Arbeiter im Schlosser (+ 9,6%) und Tischlerhandwerk (+ 9,3%). Lohnrückgänge in dieser Arbeitergruppe verzeichneten die Zweige Malerhandwerk (— 9,7%), Bäckerhandwerk (— 4,2%) und Elektroinstallation (— 0,3%).

Die bezahlte Wochenarbeitszeit veränderte sich gegenüber dem Berichtsmonat Mai 1972 um + 0,3 Stunden. Sie betrug im November 44,3 Stunden. Der Anstieg der Mehrarbeitszeit um 0,3 Stunden dürfte dafür ausschlaggebend sein. hä

Nach Beruhigungsphase wieder stärkerer Lohnauftrieb

Die Zunahme der Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter verbesserte sich zwischen 1971 und 1972 von + 7,7% auf 8,1%, während die Arbeiter im Handwerk auf eine durchschnittliche Steigerung ihrer Bezüge von 13,2% kamen (1971 + 10,5%). Die kaufmännischen Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau erzielten Gehaltserhöhungen von rund 9%. Nach Reduzierung der nominellen Einkommensverbesserungen um die entsprechende Steigerung der Lebenshaltungskosten eines 4-Personen-Haushalts, die im Berichtszeitraum auf 6,1% kam, verblieb den Arbeitnehmern auch 1972 nur ein geringer realer Kaufkraftgewinn. hä

Ortskrankenkassen verloren 19 000 Mitglieder an Landwirtschaftliche Krankenkassen

Bemerkenswertestes Ergebnis der neuesten Zusammenstellung vom Oktober 1972 über die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung mit Sitz in Rheinland-Pfalz, die sogenannten RVO-Kassen, ist eine um 19 000 oder 2,5% verminderte Mitgliederzahl im Vergleich zum Oktober 1971. Der Schwund geht fast gänzlich zu Lasten der freiwilligen Mitglieder Allgemeiner Ortskrankenkassen (AOK) und erklärt sich aus der Einrichtung der Landwirtschaftlichen Krankenkassen zum 1. Oktober 1972 auf Grund des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte - KVLG) vom 10. August 1972. Es überführte zahlreiche der bisherigen freiwilligen AOK-Mitglieder ohne Anspruch auf Krankengeld - nur diese Gruppe weist einen Rückgang von rund 60 400 auf 42 100 nach - als Pflichtmitglieder in die neugebildeten Landwirtschaftlichen Krankenkassen. Außerdem gingen die bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden beiden Landkrankenkassen mit ihren rund 1 900 Mitgliedern in den Landwirtschaftlichen Krankenkassen auf, die nicht zu den RVO-Kassen zählen.

In den noch bestehenden 91 RVO-Kassen mit Sitz in Rheinland-Pfalz waren im Oktober 1972 damit rund 751 000 Mitglieder versichert, jedoch nur noch 69 000 oder 9% von ihnen freiwillig (im Jahr zuvor 11%). Von der Einrichtung der Landwirtschaftlichen Krankenkassen ist namentlich die Gruppe der freiwillig versicherten Männer betroffen worden, deren Zahl um 20% zurückging, welche drei Viertel des Mitgliederschwunds ausmachten. Es dürfte sich hierbei vornehmlich um selbständige Landwirte handeln. Im übrigen sind von der Fluktuation bisher freiwillig Versicherter alle Altersgruppen berührt, so daß sich an der Altersstruktur der RVO-Kassenmitglieder seit dem vorangegangenen Jahr wenig geändert hat: nach wie vor sind nahezu drei Fünftel 20 bis 44 Jahre alt, gut ein Viertel 45 bis 64, rund 15% unter 20 und knapp 2% 65 und älter; bei den freiwillig Versicherten, insbesondere den Frauen, sind die Gruppen der über 45jährigen wesentlich stärker, die Gruppen der unter 20jährigen erheblich schwächer besetzt als bei den Pflichtmitgliedern. Auch das Übergewicht der AOK-Mitglieder von 80% an der Gesamtzahl aller bei den RVO-Kassen Krankenversicherten besteht unverändert weiter. ku

Geringere Zunahme der Spareinlagen im 1. Quartal 1973

Im ersten Quartal dieses Jahres nahm der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten des Landes um 107 Mill. DM oder 0,8% zu und erreichte Ende März einen Betrag von 13 849 Mill. DM. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum hatte die Sparkapitalbildung noch 326 Mill. DM betragen, was einer Zuwachsrate von 2,7% entsprach. Bemerkenswert ist, daß im März dieses Jahres die Lastschriften die Gutschriften überstiegen, und zwar um insgesamt 18 Mill. DM. Dagegen errechneten sich für die Monate Januar und Februar noch Einzahlungsüberschüsse in Höhe von 57 Mill. DM bzw. 48 Mill. DM. Je Kopf der Bevölkerung stiegen die Ersparnisse um 29 DM (Vorjahr 86 DM), so daß sich am Quartalsende ein Durchschnittsbetrag von 3 753 DM ergab.

Bei den prämienbegünstigten Spareinlagen konnte im Berichtsvierteljahr ein Zuwachs von 78 Mill. DM, das sind nahezu drei Viertel der gesamten Spareinlagenzunahme, registriert werden. Der Anteil der prämienbegünstigten Einlagen an den Spareinlagen insgesamt beläuft sich auf nur 9,5%. he

Themen der letzten Hefte**Heft 12/Dezember 1972**

Rheinland-Pfalz 1972 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Unterhaltsquellen 1970
Krankenhäuser 1971
Sozialhilfeempfänger 1971

Heft 1/Januar 1973

Altersstruktur 1970
Wohnungswünsche 1972
Wirtschaftsstruktur der Stadt Koblenz
Bodennutzung 1972

Heft 2 - 3/Februar - März 1973

Statistisches Landesamt 1948-1973
Das Land im Spiegel der Statistik

Heft 4/April 1973

Private Haushalte
Ältere Mitbürger
Binnenfischerei 1972
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1972
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1972
Außenhandel 1960 und 1971
Wohnungsstichprobe 1972
Meldepflichtige Krankheiten 1972

Themen der folgenden Hefte

Volkszählung 1970
Industrie 1972
Regionales Sozialprodukt 1970
Sozialer Wohnungsbau 1972
Straßenverkehrsunfälle 1972
Sozialhilfe 1972

Soeben ist der Statistische Bericht erschienen:

C / LZ 1971 - 4

LANDWIRTSCHAFTSZÄHLUNG 1971

Betriebssysteme und Betriebseinkommen

Umfang 79 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 5,—

Dieser Statistische Bericht enthält für das Land und die Regierungsbezirke die Ergebnisse der mit der Landwirtschaftszählung 1971 eingeführten neuen Betriebssystematik nach der Struktur des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes. Im Gegensatz zu den bisher gebräuchlichen Bodennutzungssystemen hat man für die Gruppierung der Betriebe nunmehr auch die Nutzviehhaltung berücksichtigt und damit eine wesentlich größere Homogenität der einzelnen Gruppen erreicht.

Außerdem wird erstmals eine Gliederung der Betriebe nach ihrer Einkommenskapazität vorgestellt, die für agrarpolitische Überlegungen von höchster Bedeutung ist, da die Betriebsgröße allein nur einen unvollständigen Überblick über die Situation der Betriebe gibt.

Dem umfangreichen Tabellenteil sind methodische Vorbemerkungen hinsichtlich der Berechnung von Deckungsbeiträgen und Betriebseinkommen sowie eine schematische Übersicht über den Aufbau der Systematik vorangestellt.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.